

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 49. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns. Frau Barbara Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen feiert ihren 45. **Geburtstag**. Herzlichen Glückwunsch, Frau Steffens.

(Beifall)

Herr Wolfgang Jörg von der Fraktion der SPD wird heute 44 Jahre alt. Herr Jörg, herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 5. Januar 2007 den **ersten Nachtrag zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 des Landesverbandes Lippe** sowie zwei Durchschriften des Genehmigungserlasses des Innenministers hierzu übersandt. Gemäß § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um **Kenntnisnahme**. Diese stelle ich hiermit fest. Die Unterlagen können im Archiv eingesehen werden.

Meine Damen und Herren, wir steigen dann ein in die Beratungen der heutigen **Tagesordnung**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

erste Ergänzung
Drucksachen 14/2850 und 14/2884

zweite Ergänzung
Drucksache 14/2990

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3500

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3502

Und:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Unterrichtung
durch die Landesregierung
Drucksache 14/2301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3501

dritte Lesung

Ich weise hin auf den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3585**, den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3492**, den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3584**, den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/3586**, den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/3590**, den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/3591** und den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3598**.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratungen und gebe als erster Rednerin Frau Kraft das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind beim Abschluss der Haushaltdebatte für das Haushaltsjahr 2007. Der Haushalt 2007 beweist, dass die Politik der Landesregierung keine Politik für eine gute Zukunft in NRW ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Politik gibt auf die Fragen von morgen die Antworten von gestern und vorgestern.

Herr Ministerpräsident, Politik muss gestalten, nicht nur verwalten. Diesen Anspruch haben die Menschen in diesem Lande an uns Politikerinnen und Politiker. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns selbst haben.

Nordrhein-Westfalen muss sozial bleiben. Nordrhein-Westfalen braucht Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft. Das müssen die Leitlinien unseres Handelns sein. Daran muss die Politik der Landesregierung gemessen werden. Ich habe sehr große Sorgen, dass Sie diesem Anspruch nicht gerecht werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrem Haushaltsentwurf haben Sie kein Zeichen der Erneuerung gesetzt. Ich bleibe dabei: Dieser Haushalt ist mutlos, weil nicht wirklich gespart wird, er ist profillos, weil keine politischen Schwerpunkte gesetzt werden, und er ist verantwortungslos, weil er Lasten und Konflikte auf die Kommunen abschiebt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie machen eine Politik, Herr Ministerpräsident, der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Für uns steht fest: In Nordrhein-Westfalen brauchen wir eine andere Politik. Diese andere Politik ist solide finanzierbar. Wir haben während der Beratungen des Haushalts deutlich gemacht, dass die zusätzlichen Belastungen für die Kommunen vermeidbar sind, dass ein noch stärkerer Abbau der Verschuldung möglich ist und dass in diesem Land für Kinder, Jugend und Bildung mehr getan werden kann und muss.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern in unseren Anträgen eine Umschichtung von knapp 715 Millionen €. Wir setzen klare Schwerpunkte. Die Belastung der Kommunen durch den Wegfall der Grunderwerbsteuer muss rückgängig gemacht werden. Das bringt den Kommunen 165 Millionen €, die sie in diesem Land bitter brauchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Nettokreditermächtigung kann um 250 Millionen € stärker abgesenkt werden, als der Finanzminister vorschlägt, wenn er endlich die Einnahmen einstellt, von denen er weiß, dass sie kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nun zum für uns Sozialdemokraten wichtigsten Thema: Für Kinder, Jugend und Bildung kann und muss mehr getan werden. Dafür stehen nach unseren Vorschlägen 300 Millionen € zur Verfügung. Diese Mehrausgaben sind solide finanziert. Die entsprechenden Deckungsvorschläge haben wir gemacht. Sie haben sie abgelehnt.

Meine Damen und Herren, eine Sanierung des Landeshaushaltes darf nicht auf dem Rücken der Kommunen stattfinden. Land und Kommunen sitzen in einem Boot. Unsere Städte und Gemeinden haben eine unverzichtbare Funktion bei der Daseinsvorsorge, aber auch und insbesondere in den sozialen Bereichen.

Wer sie schwächt, wer sie überfordert, der trifft die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ganz direkt. Dies erleben viele Eltern gerade beispielhaft bei der Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Das Land spart. Die Kommunen und am Ende viele Eltern zahlen die Zeche dafür.

Unsere Kommunen brauchen in diesem Land eine solide Finanzierung. Die Kürzung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer muss darum zurückgenommen werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben das im Ausschuss beantragt. Sie haben es leider abgelehnt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 2 Milliarden € mehr einnehmen. Gelegentlich unterstellen Sie uns, wir würden Ihnen das nicht gönnen. Das ist falsch. Uns geht es um dieses Land. Die Steuern – das sage ich Ihnen ganz deutlich – gehören nicht Ihnen, sondern dem Land. Wenn das Land höhere Steuern einnimmt, freut das jeden und jede hier im Saal. Wir gönnen Ihnen die Mehreinnahmen. Wir wissen aber, dass es in Wahrheit noch mehr sind. Wir erwarten, dass Sie diese Mehreinnahmen sinnvoll einsetzen. Das tun Sie nicht.

(Widerspruch von der CDU)

Sie setzen keine Schwerpunkte. Sie haben keinen Mut, zulasten von anderen Bereichen Gelder umzuschichten. Sie sparen an der falschen Stelle. Sie machen keine Haushaltspolitik für die Zukunft.

(Beifall von der SPD)

Ich fordere Sie heute im Namen meiner Fraktion noch einmal auf: Nehmen Sie 1 % von den 2 Milliarden € und halten Sie mit diesen 20 Millionen €

endlich die Zusage ein, die im Landesjugendplan gegeben wurde –

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

von uns allen hier im Saal, meine Damen und Herren. Halten Sie Versprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist das, was die Menschen von uns Politikern erwarten, Herr Ministerpräsident.

(Christian Lindner [FDP]: Wie war das denn mit der Mehrwertsteuer?)

Außerdem haben wir Einsparungen und Umschichtungen im Landeshaushalt zugunsten von Kindern und Bildung vorgeschlagen. Damit zeigen wir, dass wir in der Lage sind, klare Schwerpunkte zu setzen. Das ist auch unserer Fraktion nicht leicht gefallen. Man könnte ja dazu neigen, an vielen Stellen den einen oder anderen Antrag zu stellen, schon um draußen zu zeigen, dass man sich um die Dinge kümmert.

Wir haben uns als Fraktion aber verpflichtet, nur in diesem Bereich umzuschichten und Anträge zu stellen, meine Damen und Herren. Das ist klare politische Schwerpunktsetzung. Eine solche Politik müsste man von einer Landesregierung erst recht erwarten. Diese Erwartung erfüllen Sie aber nicht.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir über Umschichtungen bei den Mitteln für Kinder und im Bildungswesen sprechen, dann sprechen wir vom letzten Kindergartenjahr. Wir wollen, dass das letzte Kindergartenjahr als erster Schritt beitragsfrei wird. Herr Lindner, wie ich immer wieder lese, sind Sie da mit mir einer Meinung. Offensichtlich können Sie sich nur nicht durchsetzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben das doch immer abgelehnt!)

Wir wollen die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres deshalb, weil wir davon überzeugt sind, dass Bildung nicht erst in der Schule anfängt. Weil wir den Experten, den Wissenschaftlern, zugehört haben, wissen wir, dass Bildung im Kindergarten beginnen muss. Und wenn Bildung dort beginnen muss und soll, müssen wir sicherstellen, dass alle Kinder da sind. Das heißt, es muss verpflichtend sein, und deshalb muss das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei sein. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir wollen, dass den Kindern geholfen wird, deren Defizite wir demnächst hoffentlich auch früher erkennen – Stichwort: sprachliche Frühförderung –, dann muss das im Kindergarten stattfinden.

(Ralf Witzel [FDP]: Warum haben Sie das denn selber nie gemacht, Frau Kraft?)

Herr Minister Laschet, Ihre Familienzentren sind eine gute Idee; völlig unbestritten. Aber glauben Sie ernsthaft, dass Sie mit einer Finanzierung von 1.000 € pro Monat die Ziele erreichen werden, die Sie damit erreichen wollen? Das wird doch nicht gelingen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben das alles beantragt, und Sie haben es abgelehnt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben 2006 zum „Jahr des Kindes“ ausgerufen. Die Erwartungen, die Sie damit geweckt haben, waren groß. Umso größer war allerdings auch die Enttäuschung – die Enttäuschung über Ihre Sparpolitik gerade bei den Kindern. Wir alle sagen doch immer sonntags: Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir müssen unser Land kinderfreundlicher machen, damit junge Menschen sich für Kinder und Familie entscheiden. Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern, damit sich diese Lebensentwürfe nicht ausschließen, sondern ergänzen.

Aktuelle Untersuchungen beweisen: Die Länder in Europa, in denen die Frauenberufstätigkeit am höchsten ist, sind auch die Länder mit der höchsten Geburtenrate. Wir als SPD haben die Situation erkannt. Wir haben deshalb auf unserer Klausurtagung des Bundesvorstands in Bremen daraus die Konsequenzen gezogen. Bis zum Jahr 2010 wollen wir einen Rechtsanspruch für Kinder nach dem ersten Geburtstag schaffen, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz.

(Beifall von der SPD)

Das ist der Weg, den dieses Land gehen muss, meine Damen und Herren.

Das Ganze soll dann mit dem letzten Kindergartenjahr beginnend schrittweise kostenfrei werden. Diese Beschlüsse sind richtungweisend für die Familienpolitik in Deutschland, aber vor allem für die Menschen in diesem Land, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein Quantensprung, auf den dieses Land lange gewartet hat.

(Zurufe von der CDU: 39 Jahre!)

Das ist deshalb wichtig – Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, Sie haben das immer noch nicht verstanden ...

(Zurufe von der CDU)

– Ich komme gleich noch auf die 39 Jahre zurück. Sie können sich beruhigen. Darauf komme ich gleich zurück und sage gleich etwas dazu.

Das ist aus folgendem Grund wichtig, Herr Ministerpräsident – ich glaube, die Dimension haben Sie nicht erkannt, als Sie sich sehr deutlich dagegen ausgesprochen haben –: Nur durch eine solche Entscheidung kann man Bildung früher stattfinden lassen. Nur durch eine solche Entscheidung kann man dann auch sehr frühzeitig einen Bildungsplan für jedes Kind erstellen, der individuell abgestimmte Fördermaßnahmen schon im Kindergarten beginnen lässt. Das ist der richtige Weg. Das ist die Zukunft für unser Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Hinzu kommt: Wir müssen uns auch um die Betreuung der unter Dreijährigen kümmern. Hier muss das Angebot kontinuierlich Jahr für Jahr ausgeweitet werden. Herr Laschet, ich weiß, dass Sie das auch so sehen, aber der Haushalt sagt etwas anderes. Der Haushalt sagt: Sie kriegen die Mittel dafür nicht, um diesen sinnvollen Weg zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine falsche Entscheidung. Wir haben das beantragt. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben es abgelehnt. Sie reden viel, aber Sie handeln anders.

(Beifall von der SPD)

Politik wird manifest im Haushalt. An den Zahlen lässt sich ablesen, ob Sie es ernst meinen. In diesem Feld meinen Sie es offensichtlich nicht ernst.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir schon bei den Familien sind, dann kommen wir auch einmal zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Von denen verlangen Sie ja gerne mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Berufstätige Mütter sollen nach Ihren Vorstellungen im Einzelhandel auch noch mitten in der Nacht arbeiten gehen.

(Beifall von der SPD)

Dem Fetisch der 24-stündigen Ladenöffnungszeit haben Sie mal ganz locker die Bedürfnisse und Interessen der Beschäftigten geopfert.

(Beifall von der SPD)

Die Auswirkungen auf die Familien – das ist der entscheidende Punkt – haben Sie dabei wissend in Kauf genommen.

Ich sage das an dieser Stelle deutlich: Wir sind froh, dass Ihr Ladenöffnungsgesetz – die lieben Kollegen von der FDP sollten genau zuhören –, dass Ihr Ladenöffnungsgesetz im Großen und Ganzen ein Flop ist.

(Beifall von der SPD)

Wenn ich mir als Verbraucher anschau, was für ein Wirrwarr da bei den Öffnungszeiten entstanden ist, dass alle eigentlich jetzt schon wieder auf 20 Uhr zurückgegangen sind und dass die alte Kamelle vom langen Donnerstag schon wieder herausgekratzt wird, dann kann ich nur sagen: Welch ein wegweisendes Projekt für dieses Land. Das hat uns wirklich Freiheit gebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber das Schlimme ist ja, dass Sie daraus nicht lernen. Das wirklich Schlimme für die Familien in diesem Land ist, dass die Unsicherheit für die Familien bleibt. Sie müssen immer noch damit rechnen, dass zu bestimmten Zeiten im Jahr – im Sommer wird es vielleicht dann noch einmal ausprobiert – die Arbeitszeit weit ausgedehnt wird, ohne dass Sie irgendeine Anstrengung unternehmen, eine Betreuung anzubieten.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, an dieser Stelle unterscheiden wir uns grundsätzlich von Ihnen. Im Zentrum unserer Politik wird immer der Mensch stehen und nicht der Markt. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass Sie in Ihrer schauspielerischen Leistung, Herr Ministerpräsident, zwar gerne den Sozialreformer geben, nehmen die Menschen in diesem Land ja hoffentlich richtig wahr. Das zeigen uns ja die Umfragen vom WDR. Ihr wahres Gesicht zeigen Sie doch wieder darin, dass der Kollege Wüst auf die geniale Idee gekommen ist, Herrn Ackermann zu einer Diskussion einzuladen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf: Auch ein Sozialreformer!)

Herr Wüst, da zeigen Sie doch, dass die neoliberale Politik in Ihrer Partei immer noch auf dem Vormarsch ist und dass sie nur zugekleistert ist. Das zeigt doch diese Maßnahme ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Der Gegenwind aus der eigenen Partei müsste Ihnen doch sagen, dass Sie da auf dem falschen Weg sind. Haben Sie denn die Veränderungen in der Gesellschaft nicht mitbekommen, Herr Wüst?

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, dass Ihr Familienbild von gestern ist, zeigt sich auch in Ihren Plänen für die Novellierung des Gesetzes über die Kindertagesstätten. Sie planen offensichtlich eine Veränderung der Finanzierungsregeln, die darauf hinausläuft, dass die klassische Kindergartengruppe zwischen acht und 13 Uhr gestärkt wird.

(Minister Armin Laschet: Stimmt ja nicht!)

Ganztagsangebote, flexible Angebote für Berufstätige und Alleinerziehende werden dagegen für die Träger – die Finanzierung schieben Sie nämlich auf die wieder ab – unattraktiv und teuer. Die Eltern werden das mit höheren Gebühren bezahlen müssen. So wird die Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter zu einem Privileg der Besserverdienenden. Gerade solche Familien, die sich nicht aussuchen können, ob beide Elternteile arbeiten gehen wollen, sondern bei denen es beide müssen, weil sie auf die Einkünfte angewiesen sind, gerade diese Familien – und auf die passen wir bei der SPD auf – werden von solcher Politik negativ belastet. Das ist der falsche Weg für dieses Land, Herr Minister Laschet.

(Beifall von der SPD)

Das ist Familienpolitik von vorgestern und nicht von morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Interessant ist ja die Diskussion um das GTK. Der Kollege Lindner hat sich ja dankenswerterweise schon sehr deutlich dazu geäußert, dass Sie dazu dann auch – auch wenn Sie es so machen – einen höheren Landeszuschuss benötigen. Er redet von 950 Millionen € im Jahr 2008. Ich habe allerdings den Eindruck, Herr Kollege Lindner, Sie müssen da beim Kollegen Stahl noch ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten. Denn der hat Ihnen, wenn ich das richtig gelesen habe, gesagt, das wären Profilierungsversuche. Und noch besser: Er hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, bei der FDP – Herr Kollege Papke, hören Sie zu – seien einige – ich zitiere – nicht ganz so seriös, wie ich das gerne hätte.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Herr Kollege Papke, mangelt es bei der FDP etwa an Seriosität?

(Widerspruch von der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie erheben verbal den Anspruch – das hören wir dauernd –, dieses Land zu erneuern. Leider werden Sie diesem Anspruch nicht gerecht.

(Beifall von der SPD)

Sie verändern dieses Land; das ist unbestritten. Aber allzu oft ist es eine Veränderung zum Schlechteren.

An dieser Stelle kann ich es Ihnen nicht ersparen, auf die Auswirkungen des Schulgesetzes, die wir alle jetzt spüren, zu sprechen zu kommen: auf die Einschränkung der Freiheit der Schulwahl und auf das Wegwischen des Elternrechts. In diesen Tagen haben die Eltern der Schülerinnen und Schüler in den vierten Klassen die Nachricht bekommen, auf welche Schule ihr Kind gehen wird.

Am Samstag habe ich in meiner Rede gesagt und sage es heute bewusst noch einmal: Ich war geschockt über einen Beitrag im „Kölner Stadt-Anzeiger“.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das war am Samstag!)

Der Titel war: „Ich kann nachts nicht mehr so gut schlafen.“ Das sagt die neunjährige Nina in diesem Bericht. Es geht um ihren Wechsel auf eine weiterführende Schule.

Wenn dieses Schulgesetz dazu führt, dass Neunjährige sagen, sie könnten nachts nicht mehr gut schlafen, Herr Ministerpräsident,

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

dann ist dieses Schulgesetz falsch, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Papke, vielleicht gehen Sie zu wenig unter Menschen.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Ich war neulich bei einer Geburtstagsfeier im privaten Kreis.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Da war ich nicht eingeladen!)

– Aber Sie haben wahrscheinlich keinen Freundeskreis, der sich über verschiedene Schichten erstreckt. Aber das ist auch egal.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Herr Kollege Papke, auf der Geburtstagsfeier ...

(Fortgesetzt Zurufe von CDU und FDP – Glocke)

Auf der Geburtstagsfeier ist mir das erste Mal ein Elternpaar begegnet, das zugegeben hat, für ihr Kind schon in der zweiten Klasse Nachhilfe zu bezahlen, weil es Angst davor hat, das Kind könnte den Übergang auf das Gymnasium nicht schaffen.

(Zurufe von der FDP)

Auch das zeigt, dass diese Schulpolitik falsch ist und in die falsche Richtung führt, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von FDP und CDU)

Diese falsche Schulpolitik setzt sich fort.

(Lachen und Zurufe von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Und Sie lachen noch darüber! – Weitere Zurufe)

Es gibt das Abitur nach zwölf Jahren. Kinder, die heute auf die Haupt- und Realschulen gehen – deshalb wissen die Eltern, wie schwierig und wichtig diese Entscheidung ist –, werden erleben, dass der Übergang zum Gymnasium zukünftig versperrt ist. Wir wissen doch: Dadurch, dass Sie das Abitur nach zwölf Jahren an den Gymnasien anders organisiert haben, passen diese Schullaufbahnen gar nicht mehr beim Übergang auf das Gymnasium. Statt das System durchlässig zu machen, um allen Kindern alle Chancen zu geben, wie wir das wollen, schaffen Sie neue unüberwindbare Hürden.

(Zustimmung von der SPD)

Das ist Bildungspolitik der 50er-Jahre! Sie geben die Antworten von vorgestern auf die Probleme von heute und morgen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind von vorgestern! – Zurufe von CDU und FDP)

Unsere Schulen müssen den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Sie müssen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, alle Fähigkeiten einzubringen und zu nutzen. Wir dürfen uns nicht – ich hoffe, wir sind dabei einer Meinung – damit abfinden, dass die soziale Herkunft bestimmt, welche Entwicklungsmöglichkeiten Kinder in unserem Land haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Ihre Ergebnisse! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Warten Sie doch ab! Niemand von uns ...

(Zurufe von CDU und FDP)

– Hören Sie noch einen Moment zu; danach dürfen Sie reden.

(Bernhard Recker [CDU]: Schwierig!)

Niemand von uns darf das zulassen. Ich betone ausdrücklich, dass dieses Ziel nicht erreicht ist. Diese Feststellung beziehe ich ausdrücklich auf unsere Regierungszeit.

(Minister Armin Laschet: Besonders auf die!)

Wir haben dieses Ziel immer verfolgt.

(Zuruf von der FDP: Wo denn?)

Über viele Jahre ist es gelungen, voranzukommen, meine Damen und Herren. Dafür bin ich auch ein Beispiel.

Während der Regierungsverantwortung der SPD ist der Anteil von Arbeiterkindern an den Abiturienten und Studenten zunächst kontinuierlich gestiegen. Auch andere Benachteiligungen haben wir abbauen können. Wir haben manches geändert; im Übrigen geschah das damals auch gegen viele Widerstände aus Ihren Reihen.

(Beifall von der SPD)

Manche, die heute soziale Selektion beklagen, haben uns damals erklärt, die Begabungen seien in der Gesellschaft eben unterschiedlich verteilt. Wir sollten aufhören, Gleichmacherei zu betreiben.

Aber ich sage klar: Wir haben auf die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre und auf die neuen Problemlagen nicht rechtzeitig reagiert. Wir haben auch nicht konsequent genug reagiert. Das war ein Fehler. Dafür übernehmen wir unseren Teil der Verantwortung.

Aber gerade weil das so ist, engagieren wir uns in dieser Frage umso energischer. Wir lassen nicht locker, zu einer Verbesserung der Situation zu kommen. Für mich ist das Kernthema sozialer Gerechtigkeit, allen Kindern alle Chancen zu geben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir laden alle anderen Fraktionen im Landtag ganz ausdrücklich dazu ein, mit uns in einen Wettstreit um die besten Konzepte einzutreten. Ich glaube zutiefst, dass wir zumindest in diesem Punkt die gleichen Ziele haben: Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert werden, so gut es geht. Wir sind uns auch einig in der Analyse, welche Probleme es auf diesem Weg gibt.

Aber wir müssen leider feststellen, dass Sie mit dem Schulgesetz auf die Probleme von heute mit den Konzepten von gestern reagiert haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Machen Sie nicht den Fehler, Herr Ministerpräsident, das Thema kurzerhand für tabu zu erklären. Machen Sie nicht den Fehler, jetzt mit alten Schulkämpfen zu drohen. Wir alle müssen gemeinsam neue Antworten auf neue Probleme finden. Das müssen wir gemeinsam aus den vergangenen Jahren lernen. Keiner darf sich in schulpolitischen Schützengräben festsetzen. Denkblockaden und Denkverbote können wir uns auf diesem Weg nicht leisten. Ideologie darf unser Handeln nicht bestimmen.

(Demonstrativer Beifall von Helmut Stahl [CDU] – Zurufe von der CDU)

Darum ist es fatal, Herr Ministerpräsident, sich jeder Diskussion über grundlegende Veränderungen zu verweigern.

Für uns ist völlig klar: Das zentrale Problem, das zwangsläufig zu sozialer Selektion führt, ist die frühe Trennung der Bildungsgänge.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dagegen hilft nur, länger gemeinsam zu lernen. Das sagt uns die Wissenschaft. Das beweist uns der Blick ins Ausland zu den Pisa-Ländern, die erfolgreich sind. Deshalb haben wir uns entschieden, diesen Weg zu gehen. Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule. In der fünften und sechsten Klasse müssen die Kinder zusammenbleiben. Danach können Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen angeboten werden, aber auch integrierte Modelle – alle unter einem Dach, mit einer Schülerschaft und einem Kollegium. Das ermöglicht es dann wirklich, Aufstiege zu vereinfachen.

Wir müssen weg von diesem Abschulsystem in unserem Land. Der Aufstieg muss wieder möglich werden. Da geht es um Chancen für unsere Kinder, aber auch um Chancen für unser Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Das ist übrigens auch die richtige Antwort auf die Probleme, die wir gerade in ländlichen Gebieten durch den Rückgang der Schülerzahlen haben. Darauf haben Sie noch keine Antwort. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat einen dramatischen Rückgang an den Hauptschulen festgestellt. Gerade in den kleinen Kommunen führt das doch zu den größten Problemen.

Wollen Sie keine wohnortnahe Versorgung mehr bei den weiterführenden Schulen? Sie wissen doch: Über 50 Gemeinden haben nur noch eine Hauptschule. Und Sie wissen, dass diese Hauptschulen nicht zu halten sein werden. Da können Sie noch fünf Qualitätsoffensiven starten: Es wird nicht gelingen.

Um ihre wohnortnahen Schulstandorte zu erhalten – einige von Ihnen sind da schlauer –, haben jetzt die CDU-Bürgermeister von Horstmar und Schöppingen beantragt, einen Modellversuch einzuleiten, der genau unserem Modell entspricht. Das ist ideologiefreie, sachorientierte Politik.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, oder wollen Sie demnächst 50 Modellversuche in diesem Land starten? Das kann doch nicht der richtige Weg sein.

Sie machen den Fehler – das finde ich auch fatal –, dass Sie Bildung auf Schule verengen. Bildung beginnt weit vorher, und sie endet in dieser Gesellschaft praktisch nie. Vom Kindergarten über Schule, Ausbildung und Studium bis zum Bereich Fort- und Weiterbildung müssen wir ein offenes Bildungsangebot garantieren. Wir müssen auch hier allen alle Chancen geben.

Es geht um das Recht des Menschen auf gleichberechtigten Zugang zur Bildung und auch darum, dass es die Gesellschaft schafft, alle Potenziale und Fähigkeiten wirklich zu nutzen, quasi abzurufen, die die jungen Menschen mitbringen. Wenn wir dabei scheitern, dann können wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Darum ist es völlig falsch, zu diesem Zeitpunkt bei der Weiterbildung zu sparen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben zwar nach den wütenden Protesten von den riesigen Kürzungsschritten einiges zurückgeholt, aber Sie wissen doch, dass das, was Sie in diesem Bereich draufgelegt haben, zu wenig ist. Die Deckung über den Europäischen Sozialfonds wird doch nicht funktionieren, dass wissen Sie doch auch.

(Zurufe von der CDU)

Ich war am Wochenende in Ostwestfalen. Gucken Sie sich einmal an, wie die Volkshochschulen jetzt zugemacht werden, weil die Strukturen nicht mit Projektmitteln erhalten werden können! Das ist der Kern des Problems.

(Beifall von der SPD – Helmut Stahl [CDU]:
Wo leben Sie?)

– Das haben Sie immer noch nicht begriffen, Herr Kollege Stahl!

Zu einer zukunftsgerichteten Politik, meine Damen und Herren, gehört auch eine verantwortungsvolle Energiepolitik. Wir setzen als SPD weiter auf die heimischen Energieträger: Braunkohle, Steinkohle und erneuerbare Energien. Wir haben als rot-grüne Koalition schon vor Jahren eine ökologische Industriepolitik eingeleitet.

Um es noch einmal klar zu sagen, damit der Punkt hier auch angesprochen wird: Die Position der SPD zur Zukunft der Steinkohle hat sich seit dem Wochenende nicht verändert. Wir haben die deutliche Mehrheit der Menschen hier im Land auf unserer Seite.

(Beifall von der SPD)

Nach der Umfrage des WDR sind es 67 %, die keinen Ausstieg aus der Steinkohle wollen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Diese Menschen haben begriffen, was energiepolitische Sicherheit wert ist. Um es noch einmal deutlich zu sagen: RAG-Börsengang und Steinkohlesockel passen gut zusammen. Beides ist gut für NRW.

Auch die Alternativen in diesem Prozess sind völlig klar: Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Dresden den Ausstieg bis spätestens 2015 beschlossen. Die FDP will bis 2010 alle Zechen schließen. Beides bedeutet Massenentlassungen. Das ist mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Dann setzt Kollege Stahl noch einen drauf: Kollege Stahl pocht jetzt neuerdings auf einen Ausstieg ohne Revisionsklausel. Das muss doch jedem die Augen öffnen. Die schwarz-gelbe Regierung ist kein verlässlicher Verhandlungspartner für die Kohle!

(Beifall von der SPD)

Der Orkan Kyrill hat uns mit seiner zerstörerischen Wucht noch einmal vor Augen geführt: Energie- und Klimaschutzpolitik ist die zentrale Herausforderung der Zukunft. Entscheidend ist, dass wir den Anteil der regenerativen Energien deutlich steigern und den Energieverbrauch durch neue Techniken, durch sparsameres Verhalten deutlich senken. Beide Ziele hat die frühere Landesregierung von SPD und Grünen in den vergangenen Jahren mit Nachdruck verfolgt.

Ich fürchte, den Vorsprung, den sich NRW hier im deutschen und internationalen Vergleich erarbei-

tet hat, den verspielen Sie gerade, meine Damen und Herren von Schwarz und Gelb.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Befürchtung habe ich deshalb, weil ich mich bei der Landesinitiative Zukunftsenergien ein wenig auskenne. Da wird das Programm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen“, kurz REN genannt, am 30. Januar 2006 als herausragendes Förderprogramm bezeichnet, mit dem das Land – ich zitiere – „entscheidende Impulse für den Strukturwandel, besonders für neue Arbeitsplätze setzt.“

Auf den Internetseiten der Bezirksregierung Arnsberg heißt es unter der Überschrift „17 Jahre REN-Programm in NRW, die Erfolgsstory“:

„Nordrhein-Westfalen will ... beim Einsatz der regenerativen Energien in Deutschland führend werden. Das Engagement der Landesregierung spiegelt sich deshalb auch in der Höhe der Haushaltsmittel für das REN-Programm wider.“

Wie wahr, wie wahr, kann man da nur sagen. Diese Landesregierung hat das REN-Programm im Jahre 2006 und 15 % und in diesem Jahr um weitere 43,5 % zusammengestrichen: keine Knete, kein Engagement!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wo der Arnsberger Regierungspräsident Recht hat, hat er Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Nicht besser, Herr Kollege Pinkwart, sieht es bei der Energie- und Umweltforschung aus. Energieforschung sei ein zentraler Schwerpunkt, feiern Sie sich auf der Homepage des Ministeriums. Nur beim Geld folgt eine Kürzungswelle der nächsten.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

So gehören die Zeiten schnell zur Vergangenheit, Herr Pinkwart, an denen 20 % der Standorte zur Energieforschung in NRW angesiedelt waren – so viele wie in keinem anderen Bundesland. So verspielt diese Landesregierung Zukunft. Erneuerbare Energien sind Zukunft. Doch die Landesregierung koppelt sich von dieser Wachstumsbranche ab.

Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Das belegt die letzte Ausgabe der „Wirtschaftswoche“; ich weiß nicht, ob Sie schon Gelegenheit hatten, sie zu lesen. Die Titelgeschichte heißt: Die Umwelttechnik mausert sich zur Wachstumsindustrie des 21. Jahrhunderts. Das Wirtschaftsmagazin be-

scheinigt Deutschland die „leistungsfähigste Umweltindustrie der Welt.“ Sie steht vor gigantischen Exportchancen, ist dort zu lesen. In 15 Jahren wird sie die Leitindustrie sein. Wahrscheinlich wird Kanzlerin Merkel das heute bei dem Weltwirtschaftsforum in Davos noch einmal deutlich machen.

Meine Damen und Herren, diese Schritte hat Rot-Grün im Bund und im Land eingeleitet. Das lassen wir auch nicht wegdiskutieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Apropos Ökologie: Wir werden uns in den kommenden Plenartagen noch eingehend mit den Folgen des Orkans Kyrill beschäftigen und welche politischen Schritte sich daraus ergeben. Aber ich möchte schon heute die Gelegenheit nutzen, den vielen Helferinnen und Helfern zu danken, die während des Orkans und anschließend unermüdlich im Einsatz waren und sind. Unser Dank gilt der Polizei, der Feuerwehr, dem THW, den Hilfsdiensten, dem Roten Kreuz und den Johannitern, aber auch ganz ausdrücklich den Waldarbeitern und den Forstbediensteten, die nach Kyrill rund um die Uhr damit beschäftigt sind, die erschreckend hohen Schäden, die ich am Wochenende zum Teil auch selbst gesehen habe, zu beseitigen und den massiv betroffenen Waldbauern zu helfen.

In einer solchen Notsituation zeigt sich, welches ungeheuer hohe Stellenwert ehrenamtliches Engagement für eine Gesellschaft hat. Bei uns in NRW ist das Ehrenamt lebendig. Auch deshalb ist es richtig und gut, dass Bundesfinanzminister Steinbrück bürgerschaftliches Engagement über Steuererleichterungen mit immerhin 400 Millionen € belohnen will.

(Beifall von der SPD)

Die Union im Bund sollte die Kritik daran zurücknehmen. Es ist ein kleiner, ein ganz kleiner Ausgleich für den freiwilligen Dienst ohne Lohn, den Tausende von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land an ihrer Gesellschaft leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, kommen wir zu den Hauptleidtragenden Ihrer Politik des Haushalts 2007! Wir müssen die Zukunft der Kommunen und ihre Leistungsfähigkeit auf Dauer sichern. Stattdessen belasten Sie sie durch drastische Kürzungen und wälzen auch noch Aufgaben auf sie ab.

Ich will die Folgen des Landeshaushalts 2007 einmal am Beispiel der Stadt Dortmund darstellen: Dortmund erhält aufgrund Ihrer Kürzungen in diesem Jahr 36,3 Millionen € weniger Mittel vom Land. Wenn Sie das mit den Ausgaben vergleichen, die diese Stadt für Kinder in Tagesbetreuung ausgibt – das sind rund 96 Millionen € –, ist das eine dramatisch hohe Zahl.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Andersherum gesagt: In Dortmund könnte ein Drittel mehr an Plätzen in der Tagesbetreuung angeboten werden,

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

wenn Sie dieses Geld für die Stadt nicht gestrichen hätten.

(Beifall von der SPD)

Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, wie diese Stadt diesen Ausfall nach Ihrer Vorstellung kompensieren soll.

(Zuruf von der CDU: Mit den Gewerbesteuerereinnahmen!)

– Das habe ich schon gegengerechnet; das brauchen Sie gar nicht hereinzurufen.

Höhere Verschuldung, höhere Gebühren, schlechtere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden die Folge sein. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort werden die Leidtragenden dieser Politik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann setzen Sie noch einen drauf: Gestern haben Sie uns die Beschlüsse des Kabinetts zu den wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen kundgetan, § 107 der Gemeindeordnung. So wie es jetzt verabredet ist, verbieten Sie die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in wesentlichen Aufgabenfeldern. Die versprochene Bestandschutzklausel – seien sie ehrlich zu den Menschen! – soll das doch alles nur verkleistern. Aus einem plötzlichen Tod machen Sie nur einen langsamen Tod auf Raten. Das Ergebnis ist das gleiche: Tot bleibt tot. In der Wirtschaft gibt es keine Wiederauferstehung.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimme ist, dass Sie aus ideologischer Verblendung heraus ohne jede selbstkritische Überprüfung handeln. Das Credo „Privat vor Staat“ ist Ihre oberste Handlungsmaxime. Gewinne sollen privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Das ist neoliberale Politik von vorgestern.

Das ist die Politik dieser Landesregierung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Lachen von Horst Becker [GRÜNE])

Genauso falsch sind die Pläne, Herr Finanzminister, das Sparkassenrecht zu ändern. Unsere Politik ist klar. Wir wollen keine Privatisierungen. Wir wollen aber auch kein Einfallstor für Privatisierungen. Wir wollen auch kein Einfallstor für Europa. Vor den Folgen einer solchen Gesetzesänderung wurde das Land auch von einem sicherlich unverdächtigen Zeugen gewarnt.

Der Stadtrat von Straelen – ich kann es Ihnen nicht ersparen, Herr Kollege Linssen –, der immerhin von einer Zweidrittelmehrheit der CDU regiert wird, hält größte Vorsicht für nötig – so ist in der Resolution zu lesen –, damit Großbanken oder Finanzkonzernen kein Einfallstor geöffnet wird.

Herr Finanzminister, wie weit ist es eigentlich von Issum nach Straelen? – Ich habe im Routenplaner nachgeguckt: Es sind 18,6 km. Reden Sie doch einmal mit Ihren Freunden vor Ort!

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik des Landes soll dazu dienen, den Wirtschaftsstandort voranzubringen, um damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Sie haben es selbst gerade verkündet, Frau Ministerin Thoben: In den letzten 40 Jahren sind zwar 2,2 Millionen Stellen verloren gegangen, aber es sind 3,4 Millionen neue Stellen entstanden. In 40 Jahren hat NRW also um 1,2 Millionen Stellen zugelegt. 40 Jahre sind 39 plus 1. Das ist in der Regierungszeit der SPD erreicht worden.

(Beifall von der SPD)

Das zeigt aber vor allem, dass es weit besser um die Wirtschaft in unserem Land steht, als Sie das lange wahrhaben wollten. Aber wir haben immer noch eine zu hohe Arbeitslosigkeit. Der Strukturwandel gerade im Ruhrgebiet kommt voran, aber er ist noch nicht beendet. Es spricht gegen jede Sachkenntnis, wenn die Wirtschaftsministerin verkündet, der Strukturwandel stehe praktisch vor dem Abschluss.

(Lachen von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Das ist peinlich!)

Die FDP ist an dieser Stelle dankenswerterweise sofort eingeschritten. Die positiven Wachstumsraten der letzten Jahre sollten nicht darüber hinweg-

täuschen, dass dort noch viel zu tun ist. Insbesondere bei der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit haben wir nach wie vor Probleme. Sie wissen es, Herr Minister Laumann: Bei uns wächst dieser Teil der verfestigten Arbeitslosigkeit um 4,9 %, während bundesweit ein Rückgang von 0,1 % zu verzeichnen ist. Das sind Daten und Fakten. Deshalb muss der Prozess der strukturellen Anpassung unvermindert weitergeführt werden. Genau das tun Sie nicht.

Sie sagen, wir seien im Ruhrgebiet mit der Gießkanne durch das Land gegangen, und sprechen von Leuchttürmen. Das passt zwar nicht zusammen, aber das macht ja nichts. Die EU-Fördermittel sollen dazu dienen, diese Strukturprobleme in den einzelnen Regionen anzugehen und zu bekämpfen. Wie können diese Gelder ziel- und zweckgerichtet verwendet werden, Herr Kollege Stahl, wenn Sie sie über das ganze Land ausgießen? Sie wollen umverteilen zulasten der strukturschwachen Gebiete, zulasten des Ruhrgebiets. Das dürfen wir nicht zulassen. Auch das ist der falsche Weg in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, was haben die Bürgerinnen und Bürger im Jahre 2007 von der Landesregierung zu erwarten? – Wir hatten uns nach Ihrer Kabinettklausur Aufschluss darüber erhofft. Aber wenn dort nicht mehr besprochen worden ist als das, was Sie der Presse vorgestellt haben, dann wird es ein mageres Jahr 2007.

Sie wollen die Gemeindeordnung, § 107, verändern – darüber haben wir ja gerade gesprochen – und die Wahl der Räte und die der Oberbürgermeister und Bürgermeister entkoppeln. Das werden wir hier noch reichlich diskutieren. Völlig indiskutabel empfinde ich Ihre Entscheidung, die Stichwahl bei den Bürgermeisterwahlen abzuschaffen.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Demokratie findet nicht mehr statt!)

Dann wird demnächst womöglich ein Bürgermeister, eine Bürgermeisterin für sechs Jahre mit weniger als 20 % der Stimmen der Wahlberechtigten gewählt. Beispielsweise wäre dies in Duisburg der Fall gewesen, wo Herr Sauerland mit nur 19,2 % der Wahlberechtigten zum Oberbürgermeister gewählt worden wäre. In Bad Oeynhausen wäre das mit 17,9 %, in Hagen mit 18,5 %, in Warstein mit 19,5 % und in Ratingen mit 18,9 % geschehen. Meine Damen und Herren, was Sie da planen, ist schlicht und einfach undemokratisch. Sie

werden damit zur Politikverdrossenheit der Menschen in diesem Land beitragen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Darüber hinaus steht das RVR-Gesetz an. Sie wollen den Vorstand des RVR abschaffen, und zwar frei nach dem Motto: Wenn das Wahlvolk nicht so wählt, wie es der Regierungsmehrheit passt, umso schlechter für das Wahlvolk. Dann ändern wir halt die Strukturen, damit das alles so ist, wie wir es wollen.

(Zurufe von der CDU)

Noch schlimmer ist jedoch das, was Sie beim Landespersonalvertretungsgesetz planen. Angeblich ist dieses Gesetz hinderlich beim Personalabbau. Ich sage Ihnen: So, wie Sie das mit Ihrem Gesetzentwurf vorhaben, kann und darf man mit den Menschen, mit den Mitarbeitern in diesem Land nicht umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr Parteifreund Zylajew, MdB, hat die Personalräte der Ministerien und Behörden in NRW in einen direkten Zusammenhang zu dem Skandal bei VW gestellt. Ihr eigener Personalrat in der Staatskanzlei, Herr Ministerpräsident, hat Sie gebeten, dazu ein klärendes Wort zu sprechen. Hier und heute haben Sie Gelegenheit dazu.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass nicht nur wir das mit dem LPVG so sehen, zeigen auch die Ausführungen Ihres Parteifreundes von der CDA. Herr Minister Laumann dreht sich schon weg; er weiß, was kommt. In einem Brief, aus dem ich zitiere, wird Ihnen bescheinigt:

„Die dort genannten Beispiele, warum das alles nicht funktioniert, sind schlichtweg getürkt“

und

„können alle bei intelligenter und richtiger Anwendung des Gesetzes ad absurdum geführt werden.“

Hören Sie bitte auf, diese Stimmen aus Ihren Reihen zu ignorieren! Sie – insbesondere Sie als CDA-Chef – können doch nicht allen Ernstes mit einem Landespersonalvertretungsgesetz hinter die Rechtsmöglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes zurückgehen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Minister Laumann!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Hauptpersonalräte sprechen von Politik nach Gutsherrenart. Es droht die Gefahr, dass Motivation und Leistungsbereitschaft Schaden nehmen.

Für mich ist eines ganz wichtig: Das Menschenbild, das bei Ihnen dahinter steht, ist falsch. Ich habe dort gearbeitet und habe die Ministerien kennengelernt. Ich sage Ihnen: Diese Menschen wollen Leistung bringen, sie wollen aber auch mitreden. Wenn Sie Veränderungsprozesse in diesem Land zu einem guten Ziel bringen wollen, dann müssen Sie die Menschen mitnehmen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann ist der Spruch falsch, dass man nicht die Frösche fragen darf, wenn man den Teich austrocknen will. Die Frösche wissen, wie es richtig geht, dass dieser Teich lebenswert funktionieren kann. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gegen die Menschen kann man das nicht umsetzen, aber ich fürchte, Sie werden genau das tun. Herr Papke hat ja bezogen auf die Demonstrationen vor der FDP gesagt:

„Endlich haben wir mal eine richtige Demonstration. Ich hatte schon Sorge, dass wir mit unserer Reformpolitik nicht konsequent genug sind.“

Herr Kollege Papke, das ist arrogant und unverschämte. Das ziemt sich nicht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Zynisch! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sind unverschämt!)

Mit solch flotten Sprüchen kommen Sie ja auch bei der Privatisierungspolitik des Landes – Stichworte: LEG, WestLB. Welche Strategie haben Sie da eigentlich? Der Ministerpräsident sagt, LEG und WestLB könnten im Jahre 2007 noch nicht privatisiert werden. Völlig unklar bleibt, wie der ominöse Innovationsfonds überhaupt mit Leben gefüllt werden soll. Oder ist Ihre Strategie, Herr Papke, dass Sie sich in Wahrheit um den Kollegen Pinkwart sorgen?

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich mache mir Sorgen um Sie!)

Denn ohne Innovationsfonds hat er ja eigentlich nicht so richtig Geld zur Verfügung, mit dem er etwas machen kann. Ich habe den Eindruck, Sie machen ein ABM-Programm für Minister Pinkwart. Das steht in Wirklichkeit dahinter.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und das auch noch öffentlich gefördert!)

Nun warten wir alle ganz gespannt – auch dieses Thema kann ich Ihnen nicht ersparen – auf Ihre

Bundesratsinitiative zum Arbeitslosengeld I. Herr Kollege Laumann hat ja nach der Beerdigung dritter Klasse durch Merkel und Kauder die Zahlen vorgelegt. Diese besagen, was wir schon immer gewusst haben, wer belastet wird: Frauen, junge Familien, ältere Menschen, die schon einmal arbeitslos waren.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja, ja, ja!)

Nun wollen Sie das alles über den Bundesrat machen. Dies hatten Sie uns ja angekündigt, Herr Ministerpräsident, die Kollegen Lindner, Stahl und alle anderen auch. Ich rate Ihnen: Beeilen Sie sich mit der Bundesratsinitiative! Ich glaube, der Stoiber ist nicht mehr lange da. Vielleicht unterstützt der Sie wenigstens noch dabei.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Oder gibt es Probleme mit dem Preis, den die FDP für diese Bundesratsinitiative gefordert hat? Ich habe das ja verfolgt: Den Kündigungsschutz müssen wir wegräumen und die Tarifautonomie gleich mit erledigen; das hatten Sie ja direkt gesagt. – Herr Minister, Sie sind ja offensichtlich auch schon auf der Reise nach Dänemark.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie erzählen die Unwahrheit! Das ist einfach falsch! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch beschlossen! Lesen Sie die Protokolle!)

– Herr Kollege Papke, Sie können doch gleich noch in Ruhe reden. – Ich glaube, der Preis ist am Ende zu hoch. Sonst werden Sie noch mehr Fälle erleben, wie den Fall des Rats Herrn Walter Weber aus Lindlar. Da ich weiß, dass Sie uns gleich mit dem Austritt von Rüdiger Frohn kommen, der allerdings schon vor anderthalb Jahren stattgefunden hat, komme ich jetzt zum Austritt des Rats Herrn Walter Weber aus Lindlar. Der hat Ihrer Partei nach 20 Jahren Ratsmitgliedschaft zu Weihnachten den Rücken gekehrt. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ zitiert:

„Als besonders schlimm empfinde er die Landespolitik unter Jürgen Rüttgers, die von ‚gebrochenen Wahlversprechen und Lügen nur so gespickt‘ sei. ‚Man sehnt sich ja fast wieder nach Rot-Grün‘.“

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Guter Mann!)

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auf Innovationen setzt, statt Stillstand zu verwalten. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die neue Beschäftigung schafft, statt Alimentierung zu verlängern,

und wir brauchen eine Bildungspolitik, die Chancen schafft, statt neue Hürden aufzubauen.

Wir brauchen eine Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich sicherstellt, statt Frauen zu benachteiligen. Wir brauchen eine konsequente Umwelt- und Klimaschutzpolitik, mit der wir weiter technologischer Vorreiter sein können, statt den Anschluss zu verlieren. Und wir brauchen eine Energiepolitik, die uns unabhängig von Importen macht, statt neue Abhängigkeit zu schaffen.

Wir müssen bereit sein, neu zu denken. Wir müssen die Herausforderungen annehmen, darum ringen, sie zu gestalten. Politik muss gestalten und darf nicht nur verwalten. Nordrhein-Westfalen braucht neue Antworten auf die Fragen der Zukunft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit den Antworten von gestern und den Konzepten von vorgestern werden wir diese Herausforderungen nicht meistern können. Herr Ministerpräsident, fangen Sie an, gestalten Sie endlich die Zukunft! Sonst werden Ihre Regierungsjahre verlorene Jahre für Nordrhein-Westfalen sein, und das darf nicht passieren. – Glück auf!

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU spricht nun der Fraktionschef, Herr Stahl.

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Nach dem Flachsinn dieser Rede halte ich es lieber mit der Realität.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Realität ist Gott sei Dank eine andere.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, liebe Frau Kraft, wir setzen auf Menschen, die nicht täglich mit halbvollen Gläsern durch die Gegend laufen, wir setzen auf Menschen, die sich beim Laufen nicht täglich auf die Mundwinkel treten, und wir setzen auf Menschen, die anpacken wollen. Das ist Gott sei Dank die Mehrheit in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Ich bekenne frank und frei, dass ich mich in der Weihnachtszeit gefreut habe.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich habe mich mit vielen Menschen in unserem Land wirklich gefreut. Wann sind wir zuletzt mit so vielen guten Nachrichten bedacht worden wie in dieser Zeit? – Unsere Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst, im vergangenen Jahr um mehr als 2 % – nach nur 0,7% im Jahr davor.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch die Bauwirtschaft, die lange das Sorgenkind des Wachstums und des Arbeitsmarktes war, wird wieder optimistisch. Der Mittelstand – unser Mittelstand – fasst wieder Tritt. Gott sei Dank!

(Beifall von der CDU)

Die Anzahl der Insolvenzen in Nordrhein-Westfalen ist rückläufig, und zwar stärker rückläufig als in anderen Bundesländern. Prima! Das ist ein Grund zur Freude.

(Beifall von der CDU – Thomas Stotko [SPD]: Damit haben Sie doch nichts zu tun!)

Gerade zu sensationell war und ist, dass Ende Dezember 2006 die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen erstmals unterhalb des Niveaus im November lag. Das ist eine unglaubliche, eine sensationelle Meldung, die zeigt: Hier wirkt eine gute, eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Politik ist auch geschuldet, dass gleichzeitig die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen in Nordrhein-Westfalen um rund 120.000 gewachsen ist.

Bei all diesen guten Meldungen habe ich ein Stück Vorfreude auf das Jahr 2007 gespürt. Ich habe mich darüber gefreut, dass diese Daten erwarten lassen, dass die Steuerquellen weiterhin sprudeln. Denn durch mehr Wachstum, weniger Arbeitslosigkeit und mehr Beschäftigung wachsen die Einnahmen des Staates. Das ist die Strategie, den Übeln wirklich an die Wurzeln zu gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hätte uns vor 18 Monaten jemand gesagt, wie die Lage am Jahresende 2006 sein wird, nämlich, dass es uns sogar gelingt, bereits 2006 mit unserem Landeshaushalt nahe an die Grenze unserer Verfassung zu kommen und dass es uns sogar gelingt, für 2007 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen, der hätte uns in den Arm kneifen müssen. Wir hätten es kaum ge-

glaubt. Das ist doch sensationell, das ist doch vorzüglich!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Herzlicher Glückwunsch, Helmut Linssen, Herzlicher Glückwunsch, Herr Ministerpräsident und die gesamte Landesregierung!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir als Koalition der Erneuerung beziehen uns in diesen Glückwunsch ein.

(Beifall von der CDU)

Mit der Freude über diese Daten gehe ich zurzeit gern in die Jahresempfänge, die überall stattfinden.

(Thomas Stotko [SPD]: Schulterklopper!)

Da werde ich, wie meine Kolleginnen und Kollegen, durchaus freundlich und freudig empfangen.

(Thomas Stotko [SPD]: Beim Karneval!)

Die Bürgerinnen und Bürger achten unsere politische Leistung. Sie sind froh darüber, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder aufwärts geht. Vor zwei Jahren standen wir alle im Wahlkampf. Wir von der CDU haben den Menschen versprochen:

(Zurufe von der SPD: Gebrochen!)

Wenn ihr uns wählt, dann werden wir die Arbeitslosigkeit in einer gemeinsamen Anstrengung unter eine Million senken. Im Dezember 2006 gab es in Nordrhein-Westfalen 908.000 arbeitslose Menschen. Das sind 908.000 zu viel, aber die Milliongrenze haben wir unterschritten. Das haben wir durch unsere Politik erreicht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wir haben den Menschen versprochen: Wir schaffen den Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenspirale, und zwar aus einer Schuldenspirale, die alles hoffnungslos macht. Ende 2006 haben wir die immer noch notwendige Nettokreditaufnahme mehr als halbiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben den Menschen gesagt: Wir kämpfen mit vollem Einsatz gegen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen. Ende 2006 haben wir ihn nahezu halbiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei aller Kritik, die der Einzelne oder die Einzelne hier und da üben mag: Wir haben das gehalten,

was wir versprochen haben. Daran ist nicht zu deuteln.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Das erkennen die Bürgerinnen und Bürger an. Darüber freuen wir uns, und darauf sind wir selbst ein bisschen stolz.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kollegin Kraft, dass es Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen von der SPD bei den Jahresauftaktveranstaltungen wahrscheinlich etwas anders ergangen ist, verstehe ich. Wie sollte es angesichts der mit Händen zu greifenden Misere der SPD auch anders sein? – Gratulieren möchte ich Ihnen, Frau Kollegin Kraft, zu Ihrer Wahl zur Vorsitzenden der NRW-SPD. Herzlichen Glückwunsch auch im Namen meiner Fraktion.

(Beifall von der CDU)

Aber auch wenn ich diesen Glückwunsch ausspreche, kann ich es Ihnen nicht ersparen: 39 Jahre SPD waren genug! Ihre Rede heute Morgen hat gezeigt: Sie haben nichts aus den Niederlagen der Vergangenheit gelernt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Tränen, die Sie hier sinnbildlich vergossen haben, waren Tränen puren Selbstmitleids. – Sie lamentieren hier über die Misere der Kinder in Nordrhein-Westfalen. Um Himmels willen, wer ist denn dafür verantwortlich, dass in Nordrhein-Westfalen 25 % der Kinder nicht richtig lesen, rechnen und schreiben konnten, wie es Studien gezeigt haben?

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Sie!)

Sie erklären hier, Sie hätten immer das richtige Ziel verfolgt. – Okay, aber guter Wille ist noch lange keine Entschuldigung für schlechte Arbeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Nichts haben Sie gelernt!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Mancher der Berichterstatter meint, es wäre Zeit, dass die NRW-SPD wieder auf die politische Bühne käme. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich:

„Die jüngste große Sozialdebatte fand ohne die NRW-SPD statt.“

– So der Leitartikel einer Zeitung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Welcher?)

Wohl wahr!

Auch ich sage: Natürlich braucht die Regierung eine Opposition. Das hält uns jung. Das hält uns frisch. Das hält uns kreativ. Ihren Genossinnen und Genossen haben Sie, Frau Kraft, in Ihrer Bochumer Rede versprochen: Ich Sorge für kräftigen Wind! – Tun Sie das! Oppositionswind ist gut für die Landesregierung und gut für uns. Sie wissen ja: Flugzeuge und Segelschiffe nutzen die Gegenströmung, um vorwärts zu kommen. So wollen wir das auch machen: Wir werden die Segel so setzen, dass wir mit Ihrem Wind bei der Erneuerung unseres Landes noch besser voran kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, nach Ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden erwartet natürlich alle Welt von Ihnen heute Morgen Attacken. Sollten Sie aber nun erwarten, dass wir uns mit jedem Ihrer Angriffe auseinandersetzen, hätten Sie sich kräftig geirrt. Wir lassen uns von Ihnen doch nicht die Agenda diktieren. Das wäre nicht nur taktisch falsch. Noch schlimmer: Es lohnte nicht einmal. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Fraktion, die wache Menschen sind, haben mir die ganze Zeit über Zettel hereingereicht, auf denen zu allem, was Sie uns vorwerfen, ein Zitat steht, das ich verwenden könnte.

Ein Zitat will ich repräsentativ auswählen. Es ist die Antwort auf eine Anfrage, die der Kollege Lindner in der letzten Legislaturperiode zum Thema Kind und Kindergarten gestellt hatte. Die Landesregierung – damals hatten Sie die Mehrheit – antwortete, eine Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr widerspräche dem Auftrag des Landtags, im Rahmen der Neuordnung des Elternbeitragsystems sicherzustellen, dass das Beitragsaufkommen auf dem am 1. August 2000 erreichten Niveau konstant gehalten wird.

(Gisela Walsken [SPD]: Was? Noch einmal! Erklären Sie das noch einmal!)

In diesem verquastem Deutsch haben Sie damals mit den Menschen kommuniziert. Es heißt: Es gibt keine Beitragssenkung beziehungsweise -freiheit für das dritte Kindergartenjahr, weil die Finanzierung eben so ist, wie sie ist. So lautet die Antwort, die Sie in der Drucksache 13/3140 nachlesen können. Und heute Morgen weinen Sie sich aus. Das ist unglaublich.

(Beifall von der CDU)

Sie nehmen nicht einmal zur Kenntnis, dass wir bei der Weiterbildung nicht sparen, sondern 10 Millionen € drauflegen. Das nehmen Sie nicht zur Kenntnis, sondern fahren eine gegenteilige Behauptung. Nichts davon ist wahr. Glauben Sie

es mir: Damit überzeugen Sie in diesem Land niemanden, der einigermmaßen ausgeschlafen ist.

Ich will Ihre Arena über Bochum hinaus einmal erweitern. Erst dann wird das Spielfeld in seiner wahren Größe erkennbar: Die Arbeit von Jürgen Rüttgers, der Landesregierung und der Koalition der Erneuerung wird nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bundesland hoch geschätzt. Hoch geschätzt wird sie auch bundesweit.

Ein Beispiel – ich könnte viele nennen –: Die Förderung von Kindern und Familien war ein Schwerpunkt Ihrer heutigen wie auch Ihrer Bochumer Rede. Ich lade Sie ein, den Blick einmal über die Landesgrenzen zu werfen und sich anzuhören, wie Ihre Genossinnen und Genossen in anderen Bundesländern das sehen, was wir hier in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen. Etwa in Hessen: In der Plenardebatte des hessischen Landtags am 12. Juni 2006 erklärte ein Mitglied der dortigen SPD-Fraktion – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

„Der Aktionsplan ‚Integration‘ aus Nordrhein-Westfalen macht bemerkenswerte Vorschläge ... Die Familienzentren sollen sich in den Stadtteilen zu Integrationszentren entwickeln ... Das ist etwas Oanderes, als nur und ausschließlich Deutschkurse anzubieten ...

Ein hoher Prozentsatz der Kinder mit Migrationshintergrund erreicht die Grundkompetenz in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nicht.“

– Darüber haben wir gerade gesprochen. –

„Diesen Tatsachen will Nordrhein-Westfalen begegnen, indem es den Ausbau von qualifizierten Ganztagsangeboten vorantreibt. Das ist der Unterschied: Nordrhein-Westfalen erkennt die Situation und tut etwas.“

(Beifall von CDU und FDP)

Das war ein Beispiel aus dem Hessischen Landtag, Drucksache 16/5767.

Ein weiteres Beispiel aus Niedersachsen. Dort hat die SPD in einem Antrag gefordert, „Mehrgenerationenhäuser light durch Familienzentren“ zu ersetzen.

Das ist die Strahlkraft eines Konzeptes, die noch nicht einmal vor SPD- und Grünen-Fraktionen halt macht, wie das nächste Zitat aus Schleswig-Holstein zeigen wird: Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag „Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwi-

ckeln“ Drucksache 16/1079“. In der Begründung heißt es:

„Schauen wir nach Nordrhein-Westfalen ... Ich finde, wenn ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen ein gutes Konzept auf den Tisch legt, dann sollten wir zumindest den Mut haben, uns das im Ausschuss einmal anzuschauen.“

(Beifall von CDU und FDP)

Wie wahr! – Es gibt also bundesweit eine hohe Lernfähigkeit, die allerdings manche in diesem Saal noch nicht erreicht hat. Diese Beispiele zeigen, dass unsere Politik vorbildhaft ist, auch für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten außerhalb dieses Bundeslandes und für Menschen grüner Couleur.

Frau Kraft, sind das nach Ihrer Auffassung Belege dafür, welch eine „unsoziale“ oder „bildungsfeindliche“ Politik wir in Nordrhein-Westfalen betreiben? Jede Begründung dafür sind Sie komplett schuldig geblieben. Nicht einmal Ihre eigenen Parteifreundinnen und Parteifreunde nehmen Ihnen das ab. Vielmehr schauen viele aus anderen Bundesländern, auch aus Ihrer Partei, auf uns in Nordrhein-Westfalen und auf das, was wir hier tun.

(Ralf Jäger [SPD]: Die gucken vor Schauern wieder weg!)

Und, Frau Kraft, Sie schauen weg, weil Sie unsere Fortschritte und unsere Erfolge beim Erreichen sozialer Gerechtigkeit nicht mit Ihren linken, Ihren ideologischen Vorstellungen vereinbaren können. – Frau Kraft, man kann einmal ein Auge zudrücken, wenn es um die Wahrnehmung der Realität geht. Aber bitte nicht ständig beide!

(Beifall von CDU und FDP)

Nehmen wir einmal die soziale Gerechtigkeit, die Sie für sich reklamieren. Sie bezeichnen sich als das Original und sagen, dass Jürgen Rüttgers eine Fälschung sei, gar marktradikal und sozial ungerecht. Andererseits sagen Sie, derselbe Mensch sei eine Kopie von Ihnen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er versucht es!)

Ja, wie passt das denn zusammen? Das ist eine Frage der Logik, nicht aber der sozialistischen Dialektik. Sie müssen sich schon entscheiden. Ich denke, Sie können nicht entscheiden, weil Sie selbst orientierungslos sind. Sie wissen nicht, worin eine zeitgemäße Politik der sozialen Gerechtigkeit tatsächlich bestehen müsste.

Sie reden dauernd davon, dass es sozial gerechter zugehen müsse. – Das wollen wir auch. Das

wollen alle politischen Kräfte, von der Linken über die Mitte bis zur demokratischen Rechten. Alle wollen, dass es sozial gerecht zugeht. Aber was das in concreto heißt, welches Profil sich daraus ergibt und was das für die Politik ganz praktisch bedeutet – eine Antwort auf diese Frage bleiben Sie uns schuldig.

Ich habe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Fraktion gebeten, mir einen Ordner mit Ihren programmatischen Äußerungen und Aussagen zusammenzustellen. Auf den warte ich noch heute. Aber das liegt nicht

(Zuruf von der SPD: Dies liegt an den Mitarbeitern!)

– auf diesen Zuruf habe ich gewartet – an den Mitarbeitern. Ich werde den Ordner nicht bekommen, weil das Ergebnis zu mager ist. Es gibt nirgendwo eine belastbare Aussage, in der Sie formulieren und definieren, was soziale Gerechtigkeit bedeutet. Nirgendwo. Sie haben bisher nichts anderes geleistet, als zu behaupten, dass es sozial gerecht zugehen muss.

Sie formulieren einen Führungsanspruch, füllen den aber in keiner Weise aus. Da, wo Sie einen Ihrer Lieblingssprüche verwenden, nämlich „klare Kante“, sehen Sie verdammt alt aus. Da springt uns die alte, die steinalte SPD-NRW ins Gesicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, Sie wollen „Staat vor Privat“. Sie wollen „Gleichheit vor Freiheit“. Sie wollen „Verteilen vor Erarbeiten“. Das ist das alte Profil Ihrer Partei, aufgemöbelt mit ein wenig modischem Make-up: mit klarer Kante rückwärts.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ach, Herr Stahl!)

Klare Kante für einen subventionierten Steinkohlesockelbergbau, koste es auch Tausende von Arbeitsplätzen, und zwar im weißen, im zukunfts-trächtigen Bereich. Frau Kraft, das haben Sie hier unterschlagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Klare Kante für die Einheitsschule, koste es auch jahrelange Unruhe an unseren Schulen. Sie haben jahrzehntelang mit dem Thema Schule experimentiert, und die Ergebnisse kennen wir alle. Wir alle bedauern, was dabei herausgekommen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Klare Kante gegen eine Unternehmensteuerreform, koste es auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in der globalen Wirtschaft.

Klare Kante gegen die Haushaltskonsolidierung, koste es auch die Lebenschancen unserer Kinder.

Das ist der Kern Ihrer Selbstinszenierung. Bei Licht betrachtet stellt man fest, dass das merkwürdig und unwirklich ist. Ich hoffe, Sie und Ihre Partei erkennen irgendwann: Wenn man in die falsche Richtung läuft, ist es nicht sinnvoll, das Tempo zu steigern. So gesehen sind Sie ohne Sinn für die Wirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, ja, wir möchten mit Ihnen streiten, sachlich und für die Menschen in Nordrhein-Westfalen nachvollziehbar. Auch über die soziale Gerechtigkeit möchten wir mit Ihnen streiten.

Aber die soziale Gerechtigkeit findet nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch bei den Einnahmen statt.

Sie haben in Ihrer Bochumer Rede, in der es um die Rücknahme der Studiengebühren, den Sockelbergbau und die Beitragsfreiheit von Kindergärten ging, angekündigt, mal eben ein paar Milliarden Euro auf den Tisch legen zu wollen. Was Sie nicht getan haben, ist, zu sagen, woher Sie das Geld nehmen wollen. Genau davor drücken Sie sich.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie für sich reklamieren, Sie hätten Deckungsvorschläge, muss ich Ihnen sagen: Da würden doch die Hühner lachen, wenn sie lachen könnten. – All die Mehrausgaben, die Sie vorschlagen, wollen Sie durch die üblichen Einmaleffekte decken nach dem Motto: Weil es steuerlich ein bisschen besser läuft, kann man ja dauerhaft etwas finanzieren. Das haben Sie 39 Jahre lang gemacht, und wir sitzen jetzt auf 115 Milliarden € Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage Ihnen, woher Sie das Geld nehmen müssten, das Sie zusätzlich ausgeben wollen. Das Geld würden Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern holen: beim Maurer, beim Bäckermeister, bei der Krankenschwester und der Verkäuferin. Das müssen Sie tun. Diese Menschen müssen die Mehrausgaben tragen. Das sind die kleinen Leute.

(Zuruf von der SPD: Da holen Sie es sich doch her!)

Denen geht es nicht wie der Frau Kollegin Fischer, übrigens ein Mitglied Ihrer Fraktion. Oder Sie holen sich das Geld von den Banken. Sie zahlen dann den begüterten Menschen, die den Ban-

ken das Geld leihen, die Zinsen. Das ist unsozial. Das ist nicht sozial gerecht. Vor allem: Sie geben das Geld aus, das unsere Kinder erst erarbeiten müssen. Der Vorwurf an Sie ist, dass Sie diese Sünde wider die soziale Gerechtigkeit immer von Neuem begehen wollen, dass Sie geradezu süchtig danach sind, das immer wieder zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben allein durch unsere bisherige Haushaltskonsolidierung Zinersparnisse von jährlich 140 Millionen € eingefahren, und zwar dauerhaft.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Davon kann man dauerhaft 2.800 Lehrerinnen und Lehrer bezahlen. Das, Frau Kraft, das ist eine nachhaltige Investition in soziale Gerechtigkeit und in eine soziale Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie betonen, dass Sie Ökonomin sind. Auch das scheint ein Anspruch ohne Substanz zu sein. Wie sagte doch Wolfgang Clement im Sommer? Die SPD-Funktionsträger sind „inhaltlich vielfach noch immer auf dem Niveau aus der Zeit vor der Globalisierung.“ Und: „Zu meinen, allein die soziale Kompetenz – was immer das ist – reiche aus, ist ein Irrtum.“ Wo der Mann Recht hat, hat er Recht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes das Land zurück; das haben wir den Menschen vor unserer Wahl versprochen. Selbstverständlich erfordert das auch mehr Einsatz der Bürgerinnen und Bürger.

Wie Sie, danke ich all denen – auch ich erlebe das ja –, die in diesem Sturm standgehalten haben, die gearbeitet haben, die ihr Leben eingesetzt haben – zwei Feuerwehrleute sind dabei leider Gottes zu Tode gekommen. Das verdient wirklich hohe Anerkennung und Hochachtung von uns allen.

(Allgemeiner Beifall)

Diese Anerkennung ist mehr, als den Bürgerinnen und Bürgern Geld zu versprechen, das man nicht hat. Wenn man Geld verspricht, das man nicht hat, dann tut man kein Werk der sozialen Gerechtigkeit.

Wir fahren als Koalition der Erneuerung einen klaren Kurs. Eine unserer Koordinaten ist die Subsidiarität. Die Subsidiarität ist eine reiche Frucht der christlichen Soziallehre. Subsidiarität ist das Glie-

derungsprinzip der Solidarität und Orientierungspunkt sozialer Gerechtigkeit.

Was Subsidiarität bedeutet, habe ich von Oswald von Nell-Breuning gelernt. Ich zitiere:

„Was der Mensch selbst tun kann, soll ihm nicht durch gesellschaftliche Tätigkeiten abgenommen werden. Denn das wäre nicht Hilfe oder Bereicherung, sondern im Gegenteil Beeinträchtigung, Schädigung, Verkürzung der Persönlichkeitsentfaltung, die immer an das Regen der eigenen Kräfte gebunden ist.“

Oswald von Nell-Breuning, das war ein Christlich-Sozialer, kein Liberaler, kein Konservativer.

(Karl Schultheis [SPD]: Lasst den Mann in Ruhe!)

In der Subsidiarität finden Sie auch den Weg, der den Pfeil ins Schwarze und damit ins Ziel führt. Das ist unser Weg. Diesen Weg gehen wir.

Wir gehen ihn im Schulgesetz. Wir geben den Lehrerinnen und Lehrern, den Rektoren, den Eltern die Eigenständigkeit zurück.

Wir gehen ihn im Hochschulfreiheitsgesetz. Es folgt demselben Verständnis von Subsidiarität. Die an den Hochschulen Tätigen erhalten, was sie an Möglichkeiten zur Entfaltung, zur Freiheit brauchen.

Wir gehen ihn bei der Verwaltungsstrukturreform. Wieder Entscheidung und Verantwortung zusammenführen, wo immer möglich vor Ort! Im Übrigen: Verwalten und Selbstverwalten ist eine Kunst, die wir in Nordrhein-Westfalen wieder kultivieren werden. Ich weiß, dass die Räte und die bei unseren Kommunen beschäftigten Mitarbeiter, dass die Beschäftigten im Landesdienst diese Kunst beherrschen.

Und, Frau Kollegin Kraft, wir sind diesen Weg der Subsidiarität beim Ladenöffnungsgesetz gegangen. Die Überlegenheit unseres Politikansatzes zeigt sich genau an dieser Stelle.

(Lachen von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist ja lächerlich!)

Das, was die Menschen vor Ort regeln können, das regeln sie freiwillig, in eigener Verantwortung, in Gesprächen mit den Beschäftigten, mit den Tarifpartnern. Das richtet die Wirklichkeit und nicht irgendwelche dickleibigen Gesetze, Regularien, die dann noch von Tausenden von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst nachvollzogen werden müssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Genau das ist der Unterschied! Danke für die Steilvorlage, Frau Kraft!

(Karl Schultheis [SPD]: Alles auf dem Buckel der kleinen Leute! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist Politik zulasten der kleinen Leute!)

In diesem Sinne werden wir im neuen Jahr weiterarbeiten: beharrlich, zielorientiert und – ich bin sicher – weiterhin erfolgreich. Wir werden in diesem Jahr erneut ein großes Paket gestaltender Politik auf den Weg bringen und unser Land weiter im Sinne der Subsidiarität erneuern, also mit Sinn für das wirtschaftlich Vernünftige und für das sozial Gerechte.

(Karl Schultheis [SPD]: Auch Unsinn ist Sinn!)

Wir werden und wollen den Aufschwung stabilisieren, denn der Aufschwung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt ist Schlüssel zur Lösung vieler Probleme, ist Schlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes.

Darüber hinaus werden wir das Landschafts-, das Landeswasser-, das Landesplanungsgesetz novellieren, das Landespersonalvertretungsrecht neu gestalten, die Gemeindeordnung zukunftsgerecht novellieren,

(Karl Schultheis [SPD]: Ach du Schande!)

die Strukturen im öffentlichen Personennahverkehr zukunftsgerecht ordnen, das Gesetz der Tageseinrichtungen für Kinder grundlegend überarbeiten, das Sparkassengesetz novellieren, Weiterarbeiten an der Verwaltungsstrukturreform, uns um die Reform der Lehrerbildung kümmern, das Krankenhausgesetz novellieren, beharrlich dem Kurs der Konsolidierung des Landeshaushalts in einem schwerer werdenden Jahr 2008 folgen.

Diese Liste, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Liste ist nicht einmal vollständig. Ja, wir haben Lust auf Gestaltung auch in diesem Jahr, und wir gehen mit Optimismus ans Werk. Noch einmal: Wir misstrauen Leuten, die sich beim Gehen auf die Mundwinkel treten. Wir sehen den Wiederbelebungsversuchen der Opposition mit Gelassenheit und großem Interesse entgegen.

Angesichts Ihrer Rede heute Morgen, Frau Kraft, gebe ich Ihnen ein paar Verse mit auf den Weg. Es sind Verse in Anlehnung an Wilhelm Busch.

Wenn eine, die mit Mühe kaum
geklettert ist auf einen Baum,

schon meint, dass sie ein Vogel wär',
so irrt sie sehr.

Ich bedanke mich.

(Allgemeine Heiterkeit – Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nach dem freundlichen Applaus der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion für den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion nun die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Sylvia Löhrmann, das Wort. Bitte schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Stahl, Ihr Redebeitrag war aus meiner Sicht eine Mischung:

Angesichts des schönen Wetters schieben Sie sich ein paar schöne Wolken durch die Gegend. Sie nehmen einige Erfolge und einige positive Entwicklungen in unserer Gesellschaft wahr, die wir angesichts unserer ökonomischen Situation alle begrüßen, und sagen, diese seien Ihrer Politik zu verdanken. – An Ihrer Stelle würde ich das wahrscheinlich genauso machen.

Alle aufgezeigten Schwierigkeiten blenden Sie aber aus. Dass Sie das nach nur eineinhalb Jahren Regierungszeit bereits so systematisch ausblenden, stimmt mich sehr, sehr nachdenklich.

Auch wenn Sie jetzt schon mit der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zufrieden sind, so sind wir Grünen es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen noch viel mehr Energie und Kraft und vor allem viel mehr Zukunftsfähigkeit hineinstecken.

Zunächst einmal gratuliere auch ich Frau Kraft zu ihrem neuen Amt und wünsche ihr im Namen unserer Fraktion alles Gute.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit Blick auf darauf, wie Sie sich über die Meinung von Frau Kraft lustig gemacht und was Sie vorzuweisen haben, möchte ich eine Weisheit anführen, was sich schon in den Klassikern findet: „Hochmut kommt vor dem Fall!“ Denn für die kurze Zeit, die Sie Verantwortung tragen, haben Sie sich schon sehr schnell über die Frage hinweggesetzt, welche Probleme es gibt, an denen wir arbeiten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meines Erachtens ist das sehr leichtfertig und hochmütig. Und mit dem, was Sie zum Haushalt und zu der konkret von Ihnen zu verantwortenden Politik gesagt haben, haben Sie noch einmal eine Schippe draufgelegt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen und seine Menschen haben großes Potenzial. Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in Konkurrenz und Kooperation, Wettbewerb und Freundschaft zu anderen Ländern, Regionen und Staaten steht. Die Politik eines solch exportorientierten und von Weltwirtschaft und Industrie geprägten Landes wie Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht leisten, die globalen und nationalen Herausforderungen zu ignorieren.

Für Nordrhein-Westfalen heißt das, dass wir als politisch Verantwortliche Antworten auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden müssen, Herr Stahl.

An erster Stelle nenne ich als Grüne heute und hier, denn das müsste uns allen klar geworden sein, den Klimawandel und seine Folgen, die wir in der letzten Woche alle hautnah und bisweilen schmerzhaft – Sie haben auf die Todesopfer hingewiesen – zu spüren bekommen haben. Selbstverständlich schließe ich mich im Namen meiner Fraktion dem Dank an die vielen Helferinnen und Helfer, an die vielen Aktiven an.

Spätestens seit dem Stern-Bericht ist doch klar: Klimaschutz ist auch Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine weitere Herausforderung ist die Gestaltung der Wissensgesellschaft. Wir müssen allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – gerechte Chancen bieten, um die bestmögliche Bildung zu erhalten. Der sozialen Auslese durch Schulformschubladen kann kein Kind entkommen.

Ich fand es hämisch und zynisch, dass Sie gelacht haben, als Frau Kraft Beispiele von Kindern genannt hat, die Angst davor haben, wie es mit ihnen in Zukunft weitergeht, die Angst haben, es nicht aufs Gymnasium zu schaffen, weil sie wissen, was sie dann erwartet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben gelacht. Ich fand das zynisch.

(Gisela Walsken [SPD]: Das passt: Hämisch!
– Weitere Zurufe von der SPD)

Wer die Berichte der OECD liest, weiß: Bildungspolitik ist auch Wirtschaftspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die dritte Herausforderung ist der demografische Wandel. Wir brauchen die Erfahrung der Älteren in der Arbeitswelt. Wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen eine moderne Familienpolitik, die Kind und Karriere möglich macht. Wir müssen auch die Chancen der Demografie sehen und altersbezogene Dienstleistungen fördern, um den aufstrebenden Markt nicht zu verpassen. Wir müssen das Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen. Das bedeutet auch nachhaltige Prävention, also gesundes Essen, gesundes Wasser, gesunde Umwelt.

Wer einen ganzheitlichen Blick auf die Dinge hat, wer ein Feld nicht isoliert betrachtet, weiß: Demografiepolitik ist auch Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Land ist als eine Ebene der Politik nicht ohnmächtig, sondern mächtig. Es gibt für Sie und Ihre Regierung also viel zu tun, Herr Rüttgers.

Doch was tut der Ministerpräsident des größten deutschen Bundeslandes? – Er sorgt sich um sein soziales Image –, und das auch noch erfolglos. Die „Aachener Nachrichten“ titeln am 13. Januar „Das Ende eines Arbeiterführers!“ – Selbst das Leitmedium der Staatskanzlei, die „Bild-Zeitung“, fragt am 8. Januar: „Ist Rüttgers ein Mann mit zwei Gesichtern?“

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Oh, oh!)

Die CDA protestiert und CDU-Mitglieder fühlen sich hintergangen.

Herr Ministerpräsident, so ist das, wenn man sich als Arbeiterführer inszeniert, die Mitbestimmungsrechte aber drastisch beschneiden will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Kraft hat zu Recht aus dem Brief zitiert. Ich glaube, die Geschichte ist noch nicht gegessen.

Herr Ministerpräsident, so ist das, wenn man sich als soziales Gewissen der Union inszeniert, aber höhere Kindergartenbeiträge verursacht. So ist das, wenn man sich als Robin Hood inszeniert, aber dafür verantwortlich ist, dass benachteiligte Kinder in Nordrhein-Westfalen an ihren alten Schulbüchern erkannt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, auch wenn es Sie aufregt, sage ich noch einmal: Sie reden wie Blüm und Sie regieren wie Westerwelle. Sie reden sozial und Sie handeln unsozial. Die „NRZ“ zieht den Robin-Hood-Vergleich zu Recht in veränderter Form:

„Der Grüne aus dem Sherwood forest schenkte Bedürftigen Geld, der Schwarze aus Düsseldorf warme Worte.“

(Beifall von den GRÜNEN)

So ist es, Herr Rüttgers.

Kaum ein halbes Jahr nach Ihrer Sommersozialshow ist das soziale Tarnmäntelchen weg. Ihren gebügelten Blaumann können Sie getrost in die Altkleidersammlung der Caritas geben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre pseudosozialen Vorschläge zum Arbeitslosengeld, mit denen Sie Jung und Alt in fataler Weise gegeneinander ausspielen wollten, hatte Frau Merkel doch schon vor dem letzten CDU-Parteitag geschreddert, Beschluss hin oder her. Das erinnert mich an Erich Mühsam:

„War einmal ein Revoluzzer, im Zivilstand Lampenputzer; ...“

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – oder sollten wir uns im Land des Hobby-Sozialisten Rüttgers in Zukunft einfach mit Genossinnen und Genossen anreden? Vielleicht kommen Sie darauf auch noch, wenn Ihnen nichts anderes mehr einfällt. Die FDP würde dabei glatt mitmachen, denn sie will nun auch auf Rüttgers sozialen Geisterzug aufspringen. Die FDP und sozial – was für ein Paar. Die FDP und sozial ist wie Taliban und Frauenrechte.

(Beifall von den GRÜNEN – Johannes Remmel [GRÜNE]: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, Sie lassen die Sachpolitik links liegen, lassen Ihre Ministerinnen und Minister machen, was sie wollen. Zum Beispiel Innenminister Wolf: Dieser Minister „Gnadenlos“ handelt nach dem Motto: Weil wir abschieben dürfen, schieben wir auch ab – gegen das einstimmige Votum aller Fraktionen dieses Hauses im Petitionsausschuss. Zutiefst unmenschlich nimmt er so bewusst in Kauf, dass die durch jahrelange sexuelle Misshandlung der Kinder durch den Vater schwer traumatisierte, hier integrierte Familie Rustemi nach Serbien abgeschoben wurde. Wie Sie alle wissen, ist die Familie dort an Leib und Leben bedroht.

Herr Ministerpräsident, wie halten Sie es als Christdemokrat, der sich in der Tradition eines Karl Arnold und eines Johannes Rau wähnt, mit diesem Minister „Gnadenlos“ eigentlich aus? Herr Dr. Rüttgers, wenn Sie deren Anspruch, dass Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen Deutschlands ist, gerecht werden wollen, dann sorgen Sie dafür, dass Frau Rustemi und ihre Kinder hierher zurückkommen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die inhumane Flüchtlingspolitik zeigt sich auch im Landeshaushalt. Im Haushalt 2007 kürzt die Regierung die soziale Betreuung in Abschiebehaft. Schwarz-Gelb geht es nur darum, Flüchtlinge möglichst schnell loszuwerden. Es gab namhafte liberale Innenminister. Herr Wolf wird niemals dazugehören. Das Jahr 2006 war kein gutes Jahr für die Flüchtlinge, und das Jahr 2006 war auch kein gutes Jahr für die Bürgerrechte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage mich, während ich das so beobachte, ob Westerwelle womöglich das gemeint hat, als er versprochen hat: Der Ingo Wolf, der wird mal Kult.

Meine Damen und Herren, ignorant und zukunftsfeindlich ist die Landesregierung auch bei ihrer Klimapolitik. Abschmelzende Gletscher, immer heftigere Stürme, blühende Kirschbäume im Januar, heute kann es niemand mehr leugnen: Die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels sind überall und ständig sichtbar.

Der frühere Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, hat vor wenigen Wochen die ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels in einem Bericht an die britische Regierung mit den Folgen – das muss man sich klarmachen! – der Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert verglichen.

Stern geht davon aus, dass wir zukünftig 20 % oder mehr des weltweiten Bruttoinlandsprodukts für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels aufbringen müssen, wenn wir so weitermachen wie bisher und nicht endlich konsequent handeln. Um die dramatischen Folgen zu verringern, bedarf es laut Stern einer Stabilisierung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre, was letzten Endes eine Reduzierung der jährlichen Emissionen der Industriestaaten um über 80 % des derzeitigen Niveaus bedeutet.

All das ist für diese Landesregierung kein Thema. CDU und FDP haben den Klimaschutz sogar offiziell beendet. Das Klimaschutzkonzept wird nicht fortgeschrieben. Nahezu alle Konzepte und Programme des Landes, die dazu beitragen, CO₂-

Emissionen zu reduzieren, werden von Schwarz-Gelb demontiert. Das ist das Falscheste, was man im Moment tun kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist erschreckend, dass die Landesregierung des Bundeslandes, in dem die schmutzigsten Kohlekraftwerke Europas stehen, nicht handelt. Mehr noch: Jenseits aller Sonntagsreden betätigt sich Schwarz-Gelb auf Bundes- und EU-Ebene als Bremser und Verhinderer in Sachen Klimaschutz. Das ist keine zukunftsfähige ökologische Politik, und das zeugt auch – laut Stern müsste das jeder wissen – von wirtschaftspolitischer Inkompetenz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, das erinnert mich an ein Motiv und ein Muster von früher: Nachdem Sie und Ihre Partei den Klimawandel jahrezehntelang als grüne Katastrophenschwarzmalerei abgetan haben,

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ich aber nicht!)

handeln Sie jetzt, wo er offenkundig ist, nach dem Motto: Weiter so, man kann ja sowieso nichts machen. – Das ist eine fatale Situation.

Doch, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann etwas machen. Deswegen haben wir Ihnen heute einen Antrag auf den Tisch gelegt, der, wie wir das für erforderlich halten, Sofortprogramme auf den Weg bringt, die den Landesbetrieb Forst in den Stand setzen, die verheerenden, katastrophalen Folgen des Sturms Kyrill in Angriff zu nehmen, Soforthilfe zu leisten, damit vor Ort geholfen werden kann. Wie wichtig der Wald im Zusammenhang mit dem Klimaschutz ist, brauche ich Ihnen hoffentlich nicht zu erzählen.

Ich hoffe, dass Sie diesen Anträgen zustimmen, damit die zuständigen Ministerien, die Gremien, die Behörden arbeiten können, weil Unternehmen, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer ganz massiv existenziell bedroht sind. Es wäre ein wichtiges Signal, dass wir das ernst nehmen und daran etwas tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Absoluter Spitzenreiter in Sachen Ignoranz und Inkompetenz ist natürlich die FDP. Am 16. November, zweieinhalb Wochen nach der Veröffentlichung des Stern-Berichts – „Spiegel“-Zitat: „Der Tag, an dem sich das Klima veränderte“ –, sagte hier im Plenum Herr Ellerbrock als umweltpoliti-

scher Sprecher der FDP: Es gibt kein Grundrecht auf ein konstantes Klima.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist wahr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wissen Sie, worauf es ein Grundrecht gibt? Ich zitiere: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ – Deutsches Grundgesetz.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Jawohl!)

„Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Und – Originalzitat aus dem deutschen Grundgesetz –:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Meine Damen und Herren, wer behauptet, dass es kein Grundrecht auf ein konstantes Klima gibt, der hat nichts, aber auch gar nichts verstanden von den Herausforderungen, vor denen auch Nordrhein-Westfalen aufgrund des Klimawandels steht,

(Beifall von den GRÜNEN)

der hat gar nichts, aber auch gar nichts verstanden von der globalen Verantwortung, die gerade ein industriegeprägtes Land wie Nordrhein-Westfalen hat, der hat nichts verstanden von den katastrophalen Folgen, die eine unverminderte Verschwendung von Energie, die eine unverminderte Emission von CO₂, die eine unverminderte Verstärkung des Klimawandels zur Folge haben wird: für die Wirtschaft, für die Menschen und für diesen wunderbaren Planeten.

Wer all das nicht verstanden hat und das auch nicht lernen will, der hat aus unserer Sicht in einer Landesregierung nichts zu suchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was könnte denn eine Landesregierung für das Klima tun? Sie könnte zum Beispiel den ÖPNV fördern, statt immer neue Straßen zu bauen, zum Beispiel die Schiene fördern, statt Monstertrucks auf die Autobahn zu lassen, zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien forcieren, statt auf ineffiziente energieverwendende Großkraftwerke zu setzen.

Apropos ÖPNV: Ich bin schon gespannt, wie die Landesregierung erklären will, wenn in Innenstädten wegen Feinstaubbelastungen Fahrverbote ausgesprochen werden, gleichzeitig aber das ÖPNV-Angebot drastisch reduziert wird, weil die Regierung Rüttgers für einen Investitionsstopp bei Bussen und Bahnen gesorgt hat. Da hängen die Dinge nämlich wieder ganz konkret zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Wittke, der heute auch nicht da ist, rast mit Vollgas in den Verkehrsinfarkt. Herrn Wittke muss immer wieder die Erkenntnis ins Stammbuch geschrieben werden: mehr Busse und Bahnen gleich weniger CO₂, mehr Busse und Bahnen gleich weniger Staus. Wenn Herr Wittke so weitermacht und wenn der Ministerpräsident ihn so weitermachen lässt, dann gibt es demnächst für die Staumeldungen einen eigenen Sender.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihre Mitglieder leiden offensichtlich – zumindest die meisten – an einer Art „Grün-Phobie“. Die sollten Sie einmal behandeln lassen. Den Schaden haben nämlich nicht wir Grünen, sondern den Schaden haben die Menschen in unserem Land, wenn Sie weiter an dieser „Grün-Phobie“ leiden.

Beispiel „Stiftung Umwelt und Entwicklung“: Herr Ministerpräsident Rüttgers schaut tatenlos zu, wie eine Stiftung, deren Stiftungsratsvorsitzender er ist, durch seine – ich betone: seine – eigene Regierung existenziell bedroht ist. Der Vorstand der Stiftung, Karl Lamers, schreibt in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden Stahl und Papke, er habe sich nicht zur Abwicklung der Stiftung in das Amt des Vorsitzenden wählen lassen. Doch Stahl und Papke haben im Handstreich dafür gesorgt, dass die Stiftung Personal entlassen muss, um ihren bereits eingegangenen Förderverpflichtungen nachkommen zu können.

Ich möchte einmal kurz verdeutlichen, was FDP-Fraktionschef Papke als „ideologischen Firlefanz“ bezeichnet, wenn er voller Abscheu auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung schimpft:

2006 gab es mit dem Weltgarten auf der Landesgartenschau eine Erlebnisausstellung zur Globalisierung, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung. Das haben sich eine halbe Million Menschen angesehen. Verlängerung: 2007.

Auch das Projekt Umweltbildung für Senioren ist gefördert worden von der Stiftung Umwelt und Entwicklung; es wurde ausgezeichnet von der Unesco.

Ach ja, dann gibt es noch die Ausstellung „Klima und Mensch“. Ich meine, wer den Klimaschutz per se für überflüssig hält, der lehnt natürlich auch eine Ausstellung ab, die sich mit vergangenen und zukünftigen Klimaereignissen am Wendepunkt der Erdgeschichte beschäftigt. Im Museum Herne könnte die FDP eine Menge lernen, dank der Stiftung Umwelt und Entwicklung.

Herr Papke, ich frage Sie: Wer ist bei diesen Fragen denn jetzt der Ideologe? Es spricht schon für einen außerordentlich kleinen Geist, wenn der Vorsitzende einer Regierungsfraktion eine angebliche grüne Stiftung aufgrund von vielen Engagierten im Eine-Welt- und Umweltbereich zerschlägt, aber sich um die wahren politischen Notwendigkeiten nicht kümmert.

Auch in der Umweltverwaltung heißt es: Abarbeiten an den Grünen. Es geht nämlich nicht um Effizienz und Einsparungen. Der Finanzminister hat doch unserer früheren Umweltministerin Bärbel Höhn bescheinigen müssen, dass sie in Sachen Bürokratie- und Stellenabbau absolut Spitze war. Nur hat sie die Qualität im Umweltschutz gleichzeitig verbessert. Herr Uhlenberg dagegen zerschlägt den Umweltschutz, er missachtet die Schutzinteressen der Verbraucherinnen und Verbraucher, und er missachtet die Schutzinteressen von Umwelt und Natur.

Das zeigt sich im Übrigen auch ganz aktuell beim Landschaftsgesetz. Landschaftsschutz und Naturschutz sind für Sie offensichtlich überflüssiges Gedöns, Hauptsache die Bauernverbände klopfen Ihnen auf die Schulter.

Aber, meine Damen und Herren – das sollte Sie eigentlich aufhorchen lassen –, auch die Industrie meldet Bedenken an. Wie schrieb der BDI in seinem Brandbrief an die Landesregierung zur geplanten Zerschlagung der Umweltverwaltung? Zitat: „Das kann sich NRW als Industrieland Nummer eins nicht leisten.“ Das schreibt Ihnen der BDI zur geplanten Zerschlagung der Umweltverwaltung. Das müsste Sie doch nachdenklich machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie das nicht tun, das beweist, hier sind gelbe und schwarze Ideologen dabei, sich an der Politik abzuarbeiten, die von den Grünen gemacht wurde. Es geht nicht um die Sache, sondern es geht um die Farbe, und der Ministerpräsident bekämpft sein farbloses Image.

Herr Rüttgers, ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen braucht eine Generalrevision Ihrer Politik. Diese Generalrevision muss auch für die Fa-

milien, für die Kinder und für die Bildungspolitik gelten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben doch selbst gesagt, Schwerpunkt Ihrer Politik seien die Familien, die Kinder und die Bildung und einen Schwerpunkt bilde die Haushaltskonsolidierung. All das findet aber bei Schwarz-Gelb konkret nicht statt.

Fangen wir bei den Kindern an: Ihr „Jahr des Kindes“ ist vorbei. Zeit für eine Bilanz. Wie im Jahre 2006 fehlen den Kommunen auch im Jahr 2007 durch Ihre falschen Entscheidungen wieder sage und schreibe 160 Millionen € bei den Kindertagesstätten.

(Minister Armin Laschet: Wieso das denn?)

Bei den Kindertagesstätten sind 2006 und 2007 160 Millionen € gekürzt worden. Keine Kürzung nehmen Sie zurück. Die Folge: Landesweit steigen die Beiträge für die Kindertagesstätten. Viele Kommunen werden sogar gegen ihren Willen gezwungen, die Beiträge zu erhöhen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Genau!)

Die Eltern müssen für die Politik von Rüttgers bezahlen. Die Beiträge zur offenen Ganztagschule steigen ebenfalls. Die Lernmittelfreiheit haben Sie abgeschafft, und – ich sagte es schon – die benachteiligten Kinder kann man demnächst an den Schulbüchern erkennen. Herr Rüttgers macht die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Armutszeugnis“ zur Wirklichkeit in den Schulen unseres Landes. Das bleibt Ihr ganz persönliches Armutszeugnis.

Was ist mit der Betreuung der unter Dreijährigen? – Ihrem hehren Ziel, bis 2010 die Betreuungsquote der Jüngsten zu verzehnfachen, steht keine einzige Maßnahme im Haushalt gegenüber.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

2006 war nicht das „Jahr der Kinder“. Nein, Herr Rüttgers, 2006 war für die Kinder in unserem Land ein verlorenes Jahr.

Kommen Sie mir bloß nicht – Herr Stahl hat das auch angesprochen – mit dem vielen Geld für die Schulen. Ja, gewiss: Sie geben laut Haushalt im Schulbereich 111 Millionen € mehr aus. Das hört sich nach einem schönen Plus an. Aber: Allein die Pensionen steigen um 123 Millionen € an. Ein Mehr für die Schülerinnen und Schüler, ein Mehr für Kinder und Jugendliche ist das nicht. Oder wollen Sie, Herr Ministerpräsident, ernsthaft die pensionierten Lehrerinnen und Lehrer als Aktiv-

posten für Kinder und Jugendliche einrechnen? Ich hatte das zumindest etwas anders verstanden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, von wegen, es gebe mehr Durchlässigkeit im Schulsystem. Wer einseitig die Schulzeiten am Gymnasium verkürzt kann doch nicht allen Ernstes glauben – alle Expertinnen und Experten haben das gesagt –, dass es für Real- und Hauptschülerinnen und -schüler leichter wird, ins Gymnasium aufzusteigen. Auch das ist nur der Versuch, an einer völlig überkommenen Ideologie festzuhalten.

Mit der strukturellen Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulformen soll das gescheiterte dreigliedrige Schulsystem zementiert und stabilisiert werden – gegen jede Vernunft, gegen sämtliche Erkenntnisse der internationalen Bildungsforschung und gegen die erfolgreiche Praxis der Pisa-Gewinner.

Frau Kraft, ich bin froh, dass die SPD mit Ihnen in dieser Frage einen so entscheidenden Schritt nach vorn gemacht hat. Dazu spreche ich Ihnen ausdrücklich meinen Glückwunsch aus.

Herr Ministerpräsident, Ihr Schulgesetz zementiert die soziale Auslese. Ihr Schulgesetz zementiert die viel zu geringe Zahl von Abiturientinnen und Abiturienten. Ihr Schulgesetz zementiert die viel zu hohe Zahl von Schulversagern. Diese Schulpolitik ist borniert und blockiert die wirklich notwendigen Bildungsreformen in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Hochschulpolitik knüpft nahtlos daran an. Die Studiengebühren haben dazu geführt, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zurückgegangen ist – auch mit der Konsequenz, dass für Hauptschülerinnen und Hauptschüler demnächst gar keine Ausbildungsplätze mehr da sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das zeigt einmal mehr, dass Ihre Politik auf Kosten der sozial Schwachen geht.

Für den Landeshaushalt bringt das überhaupt nichts. Die geringere Neuverschuldung – ich kann mir nicht ersparen, Ihnen auch das zu sagen – verdanken Sie genau drei Punkten.

Erstens: der grünen Politik, die vor allem auf erneuerbare Energien, konsequenten Umweltschutz und innovative mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik gesetzt hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

– Jawohl, so ist das. Welche Unternehmen expandieren denn?

Zweitens: der Mehrwertsteuererhöhung, die der Ministerpräsident als stellvertretender Bundesvorsitzender im Rahmen des Koalitionsvertrages mit der SPD mitverhandelt und mit unterschrieben hat, also auch mitverantwortet, die er dann aber mit großer Geste aus populistischen Gründen im Bundesrat abgelehnt und gleichwohl die Mehreinnahmen im Haushalt eingestrichen hat. Das nenne ich konsistente, verantwortliche, erkennbare Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Drittens haben Sie die Verbesserung im Haushalt Ihrem unverschämten und massiven Griff in den Geldbeutel der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden zu verdanken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ob das allerdings ein Pluspunkt für Ihre Regierung und Ihre Politik ist, wage ich zu bezweifeln.

Die gestern beschlossene Reform der Gemeindeordnung passt an dieser Stelle ins Bild. Der Demokratieabbau bei der Wahl ist das eine, die Entscheidung für wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden aber das andere. Damit unterhöhlen Sie systematisch die kommunale Finanzsituation und die Daseinsvorsorge.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auf diese Weise machen Sie auch ehrenamtliche Kommunalpolitik unattraktiv. Die Menschen werden unter diesen Entscheidungen leiden, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich zähle das noch einmal ganz konkret auf: Die Kürzung in den Tagesstätten müssen die Kommunen ausbaden. Der Landesjugendplan bleibt auch 2007 unter der gesetzlich festgeschriebenen Summe; auch das müssen die Kommunen ausbaden. Den Kommunen wird der Anteil an der Grunderwerbsteuer in Höhe von rund 165 Millionen € entzogen. Hinzu kommen drastische Kürzungen bei der Weiterbildung und den Ausgleichsmitteln für die Schülerbeförderung. Außerdem müssen die Kommunen mehr für die Krankenhausinvestitionen bezahlen. Allein das ist schon eine Summe von 102 Millionen €.

Meine Damen und Herren, all dies hat mit Haushaltskonsolidierung überhaupt nichts zu tun.

Volkswirtschaftlich betrachtet, ist eine solche Politik „linke Tasche, rechte Tasche“. Die Staatsverschuldung bleibt gleich.

Sie kürzen bei den Kommunen rund 500 Millionen €. Gleichzeitig nimmt der Finanzminister im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform zur Finanzierung internationaler Großunternehmen sage und schreibe 700 Millionen € Mindereinnahmen für das Land in Kauf.

Herr Dr. Linssen, zu einem Geschäftsmann, der einerseits seinen Partnern kräftig in die Tasche greift und auf der anderen Seite großzügige Geschenke verteilt, fallen mir etliche Bezeichnungen ein. „Ehrlicher Kaufmann“ gehört nicht dazu.

Meine Damen und Herren, wir Grüne wissen: Oppositionspolitik erschöpft sich nicht in der Kritik an der Regierung; das reicht nicht. Darum legen wir immer wieder Konzepte für eine nachhaltige Politik auf allen entscheidenden Feldern auf den Tisch.

Fangen wir bei der Haushaltspolitik an. Wir sind die Oppositionsfraktion, die ein in sich stimmiges Gesamtkonzept mit vielen Einzelanträgen vorgelegt hat. Wir wollen rund 500 Millionen € umschichten, ohne die Nettoneuverschuldung auszuweiten. Wir achten darauf, dass die Folgekosten sinken.

Beispiel Verkehr: Wenn Sie neue Straßen bauen, werden die Erhaltungskosten für den Landeshaushalt immer höher. Wir fordern, stattdessen den Altbestand mit einem Sofortprogramm zu sanieren. Je länger Sie mit dieser Straßensanierung warten, umso teurer wird es.

Im Übrigen ist ein erfolgreicher, attraktiver ÖPNV die Garantie für die Lösung der Verkehrsprobleme auf Nordrhein-Westfalens Straßen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Handlungsfähige Kommunen sind die Gewähr für ein attraktives Nordrhein-Westfalen.

Wir haben aufgezeigt, wo investiert und wo gespart werden muss. Sparen können wir beim Straßenneubau, bei der Landwirtschaftskammer und vor allem bei der Kohle. Auch angesichts der aktuellen Pressemeldungen bleiben wir als Grüne dabei: Statt sich angesichts der Endphase des Steinkohlepekens von unverschämten Nachforderungen der RAG irritieren zu lassen, könnte die Landesregierung aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise die Subventionen schon heute zurückführen. Dabei bleiben wir als Grüne.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Frau Kraft, wir wollen diese Landesregierung ablösen. Das wird uns aber nicht mit einer übernommenen Industriepolitik der Vergangenheit gelingen, sondern nur mit einer konsequenten Innovationsstrategie. Daher appelliere ich an Sie, nicht eine vernünftige Lösung in Bezug auf die Kohle zu blockieren. Dieses Thema muss vom Tisch – im Interesse der Bergleute, im Interesse des Ruhrgebietes und auch im Interesse der RAG.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch auf der Einnahmenseite könnten wir im Haushalt einiges bewegen. Mit zusätzlichen 350 Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern könnte das Land mindestens 240 Millionen € mehr einnehmen.

Die Gesundheit der Bevölkerung ist ein wichtiger Standortfaktor. Deshalb brauchen wir sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel.

Erfolgreiche Frauen sind die Garanten für ein erfolgreiches Land. Deshalb brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen, beispielsweise in Aufsichtsräten. Die Unterstützungsstrukturen für Frauen in Hochschulen und im Beruf dürfen deshalb nicht, wie von dieser Landesregierung vollzogen und geplant, zerstört werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nur wenn wir Nachhaltigkeit umfassend buchstabieren und genau schauen, was den nachfolgenden Generationen nutzt und was ihnen schadet, werden wir zu einem wirklichen strukturellen Abbau der Haushaltsmisere kommen.

Wir haben Ihnen zahlreiche Vorschläge gemacht und jede Menge Anträge gestellt. Eine Zusammenfassung finden Sie in unserem detaillierten Entschließungsantrag, der unsere Kritik und unsere Schwerpunkte nochmals zusammenfasst. Aber Sie haben Ihre Ohren weitgehend auf Durchzug gestellt. Es ist nicht gerade souverän, wenn Regierende das Zuhören verlernen.

Meine Damen und Herren, andere Staaten, andere Länder haben vorgemacht, wie es geht. Der entscheidende Faktor für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ist ein Bildungssystem, das mehr Leistung in der Spitze und in der Breite hervorbringt. Mittelmaß können wir uns einfach nicht mehr leisten.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Richtig!)

Deshalb hat meine Fraktion einen separaten Entschließungsantrag zur Finanzierung unseres Schulsystems eingebracht, der diesen Komplex umfassend angeht. Wir brauchen eine systematische Aufarbeitung der Effizienzreserven im System. Wir brauchen eine Aufarbeitung der demografischen Effekte und der notwendigen Investitionen angesichts von allseits inzwischen akzeptiertem Ganzttag.

Eigentlich wäre das die Aufgabe Ihrer Landesregierung. Aber da können wir sicher lange warten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Was soll das denn heißen?)

Deshalb nehmen wir Grüne das selbst in die Hand, mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Praxis. Denn wir wissen: Mehr vom Falschen macht das Schulsystem noch nicht besser.

Meine Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg unseres Landes in der Zukunft. Nur Bildung schafft soziale Gerechtigkeit. Nur Bildung schafft wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Und nur Bildung schafft nachhaltige Entwicklung. Wir Grüne machen Zukunft möglich. Schwarz-Gelb kann die Zukunft anscheinend nicht einmal denken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Politik der Regierung Rüttgers ist geprägt – allem sozialen Sonntagsgerede zum Trotz – durch die marktradikale Ideologie der FDP

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

mit einer CDU, die sie gewähren lässt nach dem Motto „Hauptsache regieren, egal wie“. Im Ergebnis zerstört diese Politik unsere Lebensgrundlagen. Sie ist unsozial und zukunftsfeindlich.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Herr Rüttgers, wie sagte Rousseau? – Ich zitiere ihn: „Erobern ist leichter als regieren.“ Das dürften Sie mittlerweile gemerkt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Rousseau? Das ist ja ein toller Demokrat!)

Aber eine andere Weisheit befolgen Sie nicht. Emile de Girardin, der Begründer der modernen Presse in Frankreich, wusste schon im 19. Jahrhundert: „Regieren, das heißt vorausschauen.“

Nordrhein-Westfalen hat etwas Besseres verdient als schwarz-gelbe Eroberer, die sich an ihrem Sieg berauschen und dabei die Zukunft aus den Augen verlieren. Unser Land braucht zukunftsgerichtete, nachhaltige Politik. Dafür stehen wir. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN –
Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die Fraktion der FDP hat nun ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Papke, das Wort. Bitte sehr.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Als die Koalition der Erneuerung vor anderthalb Jahren die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen übernommen hat, da haben wir, nachdem die rot-grüne Vorgängerregierung von den Bürgern unseres Landes in die Wüste geschickt worden war, ein Land übernommen in einem schlechten Zustand, trotz der fleißigen Menschen in Nordrhein-Westfalen, trotz ihrer Leistungsfähigkeit, das Land – das war die Situation, und ich darf daran noch einmal erinnern – mit der schlimmsten Massenarbeitslosigkeit und der fürchterlichsten Pleitewelle seiner gesamten Geschichte.

Wir haben von der abgewählten rot-grünen Vorgängerregierung ein Land übernommen, das mehr als die Hälfte des Wirtschaftshaushalts für Steinkohlesubventionen ausgegeben hat. Wir haben von der abgewählten rot-grünen Vorgängerregierung ein Land übernommen und die Verantwortung übernommen, weil die Menschen der alten Regierung nichts mehr zugetraut haben,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das tritt bei Ihnen jetzt schon ein!)

einer Vorgängerregierung, die sich lieber um Krötentunnel und Feldhamsterlöcher gekümmert hat als um Menschen und Arbeitsplätze.

(Frank Sichau [SPD]: Das mit dem Feldhamster war Herr Rüttgers!)

Das ist jetzt anders geworden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD:
Da klatscht nicht einmal die CDU!)

Wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen den Auftrag erhalten, dieses Land zu verändern und entschlossen zu modernisieren. Wir sind nicht gewählt worden, Frau Kollegin Kraft, als neue Regierung, um die Dinge so zu belassen, wie Sie sie hinterlassen haben. Wir sind gewählt worden, um die Dinge zu verändern, damit dieses Land sein ungeheures Potenzial und die Menschen ihre enormen Kräfte endlich wieder entfalten können.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann tun Sie es doch endlich!)

Diese Veränderungen vollziehen wir.

Arbeiten wir das einmal konkret ab. Ich glaube, es ist für die Menschen auch interessant, hier nicht nur Plattitüden, Allgemeinheiten zu hören, sondern ganz konkret zu hören und zu sehen, wo es vorangeht.

Konzentrieren wir uns dabei zunächst einmal auf den Punkt, um den es ja heute eigentlich geht, nämlich auf den Landeshaushalt 2007. Wir werden heute einen Haushalt verabschieden, der erneut eine klare Abkehr von der hemmungslosen Verschuldungspolitik der rot-grünen Vorgängerregierung bedeutet.

(Beifall von FDP und CDU)

CDU und FDP haben einen grundlegenden Wandel in der Haushalts- und Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen vollzogen. Unter Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist die jährliche Nettoneuverschuldung von 3,1 Milliarden € im Jahr 1995 auf 6,7 Milliarden € im Jahr 2005 angestiegen. Als Rot-Grün die Verantwortung für dieses Land übernommen hat, lag die jährliche Neuverschuldung bei 3,1 Milliarden €. Sie haben es bis zum Tag ihrer Abwahl dann geschafft, die Verschuldung auf 6,7 Milliarden € Neuverschuldung pro Jahr in die Höhe zu treiben. Sie haben unserem Land einen Schuldenberg von 113 Milliarden € hinterlassen. Rot-Grün, meine Damen und Herren, hat innerhalb von nur zehn Jahren den Schuldenberg in Nordrhein-Westfalen mehr als verdoppelt. Das ist die Realität. Das ist die Hinterlassenschaft, mit der wir jetzt klarkommen müssen. Aber wir machen das, denn das ist ja die Verantwortung, die uns von den Menschen in unserem Land übertragen worden ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Da ein Bild ja mehr sagt als tausend Worte – Frau Kollegin Kraft, vielleicht schenken Sie mir noch einmal einen Moment Ihrer Aufmerksamkeit –, habe ich das, was den Unterschied zwischen rot-grüner und schwarz-gelber Haushaltspolitik ausmacht, einmal in ein Bild kleiden lassen. Schauen Sie sich das bitte gut an

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Da werden Sie das sehr schön sehen. 3,1 Milliarden € – das war die jährliche Neuverschuldung im ersten Jahr Ihrer gemeinsamen Regierungsverantwortung von Rot-Grün. Dann sind Sie hochgegangen auf 6,7 Milliarden € pro Jahr.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie gut zu. Das wird Sie in Ihrer Erkenntnis weiterbringen.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben dann 2005 die Verantwortung übernommen. Wenn wir das nicht gemacht hätten, dann hätte die Neuverschuldung 2005 bei weit über 7 Milliarden € gelegen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die Klarsichtfolie fehlt!)

Wir haben es geschafft, in nur einem Jahr – dafür will ich dem Finanzminister noch einmal sehr herzlich danken –

(Zuruf von der SPD: Sie ertrinken doch in Steuern!)

die jährliche Neuverschuldung mehr als zu halbieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Schauen Sie sich das gut an, Frau Kraft. Das ist die Realität! Das sind die Zahlen!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zeichnen Sie nun auch das Bild der Steuereinnahmen, Herr Kollege!)

Sie haben in Ihrer Regierungszeit die jährliche Neuverschuldung in zehn Jahren mehr als verdoppelt. Wir haben in nur einem Jahr die jährliche Neuverschuldung mehr als halbiert.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie sind die Steuermehreinnahmen? – Weitere Zurufe)

Das ist der Unterschied zwischen rot-grüner Misswirtschaft und der verantwortlichen Haushaltspolitik der Koalition der Erneuerung.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir werden noch eins draufsetzen – das will ich Ihnen sagen – ...

(Frank Sichau [SPD]: Das ist Quatsch im Quadrat! – Zuruf von der SPD: Lügen haben kurze Beine! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das ist nicht lächerlich; da können Sie noch so krakeelen. Das sind die Fakten. Ich lasse Ihnen, Herr Kollege Sagel, gern eine Kopie der Grafik zukommen, damit Sie sich das noch einmal anschauen können.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Kollege Sagel, wir wissen: Die Grünen haben mit ökonomischen Fakten, mit Daten und der Realität nicht viel am Hut. Es wäre aber sehr sinnvoll, sich gelegentlich damit auseinanderzusetzen. Das ist die Verantwortung für die Verschuldungspolitik der Vergangenheit, die Sie zusammen mit der SPD zu tragen haben. Das ist die Realität.

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie können doch noch nicht einmal Zahlen lesen!)

Wir werden noch eins draufsetzen: Ich bin mir sicher, dass wir es schaffen werden, bis Mitte der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Beifall von FDP und CDU)

Denn das, meine Damen und Herren, muss doch das Ziel jeder verantwortlichen Haushaltspolitik sein. Jeder private Haushalt, jede Familie weiß doch: Es kann auf Dauer nicht gutgehen, wenn man ständig mehr Geld ausgibt, als man einnimmt. Daran muss sich die Politik halten.

(Lachen von Ralf Jäger [SPD])

– Die SPD lacht darüber; wir machen das zu einem Prinzip unserer Haushaltspolitik.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die SPD lacht über Sie, Herr Dr. Papke!)

Deshalb werden wir es schaffen, bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie legen gar nichts mehr vor in der nächsten Legislaturperiode!)

Wir werben als Freie Demokraten beim Finanzminister dafür, dass wir verbindlich in nächster Zukunft sagen: Wir wollen das bis 2012 schaffen; wir führen darüber gute Gespräche. Ich glaube, wir bekommen es hin, den Menschen klar zu sagen: Bis 2012 – darauf könnt Ihr Euch verlassen – werden wir einen ausgeglichenen Haushalt für Nordrhein-Westfalen vorlegen. Was die Bayern schaffen, meine Damen und Herren, schaffen wir in Nordrhein-Westfalen allemal.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

An dem, was die rot-grüne Opposition vorgetragen ist, ist ungeheuerlich, dass die rot-grüne Opposition, kaum dass wir den Pfad der Konsolidierung durch massive Sparanstrengungen und auch durch höhere Steuereinnahmen wirklich erreicht haben – das ist das Glück der Tüchtigen, aber wir

haben auch enorme Anstrengungen vorgenommen –

(Lachen von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und von Carina Gödecke [SPD])

wieder in die Spendierhosen steigt. Allein bei der SPD ist von Mehrausgaben von über 700 Millionen € die Rede.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Die SPD greift dabei natürlich – das wollen wir den Bürgern erläutern – zu einem alten Taschenspielertrick, indem die Einnahmen höher angesetzt werden.

So hat es die SPD über viele Jahre gemacht, als sie die Verantwortung trug. Sie hat einfach die Einnahmen fiktiv höher angesetzt. Sie wusste: Das wird in der Realität nicht erreichbar sein. Das sah aber am Anfang ganz gut aus. Im Laufe des Jahres stellte sich dann heraus, dass man so viele Einnahmen nicht erzielt hat. Dann war der Haushalt verfassungswidrig. So haben es die SPD und Rot-Grün viele Jahre lang gemacht. Wir machen so etwas nicht!

(Beifall von FDP und CDU)

Eine Politik der ehrbaren Kaufleute bestimmt jetzt die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen und nicht die hemmungslose Verschuldungspolitik von Rot-Grün.

(Ralf Jäger [SPD]: Das „ehrbare“ streichen Sie jetzt einmal! – Martin Börschel [SPD]: Bilanzfälschung! – Weitere Zurufe)

Frau Kraft, Sie sind nicht ehrlich zu den Menschen. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen:

(Martin Börschel [SPD]: Da bin ich aber gespannt!)

Sie haben wieder für die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres plädiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig! – Martin Börschel [SPD]: Sind Sie etwa dagegen?)

Als wir noch vor zweieinhalb Jahren als FDP-Landtagsfraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen eine solche Initiative gestartet haben, hat die SPD in der Regierungsverantwortung das beitragsfreie Kindergartenjahr als unfinanzierbar bezeichnet. Sie haben 39 Jahre lang Zeit gehabt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann machen Sie es doch jetzt! – Martin Börschel [SPD]: Jetzt machen Sie es! – Sylvia Löhrmann [GRÜ-

NE]: Machen Sie es doch! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie hatten 39 Jahre Zeit, ein Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.

(Edgar Moron [SPD]: Jetzt machen Sie es!)

Sie haben es nicht gemacht.

(Edgar Moron [SPD]: Aber jetzt machen Sie es!)

Jetzt sind Sie abgewählt worden und sind in der Opposition.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Sie erheben eine Forderung, von der Sie selber gesagt haben, das sei nicht zu finanzieren. Das ist unaufrichtig, Frau Kraft. Das können Sie den Menschen nicht erklären.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Aber ich will noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der noch gewichtiger ist, meine Damen und Herren. Frau Kollegin Kraft, Sie sagen auf Ihrer Homepage, Sie stünden für Offenheit und Ehrlichkeit in der Politik.

(Zustimmung von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Kennen Sie das nicht?)

Wenn man sich so selbstbewusst präsentiert, muss man sich an so etwas aber auch messen lassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schauen Sie in den Spiegel, Herr Kollege! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Ich hätte von Ihnen schon erwartet, dass Sie die Gelegenheit der heutigen Debatte nutzen, um sich für Ihre Mehrwertsteuerlüge im Landtag Nordrhein-Westfalen zu entschuldigen.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe)

Weil Sie das nicht getan haben, Frau Kollegin Kraft, möchte ich Ihnen mit Genehmigung des Präsidenten gern Ihre eigenen Worte vorlesen. Frau Kollegin Kraft, hören Sie zu.

(Carina Gödecke [SPD]: Nein, das tut sie nicht!)

Das wird Ihr Gedächtnis auffrischen. Ich zitiere Frau Hannelore Kraft in der Plenarsitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 6. Juli 2005:

„Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage in die falsche Richtung weisen“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

„und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung nachhaltig gefährden.“

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

„Sie wäre darum Gift für die Wirtschaft in unserem Land und damit auch für die Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer“

– Hören Sie gut zu, Frau Kraft! –

„wäre aber auch und insbesondere sozial ungerecht.“

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich gesagt!)

„Sie würde überproportional die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen belasten und ganz besonders Familien, von denen wir wissen, dass sie einen Großteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben müssen.“

(Ralf Jäger [SPD]: Die Rolle passt zu Ihnen! – Weitere Zurufe)

So haben Sie vor der Bundestagswahl, adressiert an die Menschen in Nordrhein-Westfalen, getönt. Sie haben auch persönlich den Menschen versprochen: Wenn die SPD an der Bundesregierung bleibt, würden Sie die Mehrwertsteuererhöhung verhindern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wenn wir die Bundesregierung geführt hätten!)

Und was ist dann passiert? – Die CDU hat wenigstens vor der Wahl gesagt, dass sie die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen will.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir als Freie Demokraten haben das immer für falsch gehalten. Die CDU hat aber vor der Wahl gesagt, was sie machen will. Sie haben gesagt: Wenn die SPD an der Bundesregierung bleibt, werden wir die Mehrwertsteuererhöhung verhindern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber wir haben die Wahl nicht gewonnen! Ist das an Ihnen vorbeigegangen?)

Dann hat die SPD mit der CDU darüber verhandelt. Sie haben gesagt, Sie wollten die zwei Prozentpunkte verhindern. Dann sind drei Prozent-

punkte herausgekommen, Frau Kraft. Das ist ein Betrug an den Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben vorher gesagt, Sie würden die Mehrwertsteuererhöhung verhindern. Rausgekommen sind dann nicht 2 Prozentpunkte Erhöhung, sondern 3 Prozentpunkte. Das können Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht erklären. Deshalb haben Sie es verschwiegen. Das ist Unehrlichkeit, das ist Lug und Betrug.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Und das hat mit dem Anspruch, den Sie hier vortragen, nichts zu tun.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Dr. Papke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Börschel?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident, ich möchte gerne meine Ausführungen im Zusammenhang darlegen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut, bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Das passt im Übrigen auch zu der bemerkenswerten Äußerung von Franz Müntefering, die ich in dem Zusammenhang noch einmal in Erinnerung rufen darf. Er hat vor einigen Monaten in erfrischender Ehrlichkeit mit Bezug auf die Berliner Politik gesagt – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten wieder zitieren –:

„Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair.“

(Heiterkeit von der FDP)

Ich finde das bemerkenswert, weil wir hier in Nordrhein-Westfalen als Koalition der Erneuerung eine ganz andere Position vertreten. Wir sagen den Menschen: Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, das setzen wir auch in die Tat um. Wir stehen zu dem, was wir versprochen haben, was wir in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt haben. Das machen wir auch.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir haben als Freie Demokraten zum Beispiel gesagt: Wir werden Kinder fördern, statt Steinkohle. So werden wir das auch durchsetzen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Diese Landesregierung setzt um, was die FDP versprochen hat!)

– Herr Kollege, wir sind dabei, das zu tun, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

Meine Damen und Herren, die Menschen sind erheblich klüger als die Rednerinnen von SPD und Grünen das in einer solchen Debatte wahrhaben wollen. Und weil die Menschen sehr wohl wissen, wer die Verantwortung für die Fehlentwicklungen in der Haushaltspolitik, in der Bildungspolitik, in der Wirtschaftspolitik trägt, wer für die Situation verantwortlich ist, haben SPD und Grüne in allen Umfragen seit der Landtagswahl keine Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr hinter sich. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie viele Prozentpunkte hat die CDU in den Umfragen verloren?)

Die Menschen haben den rot-grünen Feldversuch in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Republik beendet. Außer Ihnen, Frau Löhrmann, und Ihren wenigen Getreuen von den „Alt-Grünen“ will keiner mehr Rot-Grün zurück, verlassen Sie sich darauf!

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das sind Beschwörungsformeln!)

Das wissen die Menschen, und sie wollen Rot-Grün nicht zurückhaben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das klingt draußen aber ganz anders!)

Deshalb haben wir eine eindeutige Mehrheit.

Ich fand es auch bemerkenswert, dass laut „Rheinischer Post“ nach einer aktuellen Emnid-Umfrage 90 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen gar nicht einmal wissen, wer an der Spitze der SPD steht, dass 55 % der Befragten gesagt haben, die SPD in Nordrhein-Westfalen stehe vor allem für Zerstrittenheit. Da kann es kaum wundern, dass mehr Menschen der Meinung waren, kein anderer als der Ministerpräsident wäre Vorsitzender der SPD.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Frau Kraft, Sie sollten sich noch einmal gut überlegen, ob Sie den Ministerpräsidenten so hart attackieren. Möglicherweise drücken Sie Ihre Umfrageergebnisse noch weiter nach unten.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das passt aber gar nicht!)

Frau Kollegin Kraft, Sie haben die atemberaubende Frechheit,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das scheint Sie aber ganz schön zu ärgern!)

die anderen Fraktionen des Landtags einzuladen, mit Ihnen über die besten Konzepte zu diskutieren. Wir laden Sie seit anderthalb Jahren ein, uns Ihre Konzepte für die Modernisierung des Landes einmal vorzustellen. Ich habe Ihnen auch heute wieder aufmerksam zugehört: Ich habe nicht einen einzigen konkreten neuen Vorschlag von Ihnen gehört.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie nicht zuhören können, können Sie die Rede ja erst einmal nachlesen!)

Sie halten sich ausschließlich an der Vergangenheit fest. Sie sind nicht bereit, neue innovative Konzepte in die Debatte einzuspeisen. Sie stehen nach wie vor für die Politik, für die Rot-Grün abgewählt worden ist. Das ist auch in dieser Debatte wieder deutlich geworden.

Wir haben ein Konzept, wir haben ein Programm, wir haben eine Philosophie für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Und in der Tat: Das Konzept basiert auf der Überzeugung „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“, „Erwirtschaften vor Verteilen“. Denn das, was die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwirtschaften, meine Damen und Herren, das gehört zunächst einmal den Bürgern selbst,

(Beifall von der FDP)

und ist nicht in erster Linie dem Zugriff des Umverteilungsstaates zu unterwerfen.

Diejenigen, die jeden Morgen die Ärmel hochkrempeln und zur Arbeit gehen, die vielen Arbeitnehmer in unserem Land, die kleinen Händler, die Freiberufler, die jeden Tag Leistung bringen und mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, die haben das Recht, dass der Staat ihnen nicht sofort in die Tasche greift, um damit umzuverteilen, Geschenke auszugeben und Interessengruppen zu befriedigen, so wie Rot-Grün das Jahrzehntlang gemacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Klar ist für uns natürlich auch: Wer mehr hat, wer mehr verdient, soll mehr abgeben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, auch für eine Politik, die sich an der sozialen Marktwirtschaft orientiert. Wir haben wichtige Kernaufgaben des Staates, die

finanziert werden müssen. Dazu hört die innere Sicherheit.

Wir haben bei diesem furchterlichen Orkan letzte Woche wieder sehen können, wie wichtig die Arbeit unserer Polizeibeamten, unserer Feuerwehrleute, im Übrigen auch der vielen ehrenamtlichen Kräfte ist, denen auch ich noch einmal sehr herzlich für diesen wichtigen Beitrag danken will, den sie letzte Woche geleistet haben. Das sind Aufgaben, die wir unterstützen müssen.

Deshalb sagen wir als Koalition der Erneuerung: Wir wollen mehr Polizeibeamte auch in den regulären Streifendienst bringen. Da gehören die Polizeibeamten doch hin – nicht so wie zu Ihrer Zeit, als sie hauptsächlich in der Verwaltung saßen. Sie müssen auf der Straße für mehr Sicherheit sorgen. Mehr fahnden statt verwalten: Das ist die Devise der Innenpolitik. Der Innenminister, Ingo Wolf, setzt das konsequent um.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das erleben wir gerade wieder!)

Es sind bereits mehrere hundert Polizeibeamte vom Innendienst wieder in den Streifendienst gebracht worden.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Durch die Binnenmodernisierung der 50 Polizeibehörden werden mindestens weitere 1.000 Polizisten fahnden statt verwalten. Das ist eine konkrete Verbesserung, die wir erreicht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu diesen unverzichtbaren Kernaufgaben des modernen Staates, auch aus liberaler Sicht gehört selbstverständlich die Bildungspolitik. Es ist eine Kernherausforderung für die Koalition der Erneuerung. Hier räumen wir auch die Trümmer beiseite, die Sie uns hinterlassen haben. Ich möchte es noch einmal in Erinnerung rufen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unter Rot-Grün hat Nordrhein-Westfalen auf den Abstiegsplätzen bei den Pisa-Vergleichstests gelegen. Unter Rot-Grün gab es kein anderes Bundesland, in dem der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von Schülern und ihrer späteren Lebensperspektive so ausgeprägt war wie hier in Nordrhein-Westfalen. Es kann keine schlimmere Bankrott-Erklärung für eine Politik, die sich sozialdemokratisch nennt, geben als die Tatsache, dass nur Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern die besten Bildungschancen haben. Das ist Ihre Hinterlassenschaft, Frau Kraft.

(Beifall von der FDP)

Damit machen wir als Koalition der Erneuerung Schluss. Das ist die Realität, die Sie nicht einfach beiseite schieben können.

Wir tun konkret etwas gegen den Unterrichtsausfall. Wir haben es innerhalb nur eines Jahres geschafft, den Unterrichtsausfall, den uns die rot-grüne Vorgängerregierung hinterlassen hat, zu halbieren. Wir haben allein im letzten Jahr 3.230 zusätzliche Lehrerstellen eingerichtet. Im Jahr 2007 werden insgesamt 1.300 neue Lehrerstellen hinzukommen. Wir machen etwas. Wir verbessern die Unterrichtsversorgung. Wir haben doch die Ganztagsbetreuung in Hauptschulen erst eingeführt, meine Damen und Herren. So etwas hat es doch vorher gar nicht gegeben.

(Beifall von FDP und CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Sie hatten vier Jahrzehnte Zeit, dort wirklich voranzukommen.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Sie haben diese Zeit versäumt. Wir haben jetzt bereits 100 Ganztagshauptschulen in unserem Land. Bis 2012 werden wir 50.000 Betreuungsplätze an Ganztagshauptschulen schaffen.

Es war doch ein Unding, meine Damen und Herren, dass Rot-Grün zugelassen hat, dass an Brennpunktschulen in unserem Land teilweise zwei Drittel der jungen Menschen, die dort eingeschult wurden, überhaupt nicht in der Lage waren, dem Unterricht zu folgen.

(Ralf Jäger [SPD]: Woher wissen Sie das denn, Herr Papke?)

Das haben Sie einfach hingenommen. Sie haben es hingenommen, dass junge Menschen aus vielen Migrantenfamilien eingeschult worden sind, die dem Unterricht nicht folgen konnten. Die Ausichtslosigkeit auf ihrem späteren Werdegang haben Sie damit vorgezeichnet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn die Sprachförderung in den Kindergärten eingeführt? Sie reden doch wieder nur Halbwahrheiten!)

Sie haben es einfach hingenommen, wir handeln. Wir haben als erstes Bundesland verpflichtende Sprachtests im vierten Lebensjahr eingeführt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat das denn eingeführt?)

Die laufen jetzt an. In Zukunft werden alle Kinder, die der deutschen Sprache nicht wirklich mächtig

sind, vor ihrer Einschulung mit Sprachkursen so fit gemacht, dass sie dem Unterricht folgen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch nicht zu Ihrer Zeit entstanden! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir lösen die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir werden unsere Politik der sozialen Sensibilität auch sehr konsequent fortsetzen. Das will ich klar sagen. Ein Markenzeichen dieser Regierung ist eine Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung, aber eben auch eine Politik der sozialen Sensibilität.

(Lachen von der SPD)

Das geht in Nordrhein-Westfalen Hand in Hand.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie noch einmal genau nach, wie „sozial“ definiert ist!)

Sie fabulieren nur drumherum, wir handeln. Wir haben beispielsweise in diesem Jahr die Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege erheblich aufgestockt.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das ist eine Initiative der Koalitionsfraktionen, für die ich mich auch bei meinem Kollegen Helmut Stahl und der CDU sehr herzlich bedanken möchte. Dort werden wichtige Projekte für behinderte Mitbürger, für benachteiligte Jugendliche und bedürftige Ältere organisiert und finanziert. Um die werden wir uns konsequenter kümmern, als das Rot-Grün jemals gemacht hat.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Mittel sind doch erst auf Druck aufgestockt worden!)

Dafür haben wir auch Mittel der Stiftung Umwelt und Entwicklung umgeleitet. Das ist richtig.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Platt gemacht haben Sie die!)

Dazu stehen wir auch, weil wir das Geld für diejenigen ausgeben wollen, die unserer Hilfe bedürfen,

(Beifall von der FDP)

und nicht, Frau Kollegin Löhrmann, für alte grüne Spielwiesen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe Ihnen doch eben erzählt, was das für Spielwiesen sind!)

Ersparen Sie es uns, dass ich Ihnen vortrage, wie viele von Ihren Spezis bei dieser Stiftung Umwelt und Entwicklung untergebracht worden sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Um diese Spielwiese, um diese Pfründe fürchten Sie jetzt. Deshalb machen Sie das zum Thema. Wir werden auch weiterhin jede grüne Spielwiese trocken legen, um die Mittel, die wir dadurch einsparen, denjenigen zu geben, die unserer Hilfe bedürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden nicht zulassen, dass der Sozialstaat dabei diskreditiert wird. Wir haben alle den skandalösen Vorfall aus Rheinland-Pfalz verfolgt, zu dem ich noch einmal klar Stellung beziehen will:

Ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger hatte den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten angepöbelt. Dieser hat ihn zu einem Gespräch eingeladen, zu dem der Arbeitslosengeld-II-Empfänger keine Zeit hatte. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident organisierte daraufhin acht Jobangebote. Der besagte Herr ließ aber durch seine Pressesprecherin verkünden, er habe keine Zeit, sich damit auseinanderzusetzen.

Mir hat das in der Seele wehgetan, meine Damen und Herren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben doch gar keine!)

Dieser eine Mann hat viele Arbeitslose diskreditiert, die jeden Tag von Neuem ihre Chance für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt suchen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb sage ich in aller Klarheit: Wir helfen denen, die wieder einsteigen wollen, die die Ärmel hochkrempeln möchten. Aber wir werden auch dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die fleißig sind und jeden Tag zur Arbeit gehen, mehr davon haben, als diejenigen, die sich der Arbeit verweigern.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen wollen Sie auch die Arbeitnehmerrechte schleifen!)

Der Sozialstaat, meine Damen und Herren, ist für die Schwachen da und nicht für die Faulen. Auch dafür steht die Koalition hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben den Auftrag bekommen, Nordrhein-Westfalen zu erneuern, zu modernisieren und zu

entbürokratisieren. Ich will Ingo Wolf noch einmal sehr herzlich dafür danken, dass wir es in nur einem Jahr geschafft haben, von 1.000 staatlichen Behörden und Einrichtungen schon 116 abzuschaffen. Das muss so weiter gehen. Wir müssen den Personalbestand in der Landesverwaltung abbauen, weil wir sonst die Verschuldung nicht in den Griff bekommen können. Denn trotz unserer Reform gibt das Land immer noch mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen für die Beschäftigten aus.

Kein Mitarbeiter im öffentlichen Dienst muss um seine Arbeitsstelle fürchten. Aber wir wollen mehr Flexibilität. Wir haben doch in diesen Tagen ein sehr schönes Beispiel dafür erlebt, was wir erreichen wollen. Wir haben die Mitarbeiter in der Landesverwaltung danach gefragt, wer qualifiziert ist, Kinder zu unterrichten, wer ein Lehrerexamen oder eine vergleichbare Ausbildung hat. Dabei haben sich, meine Damen und Herren, 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung gemeldet. Das ist eine wunderbare Chance, diejenigen möglichst schnell in den Schuldienst zu bringen, damit sie dort unterrichten können.

Diese Maßnahme steht für das, was wir erreichen wollen. So bauen wir in der allgemeinen Landesverwaltung Personal ab, verbessern die Unterrichtsversorgung und tun das mit Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung, die das gerne machen, sich auf ihre neue Herausforderung freuen und dafür auch qualifiziert sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und zusätzliche Pädagogen verweigern Sie!)

Das ist ein konkretes Beispiel für die Veränderung, die wir vollziehen. Also verbreiten Sie keine Horrormeldungen. Das entspricht nicht der Realität.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt rufen Sie sich noch einmal den Satz mit der Ehrlichkeit in Erinnerung! Der trifft auf Sie nicht zu!)

Entbürokratisierung steht auch für mehr Freiheit in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die Ladenöffnungszeiten liberalisiert. In Nordrhein-Westfalen entscheiden jetzt die Händlerinnen und Händler, wann sie ihre Waren und Dienstleistungen feilbieten, und die Menschen können entscheiden, wann sie einkaufen wollen. Das geht den Staat doch gar nichts an. Das ist ein Stück mehr Freiheit. Diese haben wir den Menschen gegeben; Rot-Grün war dazu nicht in der Lage.

(Beifall von der FDP)

Wir alle haben bei der wunderbaren Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer des vergangenen Jahres, die auch in Nordrhein-Westfalen mit vielen tollen Fußballspielen stattgefunden hat, erlebt, wie froh unsere ausländischen Gäste waren, nach 22 Uhr nicht wie früher von Frau Höhn aus den Biergärten verjagt zu werden. Seitdem die Grünen in Nordrhein-Westfalen nichts mehr zu melden haben, hat die Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen erheblich zugenommen. Das wissen die Menschen, und die freuen sich darüber.

(Beifall von FDP und CDU)

Um die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern, müssen wir die Politik für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung weiter ausbauen. Wir sind unter Federführung unseres Innovationsministers Andreas Pinkwart schon gut vorangekommen, aber wir wissen, der Nachholbedarf ist nach wie vor enorm, denn zu den rot-grünen Hinterlassenschaften, Frau Kraft – hier komme ich zu Ihrer persönlichen Verantwortung –, gehört doch, dass die Forschungs- und Entwicklungsquote in Nordrhein-Westfalen,

(Norbert Römer [SPD]: Wie ist das mit dem Innovationsfonds?)

also der Anteil dessen, was in der Relation zum Bruttosozialprodukt für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird, weit unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland gelegen hat. Das ist eine weitere Hinterlassenschaft, mit der wir jetzt aufräumen müssen.

Diese Quote betrug im Jahre 2004 in Nordrhein-Westfalen 1,8 %. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2,5 %, in Bayern waren es 2,9 % und in Baden-Württemberg sogar 3,9 %. Das ist auch eine Ihrer Hinterlassenschaften, die wir jetzt abarbeiten müssen, denn dieses Land muss und kann genauso innovativ sein wie Bayern und Baden-Württemberg. Deshalb werden wir es schaffen, die Innovationskraft weiter zu verbessern. Hierzu werden wir weitere zusätzliche Mittel in Wissenschaft, Bildung und Forschung investieren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Woher denn?)

Wir haben dank des Hochschulfreiheitsgesetzes den Hochschulen mehr Freiheit gegeben und das bundesweit sozialverträglichste Studienbeitragsgesetz verabschiedet. Aber Sie stellen ja die berechtigte Frage, woher die Mittel kommen sollen, Frau Kollegin Kraft. Die Frage sollten Sie selber beantworten können. Wir müssen, um die Innovationskraft des Landes zu verbessern, aus der subventionierten Steinkohle endlich herausgehen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD:
Ah!)

Das ist die Antwort auf Ihre Frage. Wir können es uns nicht mehr leisten, nach wie vor Jahr für Jahr weit mehr als 500 Millionen € allein aus dem Landeshaushalt unter Nordrhein-Westfalen zu vergraben. Es muss damit Schluss sein, die Vergangenheit Nordrhein-Westfalens künstlich zu verlängern. Wir müssen endlich den Mut haben, einen Schnitt zu machen und zu sagen, wir brauchen dieses Geld, um in die Zukunft zu investieren. Das ist die zentrale Herausforderung, vor der wir stehen.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Warum nehmen Sie den Menschen dann das Geld?)

45 Milliarden € sind seit Anfang der 60er-Jahre allein aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt für die Subventionierung der Steinkohle ausgegeben worden. Damit muss jetzt Schluss ein. Wir haben jetzt die historische Chance, den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau zu verabreden

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie „sozialverträglich“ sagen, dann klingt das heuchlerisch!)

und im Zusammenhang damit die wettbewerbsfähigen Konzernteile der RAG an die Börse zu bringen und damit nicht nur den sozialverträglichen Ausstieg hinzubekommen, sondern zehntausenden Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet eine sichere Zukunft zu eröffnen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sichere Zukunft bei Hartz IV!)

Ich halte es für einen Skandal ohne Gleichen, dass die SPD dieser sozialverträglichen Zukunftslösung permanent Torpedos entgegenjagt, dass sie eine solche Lösung blockiert, statt den Menschen im Ruhrgebiet zu sagen, wir unterstützen die Koalition in Nordrhein-Westfalen dabei, den sozialverträglichen Ausstieg hinzubekommen

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir lügen ja nicht, deshalb tun wir das nicht!)

und mit dem Börsengang die Zukunft der Arbeitsplätze bei der Degussa, Steag und bei anderen Unternehmen zu sichern. Das ist ein Skandal, für den die SPD die Verantwortung trägt.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Skandal ist, was Sie den Bergarbeitern gegenüber von sich geben!)

Ich bin mir nicht sicher, ob Frau Kraft überhaupt weiß, worüber sie spricht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie weiß es! – Ralf Jäger [SPD]: Jetzt reicht es! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe manchmal den fürchterlichen Verdacht, die SPD spielt mutwillig oder vielleicht auch unbewusst mit dem Feuer und ist sich dessen gar nicht bewusst.

(Frank Sichau [SPD]: Sie tun das, Herr Dr. Papke!)

Es ist nicht nur unsere Überzeugung, dass ein Sockelbergbau nicht zu finanzieren und mit dem Börsengang nicht zu vereinbaren ist,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

sondern auch die Überzeugung der mit Sozialdemokraten besetzten Bundesregierung. Ich habe hier eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Sockelbergbau vom 5. Januar diesen Jahres; die kennen Sie sicherlich auch. Dort steht für den Fall eines Sockelbergbaus:

„Das Modell der RAG AG für einen Börsengang des Beteiligungsbereichs wäre wegen der beim schwarzen Bereich verbleibenden Risiken nicht möglich.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Außerdem steht dort:

„Eine Entscheidung zugunsten der Aufrechterhaltung eines Sockelbergbaus wäre mit der derzeit gültigen EU-Verordnung nicht vereinbar.“

Meine Damen und Herren, das sind Tatsachen. Wollen Sie das nicht zur Kenntnis nehmen, Frau Kraft, oder schieben Sie das mutwillig beiseite, um sich in der Traditionspflege bei Bergleuten beliebt zu machen, obwohl Sie wissen müssten, dass Sie deren Zukunft gefährden, denn die setzen auf eine sozialverträgliche Lösung, damit sie nicht ins Bergfreie fallen? Dazu passt, dass Sie in einem „taz“-Interview allen Ernstes geäußert haben – ich zitiere Frau Kraft –:

„Wir müssen den Zugang zu den Kohlelagerstätten offen halten, unserem einzigen heimischen Energieträger.“

Haben Sie noch nie etwas von der Braunkohle gehört? Das ist ein subventionsfrei verfügbarer Energieträger in Nordrhein-Westfalen, erfolgreich und wettbewerbsfähig, für den wir eintreten. Jeder weiß, dass die Steinkohle niemals wettbewerbs-

fähig werden kann. Deshalb müssen wir dort heraus, um die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens zu gewinnen.

Frau Kraft, ich appelliere nochmals ganz persönlich an Sie: Geben Sie Ihre Blockadepolitik auf, damit zehntausende Arbeitsplätze im Ruhrgebiet gesichert werden können,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Heuchlerisch! Sie führen die Bergleute auf die Straße!)

damit dort neue Perspektiven entstehen,

(Ralf Jäger [SPD]: Lügen haben kurze Beine!)

anstatt weiterhin eine völlig verfehlte Politik zu verfolgen. Bei Ihnen, Frau Kraft, reicht es vielleicht dazu, eine Bergmannskapelle zu dirigieren. Sie haben aber nicht das Zeug dazu, das Land Nordrhein-Westfalen irgendwann einmal zu regieren.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sehen uns wieder!)

Diese Debatte hat wieder einmal gezeigt: Die SPD hat aus ihrer Abwahl nichts gelernt. Sie setzt nach wie vor auf die alten, verbrauchten Konzepte. Sie klammert sich an dem fest, was gescheitert ist und von dem die Bürgerinnen und Bürger gesagt haben: Das wollen wir nicht länger ertragen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir haben gelernt, dass Sie sich mehr mit uns auseinandersetzen als mit Ihrer eigenen Arbeit!)

Ich prophezeie Ihnen, Frau Kollegin Kraft und Rot-Grün insgesamt: Wenn Sie nicht endlich konkrete Beiträge für die Modernisierung und die Erneuerung unseres Landes vorlegen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie die Rede von Frau Kraft nach, wenn Sie schon nicht zugehört haben!)

dann werden Sie auf lange, lange Zeit keine Chance haben, von den Bürgern noch einmal die Verantwortung übertragen zu bekommen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Landesregierung hat jetzt der Ministerpräsident das Wort. Herr Dr. Rüttgers, bitte.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt der Arbeiterführer! – Sören Link [SPD]: Der Sozialheuchler! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich zur eigentlichen Haushaltsdebatte komme, eine Vorbemerkung machen. Das, was in den letzten Tagen der Orkan in unserem Land verursacht hat, ist neben der Tatsache, dass durch diesen Orkan sechs Menschen gestorben und 140 Menschen in Nordrhein-Westfalen verletzt worden sind, eine Erfahrung, die sich – wie ich finde – auch Politikerinnen und Politiker bewusst machen müssen, nämlich die Erfahrung, wie verletzlich wir eigentlich angesichts einer solchen Naturgewalt sind.

Nordrhein-Westfalen war bei diesem Sturm stärker betroffen als andere Bundesländer. Zwei Feuerwehrleute wurden getötet, 26 Feuerwehrleute und ein Polizist wurden verletzt. Mir ist es ein Anliegen, den Angehörigen derjenigen, die bei diesem Sturm ums Leben gekommen sind, mein tiefes Mitgefühl auszusprechen und allen Polizisten, allen Feuerwehrleuten, allen Mitgliedern der Rettungskräfte und allen ehrenamtlichen Helfern ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz zu sagen. Ich glaube, dass man deren Leistung gar nicht hoch genug einschätzen kann. Diese Mitbürger haben Heldenhaftes geleistet, und ich finde, dass wir ihnen dafür danken sollten.

(Allgemeiner Beifall)

Aber es gibt noch eine zweite Erfahrung, die vielleicht viele von Ihnen in diesen Stunden und Tagen auch gemacht haben, nämlich, wie solidarisch die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf die Veränderungen, die zwangsläufig mit diesem Naturereignis verbunden waren, reagiert haben, wie sie versucht haben, sich zu helfen – in der Nachbarschaft, irgendwelchen Fremden auf den Straßen oder in den Zügen, die irgendwo stehen geblieben waren. Ich finde, auch das ist eine Erfahrung, auf die wir ein Stück stolz sein können. Ich glaube, dass es auch das ist, was unser Nordrhein-Westfalen stark macht: Dieses Gemeinsame; gemeinsam sind wir stark. Bei all der Not, die es gegeben hat und bei all den Schäden etwa im Bereich der Wälder: Diese Gemeinsamkeit ist ein Gefühl, auf das man aufbauen kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eine zweite Vorbemerkung machen und Sie, verehrte Kollegin Kraft, ansprechen. Ich möchte Sie zu Ihrer Wahl zur neuen Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten beglückwünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist ein verantwortungsvolles Amt, das Sie übernommen haben. Ich wünsche Ihnen, dass Sie

diese große Aufgabe zum Wohle unseres Landes ausüben werden.

Nun sind Haushaltsdebatten auch immer ein Stück Streit. Sie haben es eben mitbekommen. Bei allem Glückwunsch, Frau Kraft – ich habe natürlich auch Ihre Rede vom Parteitag gelesen –, muss ich doch sagen,

(Zuruf von der SPD)

dass ich heute schon erwartet hätte, dass Sie nicht nur im Wesentlichen die Inhalte Ihrer Parteitagsrede in dieser Haushaltsdebatte wiederholt hätten.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat sie nicht! Dann haben Sie entweder bei einer Rede nicht zugehört oder falsch nachgelesen!)

Ich glaube nicht, dass man damit auskommt, nur von Attacke und klarer Kante zu reden, sondern ich glaube, dass eine solche Debatte die Aufgabe hat, über Konzepte zu reden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie darüber schon einmal mit Herrn Papke gesprochen? – Ralf Jäger [SPD]: Fangen Sie endlich an!)

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen ist der Ort für den Wettbewerb um die besten Ideen für die Menschen und für unser Land. Frau Kraft, Sie sind schon 20 Monate Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion.

(Zuruf von der SPD: Erfolgreich!)

Deshalb lade ich Sie herzlich ein, mit der Debatte über die besten Konzepte möglichst bald zu beginnen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wer sich in unserem Land umsieht, der sieht: Der Aufschwung ist da.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht durch euch!)

Die lange Zeit der Stagnation vor 2005 ist beendet.

(Ralf Jäger [SPD]: Trotz dieser Regierung!)

Die letzten 20 Monate waren gute Monate, eine gute Zeit für Nordrhein-Westfalen.

(Sören Link [SPD]: Trotz Ihrer Regierung!)

Ich bin ein wenig stolz, dass wir in Nordrhein-Westfalen in diesen 20 Monaten mehr positiv verändert haben als Sie in den zehn Jahren zuvor.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Die Wirtschaft wächst, neue Arbeitsplätze entstehen, die Verschuldung sinkt, und auch die Prognosen für 2007 – nicht nur beim Wachstum – sind gut. Wenn man den Fachleuten glaubt, dann kann es noch besser werden. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, sind unbestreitbare Erfolge, und wir verdanken sie den Menschen. Ich glaube, es ist wichtig, das festzustellen: Wir verdanken sie der Arbeit der Menschen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Nicht nur der Regierung!)

Die neue Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben ihren Teil dazu beigetragen. Wir haben gespart und gleichzeitig in Zukunft investiert. Wir haben die Zahl der U3-Betreuungsplätze von 11.000 Anfang 2005 auf derzeit 16.000 erhöht. Wir sind mit 251 Familienzentren gestartet. Wir haben bis heute 3.230 zusätzliche Lehrerstellen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und für die Ganztagschulen neu geschaffen.

(Sören Link [SPD]: Und Sie haben 2.000 Stellen abgeschafft!)

Wir haben bislang 115.700 Ganztagsplätze in den Grundschulen und 14.069 Ganztagsplätze in den Haupt- und Förderschulen eingerichtet. Das, meine Damen und Herren, sind Erfolge, die man nicht bestreiten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb, verehrte Frau Kraft, hatte ich etwas Probleme mit Ihrer Rede, vor allen Dingen mit den vielen unbewiesenen Behauptungen, die Sie dort aufgestellt haben.

(Marlies Stotz [SPD]: Frechheit!)

Es ist klar, und das kann ich auch verstehen: Sie berichten von einem Gespräch, das Sie in Ihrem Freundeskreis gehabt haben, in dem Eltern ihrem Kind schon im zweiten Schuljahr Nachhilfeunterricht geben, weil sie Angst haben, dass das Kind nicht das Gymnasium schafft.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich will jetzt nicht über die Frage nachdenken – und das sage ich als jemand, der auch selber Kinder hat –, ob die Fixierung auf das Gymnasium in manchen Elternhäusern wirklich richtig und das Beste für die Kinder ist. Das ist ein anderes Thema.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber wenn es einen solchen Fall gibt, verehrte Frau Kraft, kann doch die Antwort in der Schulpolitik nicht heißen, dass wir deshalb die Leistungsanforderungen absenken, wie Sie das 39 Jahre lang gemacht haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann kann doch die Antwort nur heißen, dass wir die individuelle Förderung in unseren Schulen – auch in der Grundschule – erhöhen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Das ist doch genau das, was wir mit Lehrerzuweisungen in Schulen versuchen, die in besonders schwierigen Stadtteilen liegen. Das ist das, was wir versuchen, indem wir Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einsetzen. Das ist doch das, was wir über die Lernstudios versuchen, in denen individuelle Förderung stattfindet. Das sind übrigens alles Modelle, die wir aus den Ländern haben, die Sie so häufig preisen.

(Zurufe von der SPD)

Daher hätten Sie den Leuten doch einmal sagen können: Keine Angst, die Landesregierung ist auf einem guten Weg; ihr braucht demnächst keine Nachhilfe mehr zu geben, das findet dann in der Schule statt. – Das ist doch das, was dort gemacht wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, ich will einen zweiten Punkt nennen, den Sie angesprochen haben, und ich will gar nicht unterstellen, dass Sie das taktisch gemeint haben. Sie haben eben gesagt, dass Sie selber davon profitiert haben – wie ich übrigens auch –, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Zeit gegeben hat, in der die Frage des sozialen Aufstiegs durch Bildung für viele Menschen eine reale Möglichkeit gewesen ist.

Sie haben dann – ich hatte das Gefühl, dass Sie Ihre Fraktion damit ein bisschen überfordert haben – gesagt, dass Sie das dann nicht mehr gemacht haben und dass die Realität Ihrer Bildungspolitik während Ihrer Regierungszeit eine andere war.

Das, was Sie gesagt haben und was ich wirklich nicht nur als taktisch bewerten will, möchte ich um eine kleine Information ergänzen: Das mit dem sozialen Aufstieg war in den 70er-Jahren. Das ist inzwischen 25 Jahre und mehr her. Wir reden – das ist etwas, was man vielleicht wissen sollte – nicht über einen langen Zeitraum, in dem das möglich war, und anschließend einen kurzen Zeit-

raum, in dem man ein paar Fehler gemacht hat, sondern in Wahrheit reden wir über einen kurzen Zeitraum, in dem das möglich war, und einen langen Zeitraum, in dem sich das Schulsystem unsocial entwickelt hat und sozialer Aufstieg nicht mehr möglich war. Das müssen wir jetzt ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir und auch Sie, Frau Kraft, das ändern wollen, frage ich, wie Sie als Fraktion auf die Idee gekommen sind, ausgerechnet die letzte Schulministerin Ihrer Regierung, Frau Schäfer, die dafür persönlich Mitverantwortung zu tragen hat, zur neuen schulpolitischen Hauptfrau zu machen, die jetzt Ihre neue Politik vertritt. Das passt doch nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Lassen Sie mich einen dritten Punkt anführen. Sie haben von Ihrer Klausurtagung auf Bundesebene in Bremen berichtet, in der Sie beschlossen haben, einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab dem ersten Lebensjahr und schrittweise Beitragsfreiheit einzuführen. Mir haben Sie vorgeworfen, ich hätte gesagt, das gehe so nicht, das könne man so nicht machen.

Als Information möchte ich zunächst einmal hinzufügen, dass das, was Sie dort beschlossen haben, allein für den Bund 2,5 Milliarden € kostet. Das muss von den Kommunen bezahlt werden, es sei denn – das darf der Bund heute aber nicht mehr –, wir finden irgendeine Form der Finanzierung. Mich interessiert die Strategiefrage in diesem Zusammenhang. Ich habe gelesen, dass Ihr Bundesgeneralsekretär jetzt darüber nachdenkt, die Steigerungen im Bereich des Kindergeldes wegzunehmen und das Ganze damit zu finanzieren. Das war gestern in der „Financial Times Deutschland“ nachzulesen.

Ist Ihnen eigentlich klar, was Sie damit vorschlagen und diskutieren? Das ist eine Umverteilung von oben nach unten. Diejenigen, die heute überhaupt keine Beiträge zahlen, weil sie freigestellt werden, bekommen das Kindergeld gekürzt, damit diejenigen, die Beiträge bezahlen, eine beitragsfreie Situation bekommen. Das ist Ihr konkreter Vorschlag. Ich finde den nicht sozial, um das einmal im Klartext zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist Ihr sizilianisches Verhältnis zur Wahrheit!)

Abgesehen davon stellt sich, weil es sich dabei um eine kommunale Angelegenheit handelt, die Frage: Wenn Ihnen das ein solches Herzensan-

liegen ist, warum fangen Sie nicht dort an, wo Sie als SPD die Oberbürgermeister und Bürgermeister stellen? Sie können das doch im Rahmen der kommunalen Autonomie. Verzichten Sie dort doch auf die Beitragseinnahmen im dritten Jahr, wenn Ihnen das so wichtig ist! Wenn Sie das anfangen, fange auch ich an, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob das ernst gemeint ist.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden jedenfalls so lange Schritt für Schritt die Angebote für Kinder unter drei Jahren im Bereich der Familienzentren und der Ganztagschulen ausbauen, damit überhaupt ein vernünftiges Angebot da ist und die Eltern konkret Anlaufstellen haben, wohin sie ihre Kinder schicken können. Denn die sind bekanntermaßen noch gar nicht da.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte gerne einen weiteren Punkt ansprechen. Ausweislich des Manuskripts haben Sie in Ihrer Rede gesagt, die Stadt Dortmund erhalte in diesem Jahr aufgrund der Kürzungen der Landesregierung 36,3 Millionen € weniger vom Land. Ich will Sie zunächst einmal darüber informieren, dass es bei der Gewerbesteuer einen Nettozuwachs von 1,71 Milliarden € genau für den Zeitraum gibt, über den wir reden. Im Steuerverbund gibt es – 2007 gegen 2006 – weitere 904 Millionen €.

Jetzt kann ich Ihnen auch die Zahlen aus Dortmund nennen: Beim Steuerverbund gibt es konkret ein Plus von 53 Millionen € und bei den Gewerbesteuererinnahmen ein Plus von 102 Millionen €. Frau Kraft, wie kommen Sie zu solchen Aussagen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gegenrechnen!)

Das ist der Vorwurf, den ich Ihnen eben gemacht habe: Sie haben hier eine Rede der unbewiesenen Behauptungen gehalten – einfach nur unbewiesene Behauptungen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Alles nachvollziehbar! Alle belegbar!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern: Bei der ersten Rede, die Frau Kraft im Jahr 2005 als SPD-Fraktionsvorsitzende gehalten hat, hat sie zu mir gesagt: Das sind jetzt Ihre Arbeitslosen. – Damals wurden auch Sie ausgelacht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Das müssen Sie nachlesen!)

– Wir haben versucht, das nachzulesen. Im Protokoll war es leider nicht drin. Wir mussten es den

Zeitungen entnehmen – eine Sache, über die man bei Gelegenheit vielleicht auch noch einmal reden muss.

Ich will nur darauf hinweisen – alle hier haben gehört, dass Sie „Das sind jetzt Ihre Arbeitslosen“ gesagt haben –, dass es damals über 1 Million Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen gab. Ende Dezember 2006 waren es 123.000 weniger als im Jahr zuvor.

(Zuruf von der SPD: Wo war Ihr Anteil daran?)

Ich frage Sie: Was sagen Sie denn heute dazu?

(Zuruf von der SPD: Das hat der Müntefering gut gemacht!)

2005 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Seit 2006 steigt deren Zahl wieder. Allein seit Juni letzten Jahres ist sie um 120.000 gestiegen. Was sagen Sie heute dazu?

(Zuruf von der SPD)

Damals haben Sie gesagt: Das sind Ihre Schulden. – 2005 lag die Neuverschuldung noch bei 6,7 Milliarden €. 2006 waren es 3,2 Milliarden €, also 3,5 Milliarden € weniger. Was sagen Sie denn heute dazu?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie war der Unterschied bei den Steuermehreinnahmen?)

Damals lag der Unterrichtsausfall bei 5 Millionen Stunden, heute liegt er bei 2,8 Millionen Stunden. Was sagen Sie heute dazu?

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Sie in der letzten Legislaturperiode, als Sie noch die Regierungsverantwortung trugen, wenn es um ein Problem ging, immer gesagt haben: Wir sind auf einem guten Weg. – Das haben Sie übrigens selbst in einer Zeit gesagt, als die Arbeitslosigkeit zunahm, als die Schulden stiegen und als der Unterrichtsausfall immer größer wurde. Auf die Art haben Sie damals versucht, die Wirklichkeit schönzureden. Heute, Werte Kolleginnen und Kollegen, ist Gott sei Dank der Aufschwung Wirklichkeit. Das ist mir lieber, und darüber sind wir froh.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Der hat nichts mit Rüttgers zu tun!)

Jetzt sagt die Opposition – Sie haben es gerade gehört –, die Haushaltskonsolidierung sei unsozial, mehr Freiheit für Schulen und Universitäten sei unsozial und die Rückführung der Bürokratie sei unsozial. Ich sage Ihnen: Lassen Sie uns darüber

diskutieren, was im Zeitalter der Globalisierung sozial ist! Das ist ein hoch spannendes Thema. Ich will Ihnen meine Antworten nennen und jeweils mit Fragen beginnen:

Waren eine Million Arbeitslose sozial – Menschen, die zu der Zeit Ihrer Regierung in Nordrhein-Westfalen keine Beschäftigung hatten? Ich sage: Nein, das war unsozial.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sind mehr Langzeitarbeitslose, die Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland hat, sozial?)

War die Neuverschuldung sozial? Ich sage: Nein, sie war unsozial, denn unsere Kinder müssen die Schulden bezahlen, die Sie aufgenommen haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben die rote Laterne bei den Langzeitarbeitslosen!)

War der Unterrichtsausfall sozial? Nein, Sie sind für das unsozialste Schulsystem, das wir in Deutschland je gehabt haben, verantwortlich. Das ist unsozial.

Und war und ist es eigentlich sozial – Stichwörter: ALG 1 und Hartz IV –, wenn diejenigen, die etwas zurückgelegt haben, weil sie ihr Alter in finanzieller Sicherheit verbringen wollen, durch Hartz IV bereits nach einem Jahr sehr viel von dem, was sie zurückgelegt haben, verlieren? Und jetzt weigern Sie sich, das zu ändern. – Ich finde das unsozial, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Jetzt, so habe ich den Eindruck, glauben Sie, dass die Menschen dies vergessen hätten. Ich glaube, da täuschen Sie sich.

Wir setzen auf die Idee von Freiheit und Sicherheit, und wir setzen auf die Menschen in diesem Land. Wir haben es eben wieder gehört: Sie polemisieren – das haben Sie auch auf dem Parteitag getan – gegen unsere Aussagen „Privat vor Staat“ und „Freiheit vor Gleichheit“.

(Gisela Walsken [SPD]: Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und verehrte Zwischenrufer, wissen Sie, was Sie da eigentlich sagen und eigentlich machen? Für Willy Brandt war immer klar, welchen Wert die Freiheit des Menschen für ein gegliücktes Leben hat. Freiheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Das ist die Voraussetzung für ein gegliücktes Leben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie heißt es in der Zeitung: „Willy Brandt wollte die Demokratie wagen, Sie versuchen es umgekehrt“!)

Aber Freiheit und Gleichheit schließen sich aus. Oder wollen Sie sich wirklich den Satz „Staat vor Privat“ zu eigen machen? Sie gehen damit doch hinter alles zurück, was Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück in diesem Landtag vorgetragen haben.

(Zurufe von der SPD)

Sie gehen damit hinter das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates zurück, der jetzt im Rahmen Ihrer Grundsatzprogrammdebatte als ein Leitbild dient. Ich halte übrigens dieses Konzept für nicht zu Ende gedacht. Aber es beinhaltet den Vorrang der Freiheit. Das ist genau das, was nach Ihren eigenen Aussagen passieren soll. Aber dieses Konzept ist ohne den Vorrang der Freiheit und ohne die Anerkennung der Auffassung, dass der Einzelne vor dem Staat kommt, nicht denkbar. Sie fallen mit Ihrer Position, mit dieser Polemik hinter all das zurück, was Sie in dem Schröder/Blair-Papier und bei der Agenda 2010 selbst vertreten haben. Sie fallen in die 50er-Jahre der Sozialdemokratie zurück. Das ist das, was im Rahmen dieser spannenden Debatte eigentlich passiert.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Welches Jahrhundert meinen Sie jetzt? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Schulden sind unsozial, weil sie von unseren Kindern zurückgezahlt werden müssen. Mehr staatliche Transferleistungen sind unsozial, wenn sie auf Pump bezahlt werden. Immer mehr Bürokratie und immer mehr Regulierungen sind unsozial, denn sie kosten Arbeitsplätze. Sie fordern dagegen mehr Schulden, höhere Steuern, mehr Bürokratie und die Einheitsschule. Das mag zwar links sein, aber vor allen Dingen, werte Kolleginnen und Kollegen, ist es alt, und auf jeden Fall ist es überholt. Ihre Vorschläge sind deshalb unseriös, und das macht Sie unglaubwürdig.

(Beifall von der CDU)

Moderne Wirtschaftspolitik heißt, nicht immer neue Schulden zu machen. Moderne Wirtschaftspolitik hat als Voraussetzung, dass die Haushalte konsolidiert werden, damit der Staat, damit die Politik wieder Spielräume zum Handeln hat.

(Sören Link [SPD]: Die nehmen Sie gerade weg! – Weitere Zurufe)

Das ist nicht der Keynes; der hat so einen langen Bart. Das haben wir jetzt 30 Jahre probiert – mit

der Erkenntnis, dass der Schuldenberg immer höher geworden ist.

Moderne Wirtschaftspolitik heißt, dass der Haushalt konsolidiert wird, um Wachstumsspielräume zu schaffen. Und Sie sagen uns, Sparen sei unsozial, wir sollten wieder mehr ausgeben.

(Sören Link [SPD]: Ja, wenn Sie auf Kosten anderer sparen!)

Haben Sie vergessen, dass auch Sie, verehrte Frau Kraft, wertvolle Kolleginnen und Kollegen von der SPD, massive Einsparmaßnahmen vorgenommen haben, als Sie noch an der Regierung waren – allerdings hießen damals die Frontleute Peer Steinbrück und Wolfgang Clement; das waren also andere Leute als heute –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie sich mal die Rahmenbedingungen angeguckt?)

und das gerade dort, wo Sie jetzt Kritik an der neuen Landesregierung üben? Sie haben zum Beispiel bei der Frauenpolitik rund 10 Millionen €, das heißt fast ein Viertel, von 2000 bis 2005 gespart. Sie waren es doch, die den Kinder- und Jugendförderplan von 96,5 Millionen € im Jahr 2003 auf 75 Millionen € heruntergefahren haben. Sie waren es doch, die das gemacht haben!

(Beifall von der CDU – Achim Tüttenberg [SPD]: Interessantes Thema! – Gisela Walsken [SPD]: Das ist ein gutes Thema! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben doch Studiengebühren für Langzeitstudierende eingeführt und die Einnahmen dann nicht den Hochschulen belassen, sondern zur Sanierung des Haushaltes eingesetzt. Das waren Sie doch, Sie ganz persönlich!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für die Langzeitstudierenden! Sie rasieren alle Studenten!)

Sie haben doch bei der Integration von Zuwanderern drastisch gekürzt: zwischen 2002 und 2004 um 4 Millionen €. Sie haben doch beim Programm „Geld statt Stellen“ im Schulbereich 2004 und 2005 alleine 30 Millionen € gestrichen.

Ihre Einsparungen waren richtig, unsere Einsparungen sind falsch. Können Sie mir das bitte einmal erklären?

(Gisela Walsken [SPD]: 2 Milliarden € mehr Steuern!)

Wer so argumentiert, ist unseriös und unglaublich, wertvolle Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das gilt übrigens auch bei dem wichtigsten Thema dieser Tage. Ich persönlich glaube, dass die SPD wider besseres Wissen

(Ralf Jäger [SPD]: Um uns brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen!)

an der Idee des subventionierten Sockelbergbaus festhält. Ich glaube, dass Sie wissen – Sie müssten es wissen –, dass er, wenn das denn käme, was ich nicht hoffe, am Schluss jährlich mindestens 1,6 Milliarden € kosten wird. Ich glaube, dass Sie daran festhalten, obwohl Sie genau wissen – Sie haben eben die Zitate gehört –, dass das mit EU-Recht nicht vereinbar ist.

(Sören Link [SPD]: Wer hat das denn gesagt? Herr Papke?)

– Das hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Abstimmung aller Ministerien verabredet, Herr Kollege.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: So ist es, Herr Kollege Link!)

Man muss sich schon informieren, wenn man den Mund aufmacht und sich äußert. Auch als Zwischenrufer sollte man wissen, wovon man eigentlich redet.

(Beifall von CDU und FDP)

„Nach Abstimmung der Ministerien“ steht dort. Es ist nicht die Antwort eines Ministers, sondern die Antwort der Bundesregierung insgesamt. Weil das so ist, wissen Sie, dass die Verhinderung des Ausstiegs aus der subventionierten Steinkohle auch den Börsengang nicht möglich macht

(Ralf Jäger [SPD]: Völliger Quatsch!)

und dass mit beidem 100.000 Arbeitsplätze bei der RAG gefährdet werden. – Herr Kollege, wenn Sie dazwischenrufen „Das ist Quatsch“, dann sage ich Ihnen, dass Sie bitte nur wieder das lesen müssen, was in den Papieren auch Ihrer Bundesregierung steht.

(Ralf Jäger [SPD]: Da steht das nicht drin, Herr Ministerpräsident!)

– Aber selbstverständlich! Hören Sie doch bitte zu! Wir reden über Sachverhalte. Leute, die sich schon bei der Ermittlung von Sachverhalten aufregen, haben ein schlechtes Gewissen und versuchen, die Wahrheit zu unterdrücken.

(Beifall von CDU und FDP)

Darin steht nämlich, dass dann Voraussetzung wäre, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine unbegrenzte Garantie für alle

Kosten, die im Rahmen des RAG-Konzerns anfallen, im weißen wie im schwarzen Bereich, abgeben müsste, damit die Voraussetzungen für einen Börsengang gegeben wären. – Das ist ein Fall irrealis. Der findet noch nicht einmal im Weltall statt. Das ist völlig undenkbar.

In der realen Welt Nordrhein-Westfalens heißt das: Die Frage des Ausstiegs aus der subventionierten Steinkohle und der Börsengang bedingen einander. Daran wiederum hängt die Frage, ob 100.000 Menschen in diesem Land eine sichere Zukunft und sichere Arbeitsplätze haben. Und dagegen versündigen Sie sich mit Ihrem politischen, mit Ihrem parteipolitischen Widerstand, den Sie da leisten!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Sie verhindern auch, dass wir die eingesparten Mittel – das ist das, was die Landesregierung will – für Zukunftsinvestitionen im Ruhrgebiet einsetzen.

(Zuruf von der SPD: Lauter! – Gegenruf von der CDU: Zuhören! – Gegenruf von der SPD: Wie, wenn man nichts hört?)

Wir halten Kurs. Wir setzen die Erneuerung des Landes fort.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Wir stabilisieren den Aufschwung, und zwar so, dass alle davon profitieren. Was wir wollen, ist Wohlstand und Sicherheit für alle. Deshalb bringen wir die Landesfinanzen in Ordnung und schaffen damit wieder Spielräume für mehr Wachstum.

(Sören Link [SPD]: Auf Kosten der Kommunen!)

Wir wissen, dass die Zukunft Nordrhein-Westfalens einen Namen hat: Qualität und Innovation. Deshalb setzen wir konsequent die Schulreform um: mit Sprachtests für Vierjährige ab dem Frühjahr, mit zusätzlichen Lehrerstellen auch in diesem Jahr, 900 – vielleicht noch ein paar mehr – für die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und rund 400 zum weiteren Ausbau des Ganztagschulwesens, und mit dem weiteren Aufbau der Lernstudios.

Wir stärken den Bildungsauftrag und die Erziehungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen. Wir schaffen für Kinder unter drei Jahren bis 2012 über 50.000 Plätze in den Kindertageseinrichtungen und 20.000 Plätze in der Tagespflege. Deshalb richten wir in diesem Jahr weitere 750 neue Familienzentren ein,

(Zuruf von der SPD: Wo? Im Bergischen?)

bis zum Jahre 2010 insgesamt 3.000.

Zweitens modernisieren wir die Berufsausbildung und versuchen, vor allen Dingen den praktisch Begabten in diesem Land eine Chance zu geben und sie nicht auf die Warteschleifen, auf die Maßnahmenkarrieren zu verweisen.

Deshalb werden drittens wir Schritt für Schritt alle wachstumshemmende Bürokratie abbauen. Deshalb wird der Prozess der Auflösung, der Kommunalisierung, der Privatisierung und der Neuordnung der 116 Behörden und Einrichtungen in diesem Jahr

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Garaus gemacht!)

fortgesetzt. Wir werden auch weiter daran arbeiten, dass das Ziel der Rückführung der Anzahl der Stellen in der Landesverwaltung um 12.000 kw-Stellen vorangetrieben wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Getrieben!)

Das setzt dann voraus, dass wir das Personalmanagement haben. Das setzt voraus, dass wir auch ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz nach dem Vorbild des Bundespersonalvertretungsgesetzes bekommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sprechen Sie mal mit dem Personalrat in der Staatskanzlei! Der sieht das anders! Oder mit der CDA!)

Wir fördern zum Vierten Innovationen, indem wir die Umsetzung des Hochschulfreigesetzes weiter vorantreiben – übrigens zusammen mit allen Hochschulen in diesem Land.

Dass wir zusätzlich ein neues Programm für junge Forscher aufgelegt haben, die zurzeit im Ausland arbeiten, ist eine Sache, auf die Herr Kollege Pinkwart und ich sehr stolz sind. Wir holen damit junge und hochkarätige Wissenschaftler, die derzeit im Ausland tätig sind, zurück nach Nordrhein-Westfalen. Dafür stehen im Jahr 2007 zunächst 1,25 Millionen € bereit. Es ist damit übrigens die Zusage verbunden, dass sie hier in der Art und Weise weiter forschen können wie im Ausland. Zum Teil nämlich waren sie im Ausland, weil sie nicht in die Hierarchie unserer Hochschulen eingebunden sein wollten. Wir können ihnen das jetzt auch hier garantieren.

Wir stellen sicher, dass die Exzellenzinitiative kofinanziert ist. Wir freuen uns darüber, dass sowohl mit der RWTH Aachen als auch – das ist besonders erwähnenswert – mit der Universität Bochum zwei unserer Universitäten die Chance haben, in den Kreis der Elite-Universitäten aufzurücken.

Und wir gründen – das hat übrigens auch etwas mit der Förderung von Kreativität im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik zu tun – gemeinsam mit nordrhein-westfälischen Unternehmen überall dort, wo wir können, Forschungseinrichtungen: Zusammen mit E.ON gründen wir an der RWTH Aachen ein großes Energieforschungsinstitut, mit dem Forschungszentrum Jülich eine neue Forschungsschule für Computerwissenschaften, in Marl mit der Degussa ein Science-to-Business-Center für weiße Biotechnologie, in Dortmund mit der Universität eine neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform, in Bochum zusammen mit Krupp-Thyssen – also mit starken Partnern – ein neues Institut für Werkstoffforschung.

(Zuruf von der SPD: Das heißt Thyssen-Krupp!)

Das zeigt, dass wir gerade in diesem Bereich ungeheuer viel Geld in die Hand nehmen.

Ich habe mich sehr über ein Großprojekt gefreut, über das während der Weihnachtstage entschieden worden ist. Dies war unter anderem nach Gesprächen der Fall, die wir mit Kollegen in Berlin geführt haben.

Die Tatsache, dass Siemens, IBM und die Bundesregierung bis zum Jahr 2015 von Meckenheim aus komplett die Informations- und Telekommunikationstechnik aller Bundeswehrstandorte modernisieren will, ist eine richtig gute Nachricht. Dadurch entstehen in Meckenheim 600 neue Arbeitsplätze in einem Zukunftsbereich.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Für die Bundeswehr muss ein Auftragsvolumen von 7 Milliarden € abgearbeitet werden. Es ist das größte PPP-Projekt, was es zurzeit in Europa gibt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das unterstützt unsere Bemühungen, im Rahmen der Cluster-Strategie Schwerpunkte zu setzen. Gerade in dieser ABC-Region – viele der Wissenschaftler bezeichnen diese so – haben wir nicht nur im Bereich leistungsstarker Unternehmen wie der Telekom oder wie den Unternehmen Microsoft oder Ericsson im Aachener Raum Kapazitäten. Dazu gehören auch renommierte Forschungseinrichtungen wie von Fraunhofer im Bereich St. Augustin oder das John von Neumann-Institut für Computing, welches Europas größten Superrechner im Forschungszentrum Jülich und übrigens auch den drittgrößten Computer betreibt, der im Moment in Jülich steht und arbeitet. Verbunden ist dies mit der Forschungsschule für Computerwissenschaften, die wir vor einigen Wochen gegründet haben.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie alles in eineinhalb Jahren geschaffen! Super!)

Dies haben wir entschieden. Wir haben es finanziell möglich gemacht. Sie hätten noch nicht einmal das Geld dafür gehabt, das man benötigt, um zu investieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie mussten schlichtweg alles den Banken geben, um Zinsen und Tilgung zu bezahlen.

Im Rahmen dieses Clusters wollen wir weitere Anstrengungen unternehmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich will, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen das Zentrum der Informations- und Kommunikationsindustrie entsteht, wenn Sie so wollen – ich weiß, es ist ein großes Wort – so etwas wie das Silicon-Valley Deutschlands. Es wird viel kleiner sein als das in Amerika, aber es wird das Zentrum der I- und K-Industrie in Deutschland sein, und zwar mitten in Nordrhein-Westfalen und damit gut für das gesamte Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Als fünften Punkt möchte ich ansprechen, dass wir die Erneuerung des Ruhrgebiets vorantreiben.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es gibt Leute, die haben früher gesagt,

(Gisela Walsken [SPD]: Strukturwandel ist zu Ende! Da kann man nichts mehr erneuern!)

dem Land ginge es prima, wenn wir das Ruhrgebiet nicht hätten. Ich habe mich in dieser Debatte als Oppositionsführer immer gegen diese Sichtweise gewehrt, weil ich sie für den Menschen gegenüber unverantwortlich und übrigens auch für wirtschaftspolitisch dumm halte.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie ziehen die Fördermittel aus dem Ruhrgebiet ab!)

Nordrhein-Westfalen kann nur gemeinsam eine gute Zukunft haben. Dafür brauchen wir ein starkes Ruhrgebiet.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir in diesen Tagen und Wochen beim Thema Rhein-Ruhr-Express ein ganzes Stück weitergekommen sind. Und wir hoffen, dass wir mit diesem Verkehrsprojekt Nummer 1 auch in den nächsten Monaten und Jahren mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 1,4 Milliarden € weiterkommen.

Dazu gehört das großartige Konzept der Kulturhauptstadt Europas „Essen/Ruhrgebiet“. Ich mei-

ne, das gesamte Land sollte sich daran beteiligen. Es setzt jetzt schon ungeheuer kreative Kräfte frei. Es dient bereits heute als Katalysator für städteübergreifende Zusammenarbeit. Das ist alles prima. Ich glaube, dass wir mit Fritz Pleitgen als Hauptgeschäftsführer eine sehr gute Wahl getroffen haben. Er ist erster in einer wirklich guten Truppe und wird die Konzepte weiterbringen.

Ich bin stolz darauf, dass wir das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ mit 50 Millionen € finanzieren konnten.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist ein einmaliges Projekt, das bis zum Jahr 2010 insgesamt 212.000 Kindern zusätzlichen Musikunterricht ermöglichen soll. Jeder weiß, dass kulturelle Bildung unglaubliche Kräfte freisetzen kann. Das gilt gerade für diejenigen, die es zu Hause besonders schwer haben. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, nicht nur im Ruhrgebiet, sondern später auch im gesamten Land nicht nur, aber auch im Bereich der kulturellen Bildung einen besonderen Schwerpunkt zu setzen.

Wir wollen, dass die Wachstumschancen des Feldes Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik im Ruhrgebiet konsequenter genutzt werden, als es bisher geschieht. Nach Expertenschätzungen können bis zum Jahr 2015 55.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Als letzten Punkt möchte ich heute die Tatsache ansprechen, dass wir die Chemiestandorte im Ruhrgebiet zum Beispiel durch den Bau der Pipeline für Propylen fördern.

(Ralf Jäger [SPD]: Wie ist es mit den Ziel-2-Mitteln?)

Diese ist in Verbindung mit den niederländischen Häfen wichtig, um den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich darunter einen Strich ziehe, sage ich: All das schafft Zukunft für unser Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Jäger [SPD]: Was ist mit Ziel-2-Mitteln?)

Ich freue mich auf eine Auseinandersetzung um die besten Ideen. Die Landesregierung wird jedenfalls alles tun, um Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Chancen zu machen. Ich lade Sie zu dieser Diskussion um die besten Ideen ein.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Negativchancen fördern Sie! Das war aber billig und wenig!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion hat noch einmal die Vorsitzende Frau Kraft das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war die Haushaltsrede des Ministerpräsidenten.

(Beifall von der SPD – Demonstrativer Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Ja!)

Ich finde, dieses Land hat mehr verdient als Überschriften und Symbolpolitik.

(Beifall von der SPD)

Herr Papke spricht von Ehrlichkeit. – Nur Stakka-to: 1.000 staatliche Behörden, 116 abgeschafft. Herr Papke, Sie haben Türschilder ausgewechselt. Im Haushalt stehen 169 Stellen mehr als im Haushalt 2006. Halten wir das doch einmal fest!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

4.000 neue Lehrerstellen, Herr Ministerpräsident. – Der Weg ist richtig. Wir haben in der letzten Legislaturperiode netto 4.100 geschaffen. Sie schaffen 4.000 und streichen über kw-Vermerke 2.000 wieder weg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die Ehrlichkeit!)

Man sagt Ihnen nach, Sie hätten ein sizilianisches Verhältnis zur Wahrheit. Ich schließe mich dem bewusst nicht an. Aber in Sachen Unterrichtsausfall darf ich Ihnen einmal aufzeigen, wie sich das in Wirklichkeit ausgestaltet: Mehr Unterricht findet nicht statt – jedenfalls kein Unterricht, wie ich ihn verstehe, mit einem Lehrer vor der Klasse –, sondern es findet eigenverantwortlicher Unterricht statt. Die Kinder sitzen in der Klasse und kriegen eine Aufgabe, und das gilt dann als nicht ausgefallener Unterricht. Darauf gründet sich der Rückgang bei der Unterrichtsausfallstatistik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie lassen die Kinder allein!)

Aber viel wichtiger sind die grundsätzlichen Dinge. Sie sagen: „Privat vor Staat“. Wir sagen an keiner Stelle: „Staat vor Privat“. Wir stehen zum Konzept des vorsorgenden Sozialstaats. Aber bei uns wird auch die Gleichrangigkeit der drei Werte ganz deutlich. Dazu haben Sie sich zwischendurch auch einmal bekannt, während Sie heute wieder anders argumentieren. Für uns sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität untrennbar miteinander verbunden. Es gibt keine Hierarchie dieser Werte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zur Wahrheit gehört auch: Niemand – niemand! – in diesem Raum hat gesagt, sparen wäre unsozial. Vielmehr habe ich Ihnen erklärt, unsere Vorschläge übertreffen Ihren Sparkurs noch. Sie können noch mehr sparen. Sie müssen nur den Mut haben, in Ihrem Haushalt umzuschichten, um politische Schwerpunkte zu setzen. Das haben Sie leider – „leider“ für dieses Land und für die Zukunft dieses Landes – nicht getan.

(Beifall von der SPD)

Zurück zur Schule: Fixierung aufs Gymnasium. Herr Ministerpräsident, glauben Sie ernsthaft, die Fixierung der Eltern aufs Gymnasium, wenn es sie denn gäbe, würde abnehmen, wenn Sie das Abitur nach zwölf Jahren nur am Gymnasium zulassen? Die Fixierung wird doch größer und nicht kleiner werden.

Wollen Sie diesen Eltern allen Ernstes weismachen, dass Sie mit diesem Haushalt mit 0,04 Stellen pro Schule mehr – das habe ich Ihnen vorgerechnet – die individuelle Unterstützung, die Nachhilfe und all das, was sie eben Lobenswertes aufgezählt haben, leisten können? Das glauben Ihnen die Menschen vor Ort nicht, Herr Ministerpräsident. Das ist Symbolpolitik, das ist Überschriftenpolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit kann man ein Land nicht regieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hannelore Kraft (SPD): Nur noch einen Satz. – Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie mich, wenn Sie mich zitieren, richtig zitieren. Ich habe in meiner ersten Haushaltsrede Folgendes gesagt; ich zitiere aus dem Protokoll:

„Jede Unterrichtsstunde, die zukünftig ausfällt, ist nun Ihre ausgefallene Unterrichtsstunde, Frau Sommer! Jeder Euro höhere Verschuldung fällt künftig Ihnen auf die Füße. Jede junge Frau und jeder junge Mann, der zukünftig keinen Ausbildungsplatz bekommt, geht auf Ihr Konto.“

Davon habe ich nichts zurückzunehmen.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klein das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kraft, Sie haben es mehr oder weniger geschafft, über die Runden zu kommen. Sie haben die gesamte Redezeit für die SPD-Fraktion ausgeschöpft und es dabei geschafft, kaum etwas zu diesem Haushalt zu sagen.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist auch verständlich. Viele andere Themen haben eine Rolle gespielt. Aber es würde Ihre Identitätskrise als Opposition vielleicht noch ein wenig verstärken, würden Sie diesen Haushalt ehrlich kommentieren; denn Sie müssten lobende Worte für diesen Haushaltsplan, der für unser Land gut ist, finden.

(Beifall von der CDU)

Dieser Haushaltsplan gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen, die sich für unser Land, für unsere Gesellschaft stellen.

Die soziale Frage unserer Zeit ist die der Generationengerechtigkeit. Verschuldungspolitik ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit, und wir machen Schluss mit der alten Verschuldungspolitik. Sie haben in der Vergangenheit immer das ausgegeben, was erst in der Zukunft erarbeitet werden musste. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Ihnen vorzuwerfen, dass Sie das wider besseres Wissen getan haben.

Finanzminister Peer Steinbrück – ich meine den Landesfinanzminister Steinbrück des Jahres 2002 – hat in einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ am 27.04.2002 geschrieben:

„Was seit Jahren passiert, ist eine Lastenverschiebung auf den Rücken unserer Kinder und Enkel. Wir schieben ihnen Zinsen und Tilgung für eine Party zu, die wir feiern. Die Zukunftsinteressen sind schlechter organisiert als die Gegenwartsinteressen.“

Sie haben das gewusst, aber ganz anders gehandelt und die jährliche Nettoneuverschuldung aus dem Jahre 2002 stabil erhöht. Die Neuverschuldung lag in den Jahren 2003, 2004 und 2005 immer stabil bei 6,6 bis 6,7 Milliarden €. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie als richtig wussten, das Gegenteil von dem, was Peer Steinbrück Ihnen und uns allen damals als Landesfinanzminister mit auf den Weg gegeben hat.

Jetzt endlich kommen wir dazu, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Für das letzte Jahr war bereits eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf 4,1 Milliarden € geplant. Wir haben es geschafft, die Nettoneuverschuldung sogar auf

3,2 Milliarden € zu senken. Natürlich ist dem Finanzminister eine glückliche wirtschaftliche Entwicklung dabei zu Hilfe gekommen. Aber das ist auch die Frucht – wir erinnern uns alle an die harten Diskussionen – von vielen harten, unangenehmen, aber notwendigen Entscheidungen im Interesse der Zukunft unseres Landes.

Wir haben den Willen dazu, auf diesem Kurs fortzufahren. Der Haushaltsplan 2007 ist Ausweis für dieses Ziel. Auch dies ist wieder nur ein Etappenziel; denn das Ziel muss sein, irgendwann einmal bei einer Nettoneuverschuldung von null für Nordrhein-Westfalen zu landen, um dann beginnen zu können, Schulden zurückzuzahlen.

Sie wissen, dass das richtig wäre. Deswegen hatten wir zwischenzeitlich eigentlich eine sehr konstruktive und erfolgversprechende Diskussion, einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu der Frage einer nachhaltigen Finanzpolitik auf den Weg zu geben. Ich bedaure es außerordentlich, dass es nicht gelungen ist, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. An uns hat es nicht gelegen. Unsere Formulierungsvorschläge liegen seit vier Wochen vor. Jetzt haben wir leider drei verschiedene Anträge, die zur Abstimmung stehen. Ich denke, jeder hat dafür Verständnis, dass wir unseren Antrag beschließen werden und damit die beiden anderen Anträge als überholt betrachten müssen, weshalb wir sie ablehnen werden.

Die Frage der Generationengerechtigkeit ist gleichzeitig eine ganz entscheidende Zukunftsfrage. Dies deswegen, weil uns diese wunderbaren Worte von Peer Steinbrück schon in der Gegenwart betreffen, denn uns sind Zins- und Tilgungszahlungen aus der Vergangenheit zugeschoben worden, die uns heute bereits das Leben schwer machen. 4,7 Milliarden € Zinsen werden im Jahr 2007 aus diesem Landeshaushalt zu bezahlen sein. Es stehen also 4,7 Milliarden € Finanzmittel nicht mehr für die wichtigen Aufgaben der Gegenwart zur Verfügung.

Ich will eine weitere Relation in Erinnerung rufen: 4,7 Milliarden € Zinsen müssen wir zahlen, trotzdem müssen wir nach dem Haushaltsplan nur 3,2 Milliarden € neue Schulden aufnehmen. Das bedeutet: Ohne die Zinsen auf ihre alten Schulden hätten wir im Haushaltsplan 2007 sogar einen Überschuss.

Es werden in diesem Haushaltsplan 2007 aber auch Antworten auf andere Zukunftsfragen gegeben. Eben kam schon die eine oder andere Diskussion über die Schule auf. Ich bin überzeugt, dass unser neues Schulgesetz unsere Schule

besser macht. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass die Antworten im Haushaltsplan die Schule besser machen. Wenn wir es schaffen, auch in diesem Jahr zusätzliche neue Lehrer einzustellen, dann ist das ein Beitrag gegen den Unterrichtsausfall, der aber immer noch zu hoch ist, auch wenn er schon halbiert worden ist. Wir haben seit dem Sommer 2005 zusätzlich 3.230 neue Lehrer eingestellt. Wir werden in diesem Jahr weitere 900 zusätzliche Lehrer einstellen. Das ist ein Kraftakt, vor allem wenn man das vor dem Hintergrund sieht, dass wir in unserem Haushalt insgesamt sparen müssen.

Aber auch lebenslanges Lernen spielt eine große Rolle. Wir schaffen es, sogar noch einen Tick mehr Geld für Weiterbildung auszugeben und das zu einer verlässlichen Grundlage für die weiteren Jahre bis zum Ende der Legislaturperiode zu machen.

Wir schaffen es, in den Sprachunterricht ab dem vierten Lebensjahr einzusteigen; etwas, was schulpolitisch, integrationspolitisch und schon seit Langem notwendig wäre. Das ist eine Entwicklung, die Sie in Ihrer langen Regierungszeit verschlafen haben.

Übrigens steht entgegen dem, was erneut fälschlicherweise behauptet worden ist, auch in Zukunft vor Ort mehr Geld zur Verfügung. Die Kommunen werden in diesem Jahr vom Land 900 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr überwiesen bekommen.

Zugegebenermaßen ist das nicht eine reine zusätzliche Leistung des Landes; denn man muss korrekterweise 674 Millionen € Rückzahlungen von Kreditierungen davon abziehen. Dann bleiben aber immer noch 226 Millionen € mehr Geld für die Kommunen übrig, und das, obwohl es Veränderungen bei der Berücksichtigung der Grunderwerbsteuer gegeben hat, die den Kommunen nicht mehr zufließt. Trotzdem kommen 226 Millionen € bei den Kommunen mehr an plus diese 674 Millionen € aus der Kreditierung. In der Kasse der Kommunen sind also insgesamt 900 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr.

Weiterhin gilt die Änderung aus dem vergangenen Jahr: Diese Beträge sind verlässlich und werden nachträglich nicht mehr durch Korrekturen anhand des tatsächlichen Steuerergebnisses verändert. Nein, das ist ein Teil der Vergangenheit. Heute ist das, was im Gemeindefinanzierungsgesetz steht, die endgültige und verlässliche Grundlage für die Arbeit in den Kommunen.

Jetzt kann man natürlich sagen: Wie wäre die Welt doch so schön, wenn noch mehr Geld zur

Verfügung stehen würde? Auch in der Koalition gibt es viele gute Ideen, wofür man mehr Geld ausgeben könnte. Nur geht das leider nicht. Ich wiederhole: Das geht deshalb nicht, weil bereits die Zinsen für Ihre alten Schulden mit 4,7 Milliarden € zu Buche schlagen. Deswegen steht heute für die Gegenwart nicht mehr Geld zur Verfügung. Es wäre einfach im Sinne von Peer Steinbrück unanständig, wenn wir das Problem weiter in die Zukunft verschieben würden.

Unter dem Strich kann man festhalten: Wir sind der Meinung, dass dieser Haushaltsplan 2007 die richtigen Antworten auf die entscheidenden Fragen in unserem Lande gibt. Mit Freude werden wir diesen Haushaltsplan heute beschließen und ihn als Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit unserer Landesregierung mit auf den Weg geben; für eine Arbeit, die schon in den vergangenen eineinhalb Jahren mehr Erfolg zu verzeichnen hatte als die der Vorgängerregierungen in zehn Jahren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Gäste! Es ist schon abenteuerlich, was man hier von der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten zur Haushaltspolitik hören kann. Wir erleben hier ganz real, dass Sie um 5,3 Milliarden € höhere Steuereinnahmen haben, als wir sie im Jahr 2003 hatten. Trotzdem schaffen Sie es nicht, die Schuldenaufnahme eklatant zu senken. Sie liegt auch im Haushaltsjahr 2007 über 3 Milliarden € Neuverschuldung. Das ist Ihre Politik.

Dass Sie die Schulden im Vergleich zum letzten Haushalt etwas senken konnten,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Etwas?)

finanzieren Sie auch mit einer in Berlin beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung. Das ist Ihre Politik. Sie haben in Berlin eine Mehrwertsteuererhöhung eingeführt und sich unter anderem dadurch in die glückliche Lage versetzt – die natürlich auch dadurch bedingt ist, dass die Steuereinnahmen im Moment sprudeln –, hier Ihren Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung von über 3 Milliarden € beschließen zu können. Das ist die reale Situation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Haushalt 2006 haben Sie die Schulden durch einen Nachtragshaushalt noch um immerhin 1,1 Milliarden € erhöht. Auch das gehört zur Wahrheit. Darauf haben Sie heute aber nicht hingewiesen.

Sie machen hier eine neue Schuldenpolitik, und Sie führen sie weiter. An vielen Stellen erhöhen Sie die Schulden auch dadurch, dass Sie zum Beispiel die Landwirtschaftskammern finanzieren, einen Flughafen ausbauen – was ebenfalls sehr fragwürdig ist – und natürlich weiterhin die hiesige Steinkohle mit hohen Subventionen unterstützen. Das ist Ihre Politik, wie sie sich im Augenblick noch ganz klar wiederfindet.

Herr Rüttgers, der sich so gerne als Robin Rüttgers darstellt, ist jetzt leider nicht mehr da. Letztendlich ist er, der selbsternannte Arbeiterführer, doch nur der Unterdrücker der Arbeiter. Man muss sich das alles nur einmal anschauen. Das neue Landespersonalvertretungsgesetz schafft Rechte ab. Sie wollen privatisieren. Sie wollen ein Personaleinsatzmanagement einführen, bei dem die Menschen überhaupt kein Mitspracherecht mehr haben. Das ist die Politik gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Sie in diesem Land betreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal die Entwicklung, insbesondere in den massiv betroffenen Kommunen, an. Die Kommunen kommen nicht nur bei den Kindertagesstätten unter die Räder, sodass die Eltern wesentlich höhere Kindergartenbeiträge bezahlen müssen, sondern auch in vielen anderen Bereichen. In einer im Landtag durchgeführten Anhörung haben die kommunalen Vertreter selber davon gesprochen, dass ihnen 200 Millionen € entzogen werden, dass sie 200 Millionen € nicht zur Verfügung haben.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Alle sind zufrieden!)

Den Kommunen ist ihr Anteil an der Grunderwerbsteuer in Höhe von 165,3 Millionen € weggenommen worden. All dies gehört auch zur Wahrheit. All dies gehört zu Ihrer Politik, die Sie in diesem Land machen.

Ich muss mich schon sehr wundern, wie abenteuerlich Sie Ihre Haushalts- und Finanzpolitik tatsächlich aufstellen. Ich kann nur Folgendes festhalten: Was hier läuft, ist im Wesentlichen gegen die Menschen in diesem Land gerichtet. Sie kürzen. Sie lassen die Leute durch die Mehrwertsteuererhöhung bezahlen. Sie verfolgen eine neoliberale Privatisierungspolitik, indem Sie zum Beispiel die LEG verkaufen. Dieser Verkauf von

100.000 Wohnungen ist gegen die Menschen in diesem Land gerichtet.

Wenn man über die Wirtschaftspolitik in diesem Land redet, muss man auch sehr deutlich sagen, dass die Strukturprobleme im Ruhrgebiet nach wie vor überhaupt nicht gelöst sind. Natürlich müssen die Steinkohlesubventionen gesenkt werden. Wir haben ja auch vorgeschlagen, die Steinkohle ab dem Jahr 2015 nicht weiter zu subventionieren.

Allerdings müssen wir noch eine ganze Menge für das Ruhrgebiet tun. Diesbezüglich sind überhaupt keine Initiativen zu erkennen. Wenn zukünftig über 2 Milliarden € Subventionen für die Steinkohle und damit für das Ruhrgebiet verloren gehen, werden wir an den Bergbaustandorten massive Probleme bekommen. Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass Sie in diesem Zusammenhang irgendwelche Initiativen – vor allem auch Richtung Berlin – starten.

Wir Grüne haben ein Energieprogramm für das Ruhrgebiet gefordert. Wir brauchen hier eine Förderung der regenerativen Energien. Wir brauchen umfassende Energieeinsparprogramme. – All das haben Sie nicht in Angriff genommen. Nicht zuletzt deshalb sind wir, die Grünen, nach wie vor die Klimaschutzpartei Nummer eins.

Worauf ist denn der wirtschaftliche Aufschwung zurückzuführen, dessen Herr Rüttgers sich erfreuen kann? – Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt, er sei darin begründet, dass hier in den letzten Jahren technologische Innovationen stattgefunden hätten – gerade im Umweltbereich. Dafür sind doch nicht Sie zuständig. Wir sind es doch, die das in den letzten Jahren vorangetrieben haben – nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern durch unsere Regierungsbeteiligung auch bundesweit. Wir haben dafür gesorgt, dass im Klimaschutz, bei den regenerativen Energien und bei der Energieeinsparung tatsächlich etwas passiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entsprechende Aktivitäten von Ihnen sind nach wie vor nicht sichtbar – ganz im Gegenteil. Ich habe gerade noch einmal in die heutige Zeitung geschaut. Es gibt jetzt massive Proteste von den Umweltverbänden. Sie beklagen, dass Sie das, was im Umwelt- und Naturschutz läuft, kürzen und kurz und klein schlagen, indem Sie ein neues Landschaftsschutzgesetz verabschieden wollen. Das setzt sich doch auf vielen anderen Feldern fort.

Ihre Politik ist auch an anderer Stelle gegen die Menschen gerichtet. Sie nehmen die Leute im Land überhaupt nicht ernst. Jetzt haben Sie ein neues Gesetz für die Bürgermeisterwahl geschaffen. Wenn es Ihre Antwort auf die Politikverdrossenheit ist, dass Bürgermeister zukünftig schon mit 15 oder 20 % gewählt sind, kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie den Menschen damit zu verstehen geben: Bleiben Sie doch zu Hause. Es ist uns sowieso egal, ob Sie wählen oder nicht. Wir haben unsere Bürgermeister, und damit ist es gut.

Das ist Ihre Antwort auf die Politikverdrossenheit der Leute in diesem Land. So machen Sie Politik. Ich kann Ihnen nur ankündigen, dass wir dabei nicht mitmachen werden. Wir werden das kritisieren.

In Kürze werden Sie auch massive Demonstrationen der Menschen erleben, die im Landesdienst arbeiten; denn die Politik, die Sie in Bezug auf das Landespersonalvertretungsgesetz und das Personaleinsatzmanagement betreiben – Sie wollen 12.000 kw-Stellen abbauen, ohne die Leute daran zu beteiligen –, werden die Menschen so nicht hinnehmen.

Gestern war ich in Münster bei einer Veranstaltung, an der weit über 500 Leute teilgenommen haben. Sie werden auf die Straße gehen und gegen Ihre Personalpolitik protestieren, die Sie in diesem Land machen – gerade gegen Herrn Pape, der Oberneoliberale in diesem Landtag, der eine Privatisierung um jeden Preis vorantreibt. Diese Politik ist auch gegen Kommunen gerichtet; denn Sie wollen § 107 Gemeindeordnung verändern. Sie wollen hier radikal privatisieren. Sie wollen viele Arbeitsplätze in diesem Bereich abbauen.

Das ist die Politik, die Sie in diesem Land betreiben. Dazu können wir Ihnen nur Folgendes sagen: Das ist etwas, was wir so nicht akzeptieren werden. Wir werden die Menschen massiv dabei unterstützen, sich hiergegen zur Wehr zu setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle, was den Landeshaushalt angeht, meine Rede beenden.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte aber noch einen Punkt nennen. Denn wir haben ja mehrere Entschließungsanträge vorgelegt. Wir haben Ihnen sehr deutlich gemacht, wie unsere Position aussieht. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der weniger Neuverschuldung bedeuten würde. Wir haben unsere Haushaltsvorschläge sehr solide gegenfi-

nanziert. Wir liegen unter dem, was Sie an Neuverschuldung machen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ja, Sie können da ruhig herumbrüllen von der FDP. Wir haben Vorschläge gemacht, die die Neuverschuldung weiter senken würden. Wir konsolidieren nämlich besser als Sie. Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik im Gegensatz zu dem, was Sie hier machen.

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Carina Gödecke [SPD])

Ich möchte zu einem Entschließungsantrag im Zusammenhang mit dem kommen, was wir unter den Haushalts- und Finanzpolitikern im Landtag eigentlich verabredet haben. Wir haben nämlich gesagt: Wir wollen zukünftig nachhaltige Finanzpolitik in der Form betreiben, dass wir auch Indikatoren zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen.

Jetzt gibt es einen kleinen Streit zwischen den Parteien, insbesondere zwischen SPD und CDU. Die einen sagen: Die Sanierung unserer Staatshaushalte muss ein wichtiger Prüfstein sein. Die CDU sagt: Es muss entscheidend sein für die Sanierung der Haushalte. Wir haben einen Kompromiss gefunden und sagen: Ein entscheidender Prüfstein für eine generationengerechte und damit nachhaltige Politik ist damit heute die Sanierung unserer Staatshaushalte geworden.

Ich hoffe, dass wir gleich unter den haushalts- und finanzpolitischen Sprechern für diesen Entschließungsantrag einen Konsens erreichen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Finanzminister nickt! Der Finanzminister ist einverstanden!)

Ich möchte Sie daher einladen – sowohl die Kollegen von der CDU als auch die von der FDP und die von der SPD –, uns gleich noch einmal zu treffen. Ich biete Ihnen auch Kaffee und Kuchen an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir können doch noch einmal überlegen, ob wir da nicht Einigkeit erzielen können. Denn wir wollen das doch alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da geht es jetzt nur noch um Nuancen und Feinheiten. Vielleicht können wir wenigstens diesen Antrag gemeinsam beschließen, bei allem Streit, den wir hier im Landtag haben. Das ist das, was die Leute im Land eigentlich erwarten: dass hier

langfristig Haushaltskonsolidierung betrieben wird. Und das wollen wir in der Form alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen lade ich Sie noch einmal ein, damit wir gleich zumindest das gemeinsam hinbekommen. Das wäre doch einmal ein gutes Zeichen auch über diesen Landtag hinaus. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Beispielhaft, Herr Sagel!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die FDP-Fraktion erhält Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Sagel, wir haben ja von Ihnen schon öfter Reden gehört, und das Angebot des Kuchens ist sehr verlockend. Aber ich möchte meinen Kuchen doch lieber selber bezahlen.

Der gemeinsame Entschließungsantrag ist nicht an uns gescheitert. Der gemeinsame Entschließungsantrag ist daran gescheitert, dass die SPD nicht mehr dazu stehen wollte, dass in den vergangenen Jahrzehnten keine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik betrieben wurde. Wir hätten erwartet, dass sich dieses Eingeständnis in diesem Entschließungsantrag wiederfindet.

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Sagel, um hier Klarheit zu schaffen, weil Sie für die Zuschauerinnen und Zuschauer hier wieder einmal etwas behauptet haben, was nicht stimmt: Wir haben in Nordrhein-Westfalen keine Mehrwertsteuererhöhung beschlossen, so wie Sie es gerade behauptet haben. Das war Berlin. Wir haben stattdessen alles unternommen, um dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu verhindern.

(Beifall von der FDP)

Frau Löhrmann, Sie sprachen vom Grundrecht auf Klima. Sie haben dabei hier im Parlament ein laues Lüftchen verursacht. Aber haben Sie sich einmal gefragt, wer dafür verantwortlich ist, dass in der letzten Woche 24 Millionen Bäume in Nordrhein-Westfalen so morsch waren, dass sie umgefallen sind? – Das kann nicht in anderthalb Jahren einer neuen Regierung verursacht worden sein, meine Damen und Herren.

(Lachen von den GRÜNEN)

Sie haben über Jahrzehnte eine Politik betrieben, die Umweltschutz nur vorne auf dem Etikett ste-

hen hatte und die in der Realität nichts bewirkt hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war die Lachnummer des Tages! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das war eine Lachnummer!)

Frau Kraft, wenn Sie zu anderen Politikfeldern das Wort ergreifen lassen, durch den Kollegen Jäger zum Beispiel, der dann sagt, dass wir eine Justizpolitik machen, die nicht genug Mittel für den Strafvollzug bereitstellt, und dann, wenn wir im Haushalts- und Finanzausschuss eine Verpflichtungsermächtigung zum Neubau einer Justizvollzugsanstalt beschließen, Rot-Grün dagegen stimmt, dann frage ich mich, was das eigentlich für eine Politik ist. Sie reden hier so und handeln anders. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden auf Dauer merken, wer hier nur Etiketten vor sich herschiebt und wie die reale Politik aussieht. Wir dagegen stellen zum Beispiel gerade im Justizvollzug die Mittel bereit, die nötig sind, notfalls auch gegen Rot-Grün.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Aber erst, wenn Leute tot sind!)

Wenn wir uns einmal überlegen, dass Herr Jäger, der ja gar nicht Mitglied des entsprechenden Ausschusses ist, hier letztes zur Justizpolitik gesprochen hat, so ist auch bezeichnend, dass hier heute die haushaltspolitische Sprecherin der SPD nicht zu Wort kommt. Damals ist der Kollege Sichau kaum zu Wort gekommen. Ich frage mich, warum Sie eigentlich immer dann, wenn es um Fachpolitik geht, ihre sogenannten Fachleute nicht sprechen lassen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Carina Gödecke [SPD])

Bei der FDP und bei der CDU jedenfalls dürfen auch die reden, die sich mit der Materie das ganze Jahr über herumschlagen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen werde ich Sie jetzt auch mit einigen der Zahlen konfrontieren, die uns immer beschäftigen. Wir haben die Nettoneuverschuldung deutlich reduziert. Wir sehen darin ein echtes Verdienst unserer Konsolidierungsbestrebungen. Wir haben strukturelle Änderungen angesetzt. Wir wollen die Behörden straffen. Wir wollen PEM durchsetzen. Wir wollen kw-Vermerke realisieren. Wir haben 250 Lehrer zurück in die Schulen gebracht.

Herr Sagel, das ist doch ein guter Beleg dafür, dass wir mit den Personalressourcen, die wir im Land haben, gut umgehen. Wir können doch nicht

auf der einen Seite kw-Vermerke ausbringen, die dann auf der anderen Seite nur auf dem Papier stehen. Gerade weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst relativ sichere Jobs haben und wir auf Kündigungen verzichten, können wir doch wenigstens erwarten, dass sie eine höhere Mobilität innerhalb der Verwaltung an den Tag legen, als wir das draußen auf dem Arbeitsmarkt von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verlangen können.

Dann hören wir hier, dass die Gemeindeordnung derartig novelliert werde, dass es in Zukunft praktisch keine kommunalen Betriebe mehr geben könne, nach dem Motto „Die Verluste solidarisieren, die Gewinne kommerzialisieren.“ Ja, meine Damen und Herren, vom Grundsatz her ist das das Prinzip unseres Wirtschaftssystems. Die Gemeinden genauso wie das Land oder der Bund erzielen Einnahmen durch Steuern, die sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern und von den Unternehmen verlangen. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen erwirtschaften durch Gewinne, was sie unter anderem durch Steuern an den Staat geben. Das ist das Prinzip unserer Marktwirtschaft.

Sie dagegen wollen eigentlich eine längst untergegangene DDR kultivieren.

(Widerspruch von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben doch nicht alle Tassen im Schrank!)

Sie wollen, dass der Staat Einnahmen schafft und Privaten Konkurrenz macht. Mit uns jedenfalls wird eine solche Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht fortgesetzt werden. Es war längst überfällig, hier zu einer Novellierung der Gemeindeordnung zu kommen, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was erzählen Sie eigentlich? – Barbara Steffens [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Zuruf von den GRÜNEN: Was haben Sie geraucht? – Weitere Zurufe)

– Doch, das glaube ich sehr wohl. Denn das ist ein Grundproblem, das Sie von uns unterscheidet. Sie wollen im Zweifel immer den Staat machen und auch verdienen lassen. Dann erklären Sie mir doch einmal, wo Sie eigentlich die Grenze ziehen wollen.

Sie haben, nachdem die Stadtwerke neue Betätigungsfelder gesucht haben, zugelassen, dass Gebäudemanagementgesellschaften zulasten des Handwerks von solchen Unternehmen gegründet werden.

(Lachen von der SPD)

Immer wird in das freie Wirtschaftsleben massiv eingegriffen. Wir Liberale werden das nicht zulassen. Wir lassen auch nicht zu, dass weiter Subventionen fließen, die die Grünen offenkundig für die Steinkohle nie beschlossen haben, wie sie heute jedenfalls immer tun. Ich frage mich, was Sie in den letzten zehn Jahren mit beschlossen haben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben doch alle sechs Wochen etwas anderes beschlossen, was die Steinkohle angeht!)

Wir sind der Meinung, dass die Steinkohlesubventionen schnellstmöglich wegmüssen, dass der Sockelbergbau nicht kommen darf und dass Frau Kraft mit Ihrer SPD in den nächsten Jahren nicht wieder in die Regierung darf. – Meine Damen und Herren, schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, zunächst einmal: Glückwunsch. Auf Ihrem Zettel stand, glaube ich, Hendrik Wüst spreche für die SPD-Fraktion. So stand es zumindest auf unserem Zettel. Dagegen hätte ich mich verwahrt.

Meine Damen und Herren, der Parteitag in Bochum scheint bei der SPD-Fraktion wie ein Antidepressivum gewirkt zu haben; heute hat sich das als Placebo erwiesen. Ihre Chance, alternative Leitlinien zu entwickeln, haben Sie jedenfalls verpasst. Auch von mir, Frau Kraft: Herzlichen Glückwunsch.

Sie sind die vierte Vorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen in der Amtszeit von Jürgen Rüttgers als Landesvorsitzendem der CDU. Sie alle hatten gemein, dass Sie Mitglieder der rot-grünen Regierung waren, die für ihre Bilanz am 22. Mai abgestraft worden ist. Auch wenn Sie heute wieder den Versuch unternommen haben, uns das vor die Füße zu werfen: Es bleibt dabei, dass Sie für 1 Million Arbeitslose, für 112,2 Milliarden € Schulden, für 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall und vor allen Dingen für den Tatbestand verantwortlich waren – das müsste den einen oder anderen Sozialdemokraten doch noch treffen –, dass nirgendwo in Deutschland der Geldbeutel

der Eltern so für die Bildungschancen der Kinder verantwortlich war wie in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb, glaube ich, ist es verlogen, wenn Sie versuchen, sich das aus den Kleidern zu schütteln. Sie haben Ihre Chance verpasst, es besser zu machen. Deswegen werden Sie eine zweite Chance nicht bekommen.

Wir haben in der Tat genau das getan, was Sie verlangt haben: Wir haben die Herausforderung angenommen. Deswegen ist es gut, dass wir den Unterrichtsausfall fast halbiert haben und schon nach anderthalb Jahren darauf verweisen können: Er beträgt mit 55 % nur noch 2,8 Millionen Stunden Unterrichtsausfall. Es ist gut, dass wir bewiesen haben, die Nettokreditaufnahme mit 3,2 Milliarden € halbieren zu können. Es ist, meine Damen und Herren, gut, dass sich auch auf den Ausbildungsmärkten etwas getan hat.

Am heutigen Tag steht allerdings der Haushalt im Mittelpunkt. Man kann lang darüber reden, wie und wo man spart und wie man am besten sozial und ausgewogen spart. Wir haben uns auch den Maßstab gegeben, wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit in der Waage zu halten und so zu sparen. Aber klar ist auch, dass Sparen an sich nicht unsozial, sondern sozial ist, wenn man soziale Gerechtigkeit nicht von jetzt auf gleich betrachten will, sondern längere Zeitläufe betrachtet und das Stichwort Generationengerechtigkeit dabei berücksichtigt.

Mit uns wird es jedenfalls keine Politik mehr auf Kosten der künftigen Generationen geben. Was wir bisher erreicht haben, meine Damen und Herren von der SPD, hätten wir mit den alten Rezepten von Ihnen und Ihrer neuen Vorsitzenden sicherlich nicht geschafft. Das Schöne ist: Das brauche ich nicht zu behaupten; das glauben auch die Menschen im Land. Über 50 % der SPD-Anhänger in Nordrhein-Westfalen glauben nicht, dass Sie 2010 wieder eine Chance haben werden, weil Sie Ihre Chance gehabt haben, liebe Frau Kraft, und sie missbraucht haben. Insbesondere auch in Ihrer persönlichen Verantwortung als Ministerin für Wissenschaft und Forschung haben Sie uns, der neuen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen, 2,5 Milliarden € an Investitions- und Reparaturstau sowie eine hohe Abbrecherquote bei den Studierenden in Nordrhein-Westfalen hinterlassen.

Ich möchte dabei auch wieder auf einen Punkt hinweisen, der Sozialdemokraten berühren müsste: Sie haben Langzeitstudiengebühren für all jene eingeführt, die nicht das Elternhaus mit dem dicken Geldbeutel haben und nebenbei etwas da-

zuverdienen mussten und deshalb das eine oder andere Semester länger gebraucht haben. Davon können Sie sich nicht freimachen.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie erzählen uns etwas von Studiengebühren? Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Reden als Oppositionspolitiker sind die eine, Ihre ganz persönliche Bilanz ist die andere Sache. Dabei sollten Sie ehrlich sein, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen.

Sie stehen immer noch für die abgewirtschaftete alte SPD, die den Karren in den Dreck gefahren hat. Sie haben es geschafft, zwei alte Positionen mit Mühe und Not zu reanimieren. In der Schulpolitik wollen Sie die alten Debatten führen. Wir können Sie gern einmal abends auf Podiumsdiskussionen führen. Aber Sie werden die Regierung nicht daran hindern, weiter damit fortzufahren, neue Lehrer einzustellen und den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Das interessiert die Leute, und das bringt etwas für die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das zweite reanimierte Thema ist Ihr Spiel mit den Bergleuten. Es soll noch den einen oder anderen geben, der meint, er sei bei Ihnen gut aufgehoben. Aber die Zahlen schrumpfen. Heute habe ich gelesen, dass Herr Müller mahnt, wir müssten aufpassen, den lukrativen weißen Bereich nicht Stück für Stück für die subventionierte Steinkohle zu zerschlagen beziehungsweise am Ende zerschlagen zu müssen. Er droht damit und malt an die Wand, dass ansonsten damit 2010 beziehungsweise 2011 Schluss wäre; dann würde alles im Chaos enden, meine Damen und Herren. Wenn das so kommt, heißt die letzte Lore, die Kohle aus dem Bergwerk fährt, Hanne. Dann sind Sie schuld daran, dass es so läuft und wir keinen geregelten und sozialverträglichen Ausstieg finden.

Es ist übrigens auch ein schönes Thema, sich einmal mit der Sachkunde auseinanderzusetzen, die Sie sich selber, liebe Frau Kraft, in Zeitungsinterviews zuschreiben. Als Unternehmensberaterin von Zenit haben Sie sicherlich etwas vorzuweisen. Sie haben bei einem Interview in der „taz“ am 10. Januar gesagt, der einzige heimische Energieträger sei die Steinkohle.

Sie haben eben die Wegstrecke des Finanzministers nach Straelen ausgerechnet. Geben Sie doch in Ihr Navigationssystem einmal Garzweiler ein und lassen sich zeigen, warum wir da Löcher in den Boden graben. Es gibt noch mehr als die

Steinkohle, zum Beispiel auch Biogasanlagen. Besuchen Sie einmal einen Windmüller, besuchen Sie einmal die Solarfabrik in Gelsenkirchen. Kurzum: Lernen Sie unser Land kennen, bevor Sie hier einen solchen Unfug erzählen.

(Carina Gödecke [SPD]: Nicht ganz so überheblich!)

Wenn man sich die Berichterstattung Ihres Parteitags anguckt, dann ist da viel die Rede von: Sie wollen zurückerobern, Sie wollen zurück an die Macht, zurück in die Staatskanzlei, zurück in die Ministersessel. Bei so viel Zurück frage ich mich: Warum wollen Sie zurück? Kennen Sie den Weg nach vorne nicht? Haben Sie keine Idee für dieses Land? Formulieren Sie doch einmal Ihre Vision für unser Land!

Sie machen die nostalgische Verklärung zur Tugend, die in Wahrheit einen gammeligem Kern hat. Denn Sie haben es schon zu dem Zeitpunkt, als Sie die Grünen in die Regierung nehmen mussten, versäumt, einmal zu analysieren, warum Ihnen hier die Felle schwimmen gehen. Sie haben auch nicht die Kraft gehabt, das nach dem Regierungsverlust jetzt zu tun.

Wenn Sie so Sätze sagen wie: „Wir haben verstanden, es war nicht alles richtig, aber auch nicht alles falsch“, dann ist das in Wahrheit nur das Signal an die eigene Basis: Macht Euch keine Sorgen! Das passt schon alles. Ich glaube, meine Damen und Herren, da passt überhaupt nichts.

Sie kokettieren jetzt damit, dass Ihnen Frau Royal aus Frankreich ein Glückwunschtelegramm geschrieben hat. Wenn ich mir anschau, mit welchen politischen Konzepten Sie kommen, dann warte ich täglich darauf, dass auch von Castro und Chávez noch ein Telegramm eingeht. Das würde im Zweifelsfall besser passen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie kommen mit den Ladenhütern und einer Kanonade aus Ablehnung. Sie sind gegen generationengerechte Haushaltsführung. Sie sind gegen die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte. Sie sind gegen die Unternehmenssteuerreform, die Spielräume für Unternehmensübergänge schafft. Sie sind gegen den Börsengang der RAG.

Die Menschen möchten von Ihnen als Opposition, die glaubt, richtig aufgestellt zu sein, auch wissen, wofür Sie sind. Wo soll die Reise hingehen? Solange Sie darauf keine Antwort haben, werden Sie weiterhin als Sparringspartner für uns ausfallen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wüst. – Im Übrigen: Bei uns steht neben dem Parteikürzel „CDU“ „Wüst“. Wenn Sie einen anderen Zettel haben: Wer weiß, wo sie den herhaben.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Becker. – Herr Engel, Sie sind noch nicht dran. Nach der Reihenfolge ist zunächst Herr Becker dran; er hat sich zuerst gemeldet. Ihr könnt aber auch zusammen reden, wenn Ihr wollt.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie können nur zusammen singen!)

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass das, was der Ministerpräsident heute hier gesagt hat, an verschiedenen Stellen der Korrektur bedarf. Es bedarf deswegen der Korrektur, weil es zum einen sehr viele Allgemeinplätze waren; es bedarf aus meiner Sicht aber auch der Korrektur, weil er, wenn er davon redet, dass die Neuverschuldung abgebaut worden sei, wesentliche Punkte übersieht oder falsch darstellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst darauf hinweisen – das ist mit Sicherheit nicht das Verdienst dieser Regierung; was immer Sie sich anrechnen mögen, das können Sie nicht ernsthaft glauben –, dass sich gegenüber dem Jahr mit den niedrigsten Steuereinnahmen die Steuereinnahmen inzwischen um sage und schreibe 5 Milliarden € verbessert haben.

Wenn Sie als Koalition heute hier ernsthaft auftreten und den Menschen im Land und diesem Landtag vorzuspielen versuchen, das hätte etwas mit Ihrer Politik zu tun, dann ist das unseriös. Was aber mit Ihrer Politik zu tun hat, ist, dass Sie das, was von Ihnen früher kritisiert worden ist, heute machen: Sie nehmen den Kommunen Geld weg. Sie haben den Kommunen bereits im Jahr 2006 Geld weggenommen und für das Jahr 2007 noch einmal über 500 Millionen €. Daran ändern auch Ihre dauernden Taschenspielertricks, die Sie im Lande gegenüber den Kommunen immer wieder vorzuspielen versuchen, nichts.

Sie vergleichen die absoluten Zahlen aus dem Jahre 2006, in dem die Kommunen die Kredite zurückgezahlt haben, die von ihnen beim Land aufgenommen wurden, mit denen des Jahres

2007. Sie wissen aber ganz genau, dass dieser Vergleich hinkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kommt mir so vor, als würde man einem Arbeitnehmer, der seinem Arbeitgeber jedes Jahr einen Teil eines Kredits zurückzahlt, irgendwann sagen: „Weißt du, dir geht es ganz gut in diesem Jahr. Du zahlst den Kredit auf einen Schlag zurück!“ Im nächsten Monat, nachdem der Arbeitnehmer das getan hat, sagt der gleiche Arbeitgeber: „Und jetzt kürze ich dir den Lohn, weil du im letzten Monat den ganzen Kredit auf einen Schlag hast zurückzahlen können. Dir geht es offensichtlich so gut, dass du deinen Lohn nicht mehr in voller Höhe brauchst.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist das, was Sie mit den Kommunen gemacht haben. Das ist der Taschenspielertrick, den Ihnen zu Recht auch Ihre eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gremien des Städte- und Gemeindebundes, in den Gremien des Städtetages und in den Gremien des Landkreistages vorwerfen. In der Regel sind es Ihre Parteifarben, die dort die Mehrheit stellen. Überall bekommen Sie das vorgehalten. Überall wird das kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn dann der Ministerpräsident hier so tut, als sei die Welt in Ordnung, dann kann ich nur sagen: Diese Sichtweise ist schon sehr abgehoben. Sie haben ganze anderthalb Jahre dafür gebraucht, um sich von der Wirklichkeit zu entfernen, die Sie früher beschrieben haben, die Ihnen jetzt noch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister jedes Jahr konstatieren und die Ihnen wirklich an allen Stellen um die Ohren geschlagen wird.

Da braucht man nicht den einen Bürgermeister oder das eine Ratsmitglied zitieren, das aus der CDU ausgeschieden ist, das kann man hoch und runter nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen auch an einem anderen Punkt widersprechen. Sie tun jedes Mal so, als wären Sie beim Regierungsantritt überrascht gewesen.

Herr Stahl, Sie haben in allen Wahlkampfbroschüren die Zahlen genannt, die Sie verbessern wollten. Sie haben die Neuverschuldung und die Verschuldung des Landes kritisiert. Gleichzeitig haben Sie alles Mögliche versprochen. Sie haben mehr Lehrer versprochen, was Sie längst nicht in dem Umfang durchgehalten haben, wie Sie es behaupten. Sie haben es nur in Relation zu dem

angestiegenen Schüleranteil gemacht. Faktisch hat sich nichts verändert.

(Ralf Witzel [FDP]: Falsch!)

Weiterhin haben Sie versprochen, die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich zurückzunehmen. Sie haben Volksinitiativen im Kinder- und Jugendbereich unterstützt. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Kürzungen fortgesetzt. Wir sind nicht einmal mehr auf dem Punkt, der seinerzeit von allen Fraktionen des Landtages beschlossen wurde.

Sie haben 2003 versprochen, die Kürzungen beim Weihnachtsgeld von Landesbeschäftigten zurückzunehmen. Sie haben stattdessen im Jahre 2006 noch weitere durchgeführt.

An all diesen Stellen haben Sie etwas versprochen, was Sie nicht gehalten haben. Dabei war Ihnen alles bekannt. Sie wurden nicht von dem überrascht, was Sie angeblich immer als überraschend vorgefunden haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Handeln und Reden ist auch deswegen unseriös – auch das will ich zum Schluss sagen –, weil Sie seit anderthalb Jahren so tun, als wären Sie vor vier, fünf oder sechs Wochen in diese Regierung gestartet. Das zeigt Ihr Dilemma. Nein, Sie sind inzwischen die Regierung – nicht mehr die neue Regierung. Übrigens sind sie auch nicht die Kraft der Erneuerung, sondern für die Kommunen – das habe ich eben schon angedeutet – die Kraft der Ernüchterung. Sie sind eindeutig die Regierung, die dafür verantwortlich ist, dass es ausgerechnet in einer Zeit des Aufschwungs, in der die Steuereinnahmen so gut sind wie seit vielen Jahren nicht mehr, zu einem Sonderopfer der Kommunen kommt.

Dieses Sonderopfer – das hat die Fraktionsvorsitzende der Grünen heute schon in ihrer Rede dargelegt – sorgt im staatlichen, im volkswirtschaftlichen Sinne überhaupt nicht dafür, dass die Verschuldung abgebaut wird – im Gegenteil. Letztlich passiert volkswirtschaftlich Folgendes: Sie verlagern Lasten auf die Kommunen. Die Kommunen müssen dafür Kassenkredite aufnehmen. An diesem Punkt tragen sie – im Gegensatz zu den langfristigen Schulden des Landes und des Bundes – ein immenses Risiko, da sie jederzeit damit rechnen müssen, dass ihre Kassenkredite enormen Zinssteigerungen unterliegen. Damit sind diese Schulden volkswirtschaftlich kritischer zu sehen und kommen der Gesellschaft wesentlich teurer zu stehen, als wenn Sie sie beim Land belassen hätten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was Sie machen, ist nicht nur unseriös. Es ist auch nicht ehrlich. Es wird Ihnen auf Dauer auch nicht gelingen, dieses Spiel immer weiter zu treiben. Dafür werden sicherlich nicht nur Ihre eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sorgen, sondern auch wir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Als letzter gemeldeter Redner hat nun Herr Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum GFG möchte ich nur wenige Bemerkungen machen. Die Zahlen stehen wie eine Eins, Herr Becker. Ein Zerrbild hilft da überhaupt nicht weiter. Sie wissen genau, dass in der Verbundmasse 904 Millionen € mehr sind. Wenn Sie davon die 644 Millionen € Kreditierung abziehen, haben Sie immer noch 226 Millionen € netto mehr in der Kasse.

Der Ministerpräsident höchstselbst hat während der Haushaltsberatung die wichtige Zahl genannt:

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Seine Majestät höchstselbst!)

In Deutschland gibt es einen flächendeckenden Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen von 12 %. In den Kassen der Kämmerer in NRW kommen dadurch 1,71 Milliarden € an. Die Kommunen müssen aber auch ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

(Frank Sichau [SPD]: Zu ihrem eigenen Haushalt!)

Ich frage Sie allen Ernstes: Wenn nicht jetzt, wann dann? – Jetzt geht es. Also!

Ihre Kritik, dass wir aus der Schuldenspirale heraus wollen, können Sie natürlich auch vor Ort anbringen. Wir möchten aber beispielhaft vorangehen, damit sich die Kommunen uns in großer Zahl anschließen und ihre strukturellen Defizite und ihre Verschuldungspolitik in den Griff bekommen.

Herr Becker, Sie haben mit Recht die Kassenkredite genannt, die 50 Milliarden € betragen. Das ist der tägliche Dispokredit zu unglaublichen Zinsen. Diese Unvernunft muss endlich ein Ende haben. Dazu halten wir auch die Kommunen an. Ich frage noch einmal: Wenn nicht jetzt, wann denn?

(Horst Becker [GRÜNE]: Ihr zieht sie doch da hinein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat den Handlungsrahmen für die notleidenden Kommunen kommunalfreundlich verändert. Das wissen Sie auch. Wir haben die Hebesatzspirale, das heißt die Realsteuern, also die Grund- und Gewerbesteuer, so verändert, dass in Zukunft nur noch der Landesdurchschnitt gilt. Der Automatismus, sich da hochzuschrauben, ist damit beendet.

Diese Koalition der Erneuerung hat den Kommunen zum Beispiel auch über das Standardbefreiungsgesetz ein Instrument gegeben – das haben wir hier ausführlich diskutiert –, sich unbürokratisch, kostengünstig und wirksam von Aufgaben zu befreien. Ich setze darauf, dass nur das Anzeigen genügt, damit es am Ende des Tages ein Erfolg wird.

Ich will auch noch erwähnen, dass diese Koalition der Erneuerung die Vorgabe der EU zu den Bereitschaftszeiten etwa der Feuerwehrbeamten ebenfalls umgesetzt hat, obwohl der Prozess langwierig war. Das hat lange gedauert, aber am Ende des Tages haben die Feuerwehrbeamten und auch die Kommunen tatsächlich das finanzielle Mehr, das sie auch gefordert hatten.

Im letzten Jahr haben wir auch die Rahmenbedingungen für die Public Private Partnerships, also für die öffentlich-privaten Partnerschaften, verändert. An privatem Kapital ist an dieser Stelle noch viel mehr zu mobilisieren.

Natürlich wurde der Wegfall des Siebenachtelanteils an der Grunderwerbssteuer von verschiedenen Rednern beklagt. Ich wiederhole noch einmal: Jetzt ist die Zeit, in der wir alle heranziehen müssen, die Haushalte zu konsolidieren.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Das möchte ich aber damit verbinden zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kraft, dass es nicht nur Landesgesetze sind, die den Kommunen an der einen oder anderen Stelle Leistungen aufbürden, sondern vor allem auch Bundesgesetze.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Es wäre doch einmal eine Initiative, Frau Kraft, in Berlin zur Entlastung der Kommunen beizutragen. Überlegen Sie sich das. Wir wissen doch ganz genau, in welcher Situation sich das Land Nordrhein-Westfalen befindet. Die Pro-Kopf-Verschuldung auf Landesebene liegt deutlich über derjenigen auf kommunaler Ebene. Ich habe für die Protagonisten von der SPD, die hier gerne sprechen, einmal kurz die Zahlen festgehalten – Stand der Zahlen ist immer Ende des Jahres 2005 –:

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Duisburg – ich weiß nicht, ob Herr Jäger da ist – liegt über alles, inklusive der kommunalen Betriebe, bei 5.187 €. Mönchengladbach, Herr Körfges – ich glaube, er ist dort zu Hause –, hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.279 €. In der Stadt Gelsenkirchen – ich glaube, Herr Töns ist da zu Hause – beträgt sie 2.760 €. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6.300 €. Deshalb ist unser Kurs der Haushaltskonsolidierung völlig alternativlos.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir laden Sie ein, diesen Weg mitzugehen und davon wegzukommen, eine Party zulasten der späteren Generationen der Kinder und Kindeskinde zu machen. Davon sprach heute ein Redner; genauso ist es; das wissen Sie. Machen Sie Schluss mit diesem Weg in den Verschuldungsstaat.

Was wir in der Haushalts- und Finanzpolitik für die Kommunen machen, ist auch durch Nachhaltigkeit gekennzeichnet, meine Damen und Herren. Denn es ist nachhaltig, keine Euros in Form von Zinsen zu den Banken zu tragen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das ist Geld, das wir brauchen. Zur Steinkohle haben wir heute gehört: Wir investieren in kluge Köpfe statt in dunkle Schächte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. – Das Problem sind nicht die Einnahmen, das Problem sind die Ausgaben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es ist nicht einfach, immer nur Wohltaten zu verkünden, durch das Land zu reisen und hier und da die Millionen zu verteilen.

Nein, das Problem sind die Ausgaben. Wir laden Sie dazu ein, mit zu sparen, denn dann wird das Land wieder gesund. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Ewald Groth [GRÜNE]: Gibt es jemanden, der Herrn Engel das erklären könnte!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratungen und kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalens an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 Drucksache 14/2302 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss

empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3502**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in den Drucksachen 14/2302, 14/2850 und 14/2884 in der Fassung der Beschlüsse nach der zweiten Lesung Drucksache 14/3017 unverändert zur dritten Lesung anzunehmen. Wer für diese Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen diese Annahme? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Es gibt keine Stimmenthaltungen. Die Beschlussempfehlung ist somit **angenommen** und das Gemeindefinanzierungs-gesetz in der dritten Lesung verabschiedet.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3585** zum Einzelplan 10. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Einzelabstimmung beantragt betreffend Kapitel 10 260 „Landesforstverwaltung“ sowie betreffend Kapitel 10 131 Titelgruppe 76 „Holzabsatzförderung“.

Ich lasse nun abstimmen über den Antrag **betreffend Kapitel 10 260** – Landesforstverwaltung. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der Änderungsantrag betreffend Kapitel 10 260 – in der Drucksache 14/3585 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse dann abstimmen über den Antrag **betreffend Kapitel 10 130, Titelgruppe 76** – Holzabsatzförderung. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der Antrag auch betreffend Kapitel 10 130 Titelgruppe 76 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt** worden.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2007 Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884 und 14/2990. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3500**, das Haushaltsgesetz 2007 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist für diese Annahme? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das Haushaltsgesetz 2007 in dritter Lesung verabschiedet.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stimmen viertens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 14/3492** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der Entschließungsantrag Fraktion **abgelehnt**.

Damit kommen wir zum fünften Abstimmungsprozedere, nämlich über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3584**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen SPD, CDU und FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Sechstens kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/3586**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen siebtens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/3590**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Die SPD. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag **angenommen**.

Wir kommen achtens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/3591**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen neuntens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3598**. Wer ist dafür? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP sowie die Fraktion der SPD. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Schluss zur Abstimmung über die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010 Drucksache 14/2301. Entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses in der **Drucksache 14/3501** soll die Finanzplanung zur Kenntnis genommen werden. Wer ist für diese Kenntnisnahme? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Stimmenthaltung der Fraktionen von

SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und damit die Drucksache 14/2301 zur Kenntnis genommen.

Damit sind die Haushaltsberatungen 2007 abgeschlossen.

(Beifall von CDU und FDP)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

2 Neustrukturierung des Aufgabenfeldes „Frau und Beruf“

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3495

Ich eröffne die Beratung und erteile der Kollegin Frau Kieninger für die SPD-Fraktion das Wort. Ich bitte Sie, den Saal möglichst leise zu verlassen, damit die Kollegin, die jetzt das Wort ergreift, von denjenigen, die sie hören wollen, gehört werden kann. – Bitte schön, Frau Kollegin Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der nordrhein-westfälische Beitrag zum europäischen Jahr der Chancengleichheit ist die Schließung der 46 Regionalstellen „Frau und Beruf“ an 51 Standorten.

(Unruhe – Glocke)

Das kommt uns doch bekannt vor. Denn 2006 hat der Ministerpräsident das Jahr des Kindes ausgerufen und im Bereich Kinder und Jugend Kahl Schlag betrieben. Wen wird es 2008 treffen? – Das ist die Koalition der Täuschung und Enttäuschung. Die Arbeit der Regionalstellen hatte in den vergangenen Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kieninger, entschuldigen Sie bitte, darf ich noch einmal unterbrechen? – Kolleginnen und Kollegen, wir haben keine Pause ausgerufen, sondern wir sind in der Beratung des Tagesordnungspunktes 2. Wer weiter sprechen möchte, möge bitte den Saal verlassen. Aber die, die zuhören wollen, sollen auch zuhören können. Ich bitte Sie eindringlich, hier für Ruhe im Saal zu sorgen. Danke schön. – Frau Kieninger, Sie haben wieder das Wort.

(Beifall von der SPD)

Gerda Kieninger (SPD): Das stellt die Stiftung Warentest im „Test spezial“ zum Thema Weiterbildung im Jahre 2004 eindeutig fest. Mit einer Steigerung der Frauenerwerbsquote von 17,4 % liegen wir in Nordrhein-Westfalen zwar immer noch im hinteren Feld, aber man darf die Ausgangssituation dabei nicht außer Acht lassen. In einem montan geprägten Land, wo über Jahrzehnte der Spruch „Meine Frau hat es gar nicht nötig zu arbeiten!“ galt, ist diese Bilanz großartig.

Ein flächendeckendes Netz an Beratung für Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen, eine Existenz gründen wollten oder Beratung zur Berufswahl brauchten, das hatten wir in Nordrhein-Westfalen. Nun sind 46 Regionalstellen an 51 Standorten geschlossen. Dafür gibt es elf Projekte im Lande.

Die Vernetzung ist damit nicht mehr gegeben. Von besonders guten Maßnahmen können andere nicht mehr profitieren. Jedes Projekt ist Closed Shop, denn man ist gegenseitige Konkurrenz. Es gilt nicht mehr der Best-Practice-Ansatz, von dem alle profitieren. Nein, einige wenige starten ihre Projekte, aber: Wer entwickelt neue, und was geschieht in den Regionen, in denen es keine Projekte gibt? Denn die Mittel für die Initiative „Regionen stärken Frauen“ sind gestrichen. Die jetzt begonnenen elf Projekte befinden sich im ehemaligen Ziel-2-Gebiet. In anderen Bereichen des Landes finden keine frauenfördernde Projekte statt.

Dabei zeigt uns die Statistik eine ernüchternde Bilanz. Die Verknappung des Lehrstellenangebotes geht überwiegend zulasten der jungen, gut ausgebildeten Frauen. Rechnerisch betrafen 86 % des Rückgangs von Ausbildungsplätzen Frauen. Besonders stark abgenommen hat die Anzahl der weiblichen Auszubildenden in den typisch weiblichen Berufsfeldern. Frauen, die sich in typisch männlichen Berufsfeldern bewerben, haben noch viel größere Zugangsprobleme. Da hilft kein Appell antrag zum Girls' Day, sondern da muss man Maßnahmen ergreifen.

Der Rückzug der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der für kurze Zeit eher zulasten von Männern ging, trifft jetzt Männer und Frauen gleichermaßen. Bei den neuen versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen profitieren die Männer ganz deutlich und die Frauen sind wieder einmal die Verliererinnen.

Die Europäische Union schreibt vor, dass in allen Programmen die Chancengleichheit ein Querschnittsziel und somit immer zu berücksichtigen ist. Die anzuwendende Methode ist das Gender-Mainstreaming. Dafür sind nach EU-Vorgaben

ganz offen, dass ich weder die Grünen noch den BUND je werde überzeugen können. Aber mit den anderen Naturschutzverbänden in Nordrhein-Westfalen, die mit diesem Gesetzentwurf sehr differenziert umgegangen sind, werde ich im Sinne einer erfolgreichen Naturschutzpolitik für Nordrhein-Westfalen ein gutes Stück des Weges gemeinsam gehen können.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Herr Ellerbrock hat sich noch einmal gemeldet.

Holger Ellerbrock (FDP): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Kuschke, wusste ich doch, dass es sinnvoll war, sich noch eine Minute freizuhalten!

Bestandsaufnahme öffentlich! – Ja, wir haben eine Bestandsaufnahme bekommen, Rückmeldungen aus den Bezirksregierungen, aus den Kommunen, von der Industrie. Wir können auch eine öffentliche Diskussion führen. Ich glaube, anders kann es nicht sein.

Nur 15 Klagen! – Ja, das mögen vielleicht nur 15 sein. Aber wie es teilweise angewandt worden ist, ist es eine Bedrohungs- und Erpressungsstrategie: Leute, lasst uns das beenden!

Vertragsnaturschutz, Verordnungsrecht! – Ja natürlich, das hat sogar die alte Regierung gesagt. Nur: Wer handelt denn? Ich gucke Sie an, Herr Kuschke: Wir haben uns gemeinsam für ein Projekt eingesetzt, wo wir sagten: Vertragsnaturschutz vor Ordnungsrecht. Das ist zögerlich behandelt worden. Zum Glück kann das der dortige Regierungspräsident dank der persönlichen Weisung des Ministers zu einem guten Ende führen. Wir handeln. Das ist der Unterschied.

Sie sagen: Das Ehrenamt einbringen, das Ehrenamt wird sich düpiert fühlen. – Natürlich brauchen wir das Ehrenamt und nehmen es auch dankend an: für Kartierungsaufgaben usw. Aber das Ehrenamt, das Engagement um der Sache willen, hängt doch nicht davon ab, ob ich klagen kann oder nicht.

(Svenja Schulze [SPD]: Beteiligung!)

Die Stellungnahmen können nach wie vor eingebracht werden. Jede Behörde ist gut beraten, sich dessen auch bewusst zu sein. Aber das als Ritual zu nehmen, das ist nicht richtig.

Ich bin immer dafür – das wissen wir beide –, Bezirksregierungen zu stärken. Aber ich sehe keine

Schwächung der Bezirksregierung darin, dass der Beirat bei der höheren Landschaftsbehörde aufgelöst wird. Ich glaube, Ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirksregierungen sehen das – ganz vorsichtig! – auch so.

Ich rede mit Ihnen immer gerne darüber. Dabei kommt auch etwas heraus. Das ist nicht bei jedem so.

(Lachen von der SPD)

Aber, ich glaube, wir sollten in den Dialog wie bislang eintreten. Ich sehe das wesentlich positiver, als Sie das eben dargestellt haben. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Dadurch, dass der Minister noch einmal eingestiegen ist, könnte ich der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen jeweils noch etwas Redezeit einräumen. Ist das gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/3144 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich weise Sie darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren **Gesetzentwurf Drucksache 14/3174** zum Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung NRW“ **zurückgezogen** haben. Der **entsprechende Tagesordnungspunkt** hat sich damit **erledigt**.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, weise ich darauf hin, dass der Abgeordnete Sagel in der heutigen Debatte zu Tagesordnungspunkt 1 – dritte Lesung des Haushalts 2007 – zu dem Redebeitrag des Abgeordneten Herrn Dr. Orth, FDP, einen Zwischenruf getätigt hat, der lautete: „Sie haben doch nicht mehr alle Tassen im Schrank!“ Diese Begriffswahl entspricht nicht der parlamentarischen Ordnung. Die Verwendung dieses Begriffes ist deshalb von mir zu rügen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt

